

**Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.)  
unter Mitarbeit von Anja Hartmann**

# **PROTESTGESCHICHTE ALS TEIL DER DEMOKRATIEGESCHICHTE**

**Die Rolle demokratischen Protests  
in der deutschen Geschichte**



**Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.)  
unter Mitarbeit von Anja Hartmann**

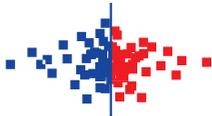
# **PROTESTGESCHICHTE ALS TEIL DER DEMOKRATIEGESCHICHTE**

**Die Rolle demokratischen Protests  
in der deutschen Geschichte**

Gefördert durch



STIFTUNG ORTE DER DEUTSCHEN  
**DEMOKRATIEGESCHICHTE**



Gegen Vergessen  
Für Demokratie e.V.

## **Impressum**

1. Auflage

© 2025 Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

[info@gegen-vergessen.de](mailto:info@gegen-vergessen.de)

[www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)

Redaktion: Annalena Baasch, Ulli Engst, Anja Hartmann, Dennis Riffel

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung und Layout: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck und Herstellung: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

Die Redaktion überlässt die Entscheidung über die Verwendung gendergerechter Sprache den einzelnen Autorinnen und Autoren.

ISBN 978-3-9825211-8-3

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Einleitung – Protest und Demokratieggeschichte</b>	<b>5</b>
<b>Demokratie erkämpfen</b>	<b>11</b>
Mit Protesten die Demokratie erkämpfen – <i>Anja Hartmann</i>	12
Der lange Weg zum Frauenwahlrecht – auch eine Protestgeschichte – <i>Kerstin Wolff</i>	19
<b>Demokratie etablieren</b>	<b>29</b>
Mit und unter Protest Demokratie etablieren – <i>Dennis Riffel</i>	30
„Mein Freund ist Ausländer“ – mit Lichterketten und Slogans gegen rechte Gewalt – <i>Christian Faludi</i>	37
<b>Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln</b>	<b>47</b>
Mit Protesten die Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln – <i>Ulli Engst</i>	48
Jugend-, Pop- und Subkulturen in der gelebten Demokratie: Proteste, Spaßkultur, Widersprüche und Vieldeutigkeit unter Skinheads – <i>Gabriele Rohmann</i>	56
<b>Demokratie verteidigen und verlieren</b>	<b>65</b>
Mit Protesten die Demokratie verteidigen – <i>Annalena Baasch</i>	66
Im Gleichschritt für die Republik protestieren – das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – <i>Marcel Böhles</i>	74
<b>Protest in der historisch-politischen Bildung</b>	<b>83</b>
Protestgeschichte als Teil der Demokratieggeschichte – ein lohnendes Feld für die historisch-politische Bildung – <i>Ulli Engst</i>	84
<b>Anhang</b>	<b>93</b>
Abbildungsverzeichnis	94
Weiterführende Literatur	95
Autorinnen und Autoren	100



## EINLEITUNG – PROTEST UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

Bislang konzentrierte sich die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte häufig auf die Verfassungs-, Parlaments- und Institutionengeschichte. Wer sich inhaltlich mit deutscher Demokratiegeschichte beschäftigt, sollte sich aber auch mit Protest auseinandersetzen, einem integralen Bestandteil der Demokratie. Der Historiker Philipp Gassert etwa stellt in seinem Buch *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945* fest, dass Protest „in unser politisches System eingepreist“<sup>1</sup> ist. Er macht deutlich, dass Protest nicht nur gegen Autokratien und Diktaturen notwendig, sondern auch in einer parlamentarischen Demokratie essenziell ist. Der Soziologe Armin Nassehi beschreibt Protest in *Das große Nein* in ähnlicher Weise als „verbrieftes Recht der Bürgerinnen und Bürger“.<sup>2</sup>

Die verschiedenen Protestformen aus Geschichte und Gegenwart sind demnach sowohl zentrale Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Bürger:innen im gegenwärtigen bundesrepublikanischen System als auch historisch betrachtet oft ein Mittel im Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten in undemokratischen Herrschaftsformen – bis hin zu einem Werkzeug, um diese zu Fall zu bringen. Für den Soziologen Dieter Rucht ist klar: „Ohne Protest gäbe es keine Demokratie.“<sup>3</sup> Auch der Soziologe Martin Langebach hebt im von ihm herausgegebenen Sammelband *Protest. Deutschland 1949–2020* die historische Dimension von Protest hervor: „Wer [...] historische Prozesse, politische Entscheidung(sfindung)en oder gesellschaftliche Entwicklungen verstehen will, muss sich auch mit Protesten beschäftigen.“<sup>4</sup> Demokratiegeschichtliche Narrative sind demnach ohne die Einbeziehung von Protest gar nicht denkbar.

Die derzeitige Allgegenwärtigkeit von Protest ist also kein neues Phänomen. Protest als demokratisches Mittel der Meinungsäußerung und Partizipationsmöglichkeit zieht sich durch die gesamte Geschichte des Erkämpfens, Weiterentwickelns und Verteidigens der Demokratie. Es erweist sich dabei als ein sehr mehrdeutiges und vielschichtiges Thema. Die Frage, bis zu welchem Punkt Proteste von der Öffentlichkeit bzw. einzelnen gesellschaftlichen Gruppen als legitim erachtet werden, begleitet jede Demonstration und jeden Streik.

Diese Publikation richtet ihren Blick auf historische Proteste in der deutschen Demokratiegeschichte und möchte dabei zeigen, dass Protestbewegungen auch in der Vergangenheit keine homogenen Erscheinungen waren. Wie in der Geschichte, so

streiten auch in der Gegenwart Protestierende innerhalb von Bewegungen um verschiedene Positionen und Akzentsetzungen, finden Kompromisse oder zerbrechen an Meinungsverschiedenheiten. Es gab und gibt nicht *den* Protest. Damit ähnelt die Protestgeschichte der Demokratiegeschichte als Ganzes, die ebenfalls nie einseitig betrachtet werden kann. „Nur eine vielschichtige Auseinandersetzung mit der sich bisweilen widersprechenden Geschichte der Demokratie kann dazu beitragen, sich in der komplizierten und widersprüchlichen Gegenwart zurechtzufinden.“<sup>5</sup>

Bereits im September 2023 beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte auf ihrer Jahrestagung mit dem Thema Protest und dessen Verhältnis zum demokratisch-parlamentarischen System. Unter der Fragestellung „Parlamentarische Regierung – Außerparlamentarische Opposition? Parlament und Protest in der Demokratiegeschichte“<sup>6</sup> diskutierten die Teilnehmenden die Wechselwirkungen und Ambivalenzen dieser beiden bedeutenden Bestandteile des demokratischen Systems und erörterten Möglichkeiten, diese in Zukunft stärker in die demokratiegeschichtliche Erinnerungskultur und die Geschichtsvermittlung zu integrieren.

Die vorliegende Publikation möchte diesen Weg weiter beschreiten. Sie entstand im Rahmen eines von der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte geförderten Projekts mit dem Ziel, das Thema Protest noch stärker als bisher sichtbar zu machen. Hierfür fanden 2024 unter anderem drei von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. veranstaltete Online-Fachgespräche statt, bei denen sich auch weitere Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte als Expert:innen und als Teilnehmende einbrachten. Perspektiven und Erkenntnisse dieser Fachgespräche flossen maßgeblich in die Erstellung dieser Broschüre ein, was die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hoffentlich anschlussfähiger an aktuelle Fragen macht.

Die enge Beziehung zwischen Demokratie, Parlamentarismus und Protest ist nicht frei von Ambivalenzen. Nicht immer ist es einfach, genau zu erkennen, wo die Grenzen demokratischen Protests verlaufen. Je nach Kontext können derartige Einschätzungen unterschiedlich ausfallen. Es ist daher lohnend, kontroverse Aspekte stärker in die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte einzubeziehen. Aus fachlich-historischer Perspektive stellt sich zunächst die Frage, welche Ereignisse, Orte und Personen der Protestgeschichte für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren. Danach gilt es zu klären, welche dieser Beispiele sich besonders dafür eignen, unser heutiges Verständnis von Demokratie und deren Weiterentwicklung zu fördern. Schließlich ist zu fragen, welche Erinnerungsorte der Protestgeschichte zugleich auch Orte der Demokratiegeschichte sein können.

Zunächst gilt es aber, den thematischen Rahmen, mit dem sich diese Publikation auseinandersetzen möchte, festzulegen und das Themenfeld einzugrenzen. Das Verständnis von Protest und seinem Verhältnis zur Demokratiegeschichte, welches dieser Broschüre zugrunde liegt, ist dabei eine Zusammenführung verschiedener geschichtswissenschaftlicher, soziologischer und politikwissenschaftlicher Definitionen, die die Herausgeber:innen aus verschiedenen Veröffentlichungen zusammengetragen haben.<sup>7</sup>

Protest ist demnach eine Form der sichtbaren politischen Kommunikation mit dem Ziel, möglichst viel öffentliche Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Anliegen zu erregen. Er findet in der Regel auf nichtstaatlicher Ebene statt, Teile der Zivilgesellschaft, etwa soziale oder politische Bewegungen, organisieren ihn und sind die Akteur:innen. In der Regel kommt es zu Protest, wenn die institutionalisierten Wege der politischen Problemlösung (gefühlte) versagen. Protest hat einen oder mehrere Adressat:innen, die meist gezwungen sind, sich zum Protest und seinen Forderungen zu positionieren.

Protest drückt grundsätzlich Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System oder mit einzelnen Aspekten davon aus, bis hin zum Anspruch, die aktuelle Ordnung abzuschaffen. Protestierende können sich aber ebenso dafür einsetzen, bereits vollzogene oder geplante Veränderungen rückgängig zu machen bzw. aufzuhalten. Mit dieser ablehnenden Haltung geht zugleich der Wunsch nach einem Alternativzustand einher.

Alle Strömungen des politischen Spektrums setzen Protest ein. Er ist also weder genuin links-progressiv noch rechts-konservativ, weder originär gut noch schlecht. Protest ist oft friedlich, kann aber auch gewaltsam eskalieren. Konkrete Ausdrucksformen sind etwa Straßenproteste wie Demonstrationen, Sitzblockaden, Märsche, Kundgebungen, Mahnwachen oder Platzbesetzungen, genauso aber ziviler Ungehorsam, Streiks bis hin zu Unruhen, Aufständen, Revolten und im Extremfall Revolutionen. Auch bestimmte Lebensstile oder Konsumverhalten, das Schaffen von Kunst oder das Publizieren von Schriften können protesthafte Handlungen sein.

Aus diesem allgemeinen Verständnis von Protest abgeleitet, möchte Protestgeschichte als Teil der Demokratiegeschichte *demokratischen* Protest in all seinen vielfältigen historischen Erscheinungsformen darstellen und in den jeweiligen Kontext einordnen. Das Phänomen des demokratischen Protests tritt sowohl in demokratischen als auch in autokratischen und diktatorischen Systemen auf. In Demokratien gilt Protest

als demokratisch, wenn er innerhalb der bestehenden demokratischen Rechtsordnung erfolgt und sich nicht grundsätzlich gegen die Demokratie selbst richtet. Protest in Autokratien oder Diktaturen hingegen ist auch dann demokratisch, wenn er sich nicht an deren Gesetze hält oder auf die Abschaffung des undemokratischen Systems abzielt.

In autokratischen oder diktatorischen Systemen birgt Protest grundsätzlich ein größeres Risiko für die Beteiligten als in Demokratien, wo er ein festgeschriebenes Recht zur Meinungsäußerung ist. Eignet sich Protest in einem undemokratischen Herrschaftssystem mit dem Ziel, dieses zu schwächen, zu untergraben oder abzuschaffen, handelt es sich außerdem um Widerstand. Der Einsatz von Gewalt gegen Dinge und Personen kann dabei als legitimes Mittel gelten. Demokratisch ist dieser Widerstand dann, wenn die bestehende Ordnung durch eine Demokratie ersetzt werden soll. Demokratischer Widerstand innerhalb einer Demokratie ist wiederum nur möglich, wenn deren Abschaffung bereits begonnen hat.

Bereits in vergangenen Publikationen arbeitete Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. mit einem Konzept, das die deutsche Demokratiegeschichte in vier teilweise ineinander übergehende Phasen beschreibt: „Demokratie erkämpfen“, „Demokratie etablieren“, „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ sowie „Demokratie verteidigen und verlieren“.<sup>8</sup> In allen Phasen lassen sich Formen von Protest identifizieren, die sich jedoch stark voneinander unterscheiden können. Denn die Rahmenbedingungen in einer Demokratie, wie wir sie im westlichen Teil Deutschlands nach 1945 und gesamtdeutsch nach 1989/90 vorfinden, unterscheiden sich völlig von denen in einem autoritären Regime oder in einer Diktatur. Oftmals reden wir auch heute vom „Kampf für die Demokratie“. Ganz präzise ist das nicht, denn anders als in früheren Zeiten geht es heute glücklicherweise nicht um körperliche Unversehrtheit oder Leben und Tod. Unser heutiges Engagement für die Demokratie in der Bundesrepublik ist zwar anstrengend, aber wir leben in einem demokratischen Verfassungsstaat, der das Zusammenleben durch grundlegende Prinzipien und Mechanismen regelt. Dies gilt ebenso für protesthafte Handlungen.

Um die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Protestbewegungen in undemokratischen und in demokratischen Zeiten herauszuarbeiten, teilt sich die Publikation in vier Hauptkapitel. Diese orientieren sich an den beschriebenen Phasen der Demokratieentwicklung. Jedes Kapitel beginnt mit einem allgemeinen Überblickstext zum demokratischen Protest in der jeweiligen historischen Phase. Die Texte beschreiben, wie sich damals Protest zeigte und welche Bedeutung er hatte. Sie arbeiten heraus,

was die Ziele des Protests waren, unter welchen Umständen er demokratisch ist und auch, welche Rolle Gewalt dabei spielt.

Im Anschluss folgt in jedem der vier Hauptkapitel ein Beitrag, der einen konkreten Protest aus der Demokratiegeschichte skizziert und die daran beteiligten Akteur:innen vorstellt. Diese Texte haben Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte geschrieben, bei denen wir uns ganz herzlich bedanken. Den Abschluss der Broschüre bildet ein Text über demokratischen Protest in der historisch-politischen Bildung, der dazu anregen möchte, dieses Thema künftig noch stärker in verschiedene Vermittlungsangebote einzubinden.

Nun wünschen wir allen Leser:innen viel Freude mit dieser Publikation und hoffen, dass sie Anregungen zur weiteren Auseinandersetzung mit Protest und seiner Rolle in der Demokratiegeschichte liefert.

- 
- 1 Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte nach 1945*. Stuttgart 2019.
  - 2 Armin Nassehi: *Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*. Hamburg 2020, S. 7.
  - 3 Dieter Rucht: *Protest und Demokratie*, in: Martin Langebach (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021, S. 20–43, hier: S. 21.
  - 4 Martin Langebach: *Einleitung*, in: Ders. (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021, S. 10–17, hier: S. 12.
  - 5 Annalena Baasch, Ulli Engst: *Umgang mit historischen Ambivalenzen in der historisch-politischen Bildung*, in: Susanne Kitschun, Johann Gerlieb, Paul Schmitz (Hrsg.): *Die Revolution 1848/49. Ambivalenzen der Demokratiegeschichte*. Berlin 2023, S. 4–7, hier: S. 5.
  - 6 Bericht der Jahrestagung. Online unter: <https://www.demokratie-geschichte.de/index.php/9162/bericht-der-jahrestagung> [11.04.25].
  - 7 Hier sind im Besonderen zu nennen: Martin Langebach (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021; Armin Nassehi: *Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*. Hamburg 2020; Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart 2018; Kathrin Lämmle, Iuditha Balint, Hannah Dingeldein (Hrsg.): *Protest, Empörung, Widerstand. Zur Analyse von Auflehnungsbewegungen*. Köln 2014.
  - 8 Siehe hier beispielsweise: Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.): *Migration in der Demokratiegeschichte. Versuch einer Perspektiverweiterung auf die Geschichte der deutschen Demokratie*. Berlin 2023; Michael Parak, Ulli Engst (Hrsg.): *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können*. Berlin 2022; Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.): *Demokratiegeschichte bloggen*. Berlin 2020.



# DEMOKRATIE ERKÄMPFEN

## Mit Protesten die Demokratie erkämpfen

Nur circa 45 Prozent der Weltbevölkerung leben heutzutage in einer Demokratie, rund 39 Prozent unter autoritärer Herrschaft und etwa 15 Prozent in hybriden Systemen wie einer Wahldemokratie mit autoritären Tendenzen.<sup>1</sup> Auch in Deutschland herrscht erst seit 35 Jahren für alle eine demokratische Ordnung und die Geschichte zeigt uns in unzähligen weiteren Beispielen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Sie muss erkämpft werden!

Eines der wichtigsten Mittel im Kampf für die Demokratie ist Protest. Wie der Soziologe und Protestforscher Dieter Rucht 2019 im Interview mit der Bundeszentrale für politische Bildung sagte: „Wir hätten keine freiheitliche, repräsentative Demokratie ohne Protest. [...] Protest hat Demokratie im Wortsinn erzwungen.“<sup>2</sup>

Das Konzept Demokratie, um welches es zu kämpfen gilt in dieser Phase, beinhaltet verschiedene Werte und Ideen, die im Laufe der Zeit unterschiedlich verstanden wurden. Historische Ereignisse, Personen oder auch die Ziele von Protesten müssen im Kontext ihrer Zeit betrachtet werden. Den Kampf für ein Wahlsystem beispielsweise, in dem nur Männer wählen dürfen, würden wir heute nicht mehr als einen Kampf für die Demokratie ansehen. In der Vergangenheit jedoch war er dies durchaus. Unser heutiges politisches, soziales und auch mediales Umfeld ist ein gänzlich anderes als zum Beispiel das der Revolutionär:innen von 1848/49 oder auch das der Protestierenden der Friedensbewegung in den 1980er Jahren, die in einem nichtdemokratischen System für eine freiheitliche Verfassung auf die Straße gingen.<sup>3</sup>

Auch der protestbasierte Kampf für die Demokratie sah in verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte unterschiedlich aus und zeigte sich in vielfältigen Formen. Ein besonderes Augenmerk könnte man jedoch auf folgende Zeiträume legen:

1789–1871 Staaten des Heiligen Römischen Reichs und des Deutschen Bundes

1871–1918 Deutsches Kaiserreich

1933–1945 NS-Regime

1945–1949 Sowjetische Besatzungszone

1949–1989/90 Deutsche Demokratische Republik

Doch nicht nur die deutsche Protestgeschichte prägt unsere Gegenwart. Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Menschen mit Migrationsgeschichte aus aller Welt bringen Protesterfahrungen und Geschichten über den Kampf für Demokratie an den metaphorischen Tisch und prägen die Gesellschaft.

## **Das breite Spektrum der Protestmethoden**

Nach Protestforscher Gene Sharp ist das Grundprinzip von zivilem Widerstand beziehungsweise gewaltfreiem Protest, offizielle politische Prozesse und Institutionen zu umgehen, um das Ziel des Protests stattdessen mit politischen, psychologischen oder ökonomischen Mitteln zu erreichen.<sup>4</sup> Eine erprobte Strategie für Protest sowohl in Autokratien als auch Demokratien ist es deshalb, so viele Menschen zu mobilisieren wie möglich. Gleichzeitig sollen die Standfesten der staatlichen Macht wie Polizei, Gerichte und Strafvollzug durch Beschäftigung überlastet werden, zum Beispiel mithilfe großer Straßendemonstrationen.<sup>5</sup> Denn heute wie vor hundert Jahren ist die Straße ein wichtiger Ort für die Aushandlung sozialer, gesellschaftlicher und politischer Konflikte. Sie steht zudem symbolisch für eine weitere Grundlage erfolgreichen Protests – Sichtbarkeit!<sup>6</sup> Protest als Oberbegriff umfasst sehr viele unterschiedliche konkrete Methoden, die längst nicht alle ausschließlich auf die Straße als öffentlichen Raum fokussiert sind.

Für die Kämpferinnen des Frauenwahlrechts wie Louise Otto, Helene Lange oder Clara Zetkin war Protest eine der wenigen Möglichkeiten, um ihre Forderungen beispielsweise durch Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen oder Sonderschriften an die Öffentlichkeit zu tragen.<sup>7</sup>

Die Revolution von 1918/19 war besonders von Massenprotesten, in Form von Straßendemonstrationen, aber auch Barrikadenkämpfen geprägt. Die Menschen gingen mit dem Ziel des Friedens, besseren wirtschaftlichen und sozialen Zuständen und der Abschaffung der Monarchie auf die Straße. Die Proteste begannen meist in Form von gewaltfreien Versammlungen und Streiks, bei denen in vielen Städten Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden. Doch sie eskalierten mitunter zu gewaltsamen, auch tödlich endenden Konflikten, wie die Auseinandersetzung zwischen Matrosen und Offizieren während des Kieler Matrosenaufstands. Auch die Weihnachtskämpfe 1918 in Berlin und die darauffolgenden Monate der Gewalt sind ein prägendes Beispiel eskalierender Proteste im Zuge der Revolution von 1918/19. Knapp 35 Jahre später, während des Volksaufstands um den 17. Juni 1953 in der DDR, lassen sich ähnliche Protestmuster feststellen. Auch hier wurden Streiks der

Arbeiterklasse gegen wirtschaftliche Maßnahmen und schlechte Arbeitsbedingungen, die sich zu einem Aufstand im ganzen Land ausweiteten und sich gegen die Gesamtpolitik der Machthaber richteten, durch staatliche Maßnahmen gewaltsam beendet.<sup>8</sup>

Die Protestmethoden ab den 1970er Jahren gegen die SED-Herrschaft stachen unter anderem durch die aktive kulturelle Opposition hervor, die in Form von Literatur, Kunst und Musik Protest ausübte. Musiker wie Wolf Biermann kritisierten in ihren Texten die politischen Umstände in der DDR sowohl offen als auch in versteckter Form.<sup>9</sup> Nebst Kunst und Kultur waren auch die Kirchen ein Ort, an dem die Friedensbewegung und oppositionelle Gruppen sich entfalten konnten. Sie waren eine der wenigen sicheren Orte für öffentliche politische Kundgebungen, Friedensgebete und die daraus resultierenden Demonstrationen für Freiheit und gegen die Gewalt des Staates.<sup>10</sup> Jedoch auch drastischere Maßnahmen wie Selbstverletzungen und sogar Protestsuizide waren, wenn auch sehr selten, Teil der Proteste. Bekannt ist vor allem der Fall des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz, welcher sich aus Protest gegen die Bildungs- und Kirchenpolitik der SED am 18. August 1976 vor der Michaeliskirche in Zeitz anzündete.<sup>11</sup>

Protest ist in der Phase des Kampfs um die Demokratie oftmals für einen großen Teil der Bevölkerung die einzige Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu versammeln und ihre Meinung, Wünsche oder Missfallen zu äußern, um so ihre Hoffnung auf Teilhabe an der Politik und Gesellschaft zu artikulieren. Denn freie Wahlen, Volksentscheide oder andere demokratische Möglichkeiten, um politischen Einfluss auszuüben, waren in dieser Phase keine Mittel, die der gesamten Bevölkerung zur Verfügung standen.

### **Gewalt als demokratisches Mittel?**

Während das Versammlungsrecht zu den Grundfesten einer funktionierenden Demokratie gehört, ist die Einordnung von Protest in undemokratischen Systemen weniger eindeutig. In Phasen, in denen durch Protest Demokratie erkämpft werden soll, ist natürlich keine demokratische Grundordnung vorhanden. In nichtdemokratischen Systemen kann Protest jedoch als demokratisch definiert werden, obwohl der Protest selbst, seine Methoden und die Ziele aus Sicht der bestehenden Ordnung illegal sind. Um das autokratische/diktatorische System abzuschaffen, wird selbst der Einsatz von Gewalt, sowohl gegen Sachen als auch Menschen von vielen als legitim angesehen. Politische Denker und Philosophen wie John Rawls merken aller-

dings an, dass Protest durch Gewalt für sie nur dann akzeptiert werden kann, wenn alle anderen Methoden ausgeschöpft wurden. Also Gewalt als letzter Versuch, als letzte Option.<sup>12</sup>

So wie heute waren auch in der Vergangenheit Protestgemeinschaften gespalten darüber, welche Protestmethoden legitim und nachhaltig wirksam sind. Vor allem die Meinungsunterschiede zu friedlichem und gewaltsamem Protest sind immer wieder erkennbar.

Ein anschauliches Beispiel für den Konflikt zwischen friedlichem und gewaltsamem Protest ist Robert Blum und sein Wirken zur Zeit der Revolution 1848/49. Robert Blum gehörte zu den bekanntesten und beliebtesten demokratischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung. Er setzte sich im Namen des Volkes für die deutsche Einheit und eine parlamentarische Republik ein. Sein Weg war der offizielle: Über das Parlament und durch Kompromisse sollten mehrheitlich-demokratisch beschlossene Entscheidungen getroffen werden. Von wildem, gewaltsamem Aktionismus hielt er nicht viel, sondern wollte die Revolution durch Recht und Gesetz in eine produktive Richtung lenken. Mit ähnlichen Zielen, aber anderen Methoden stand er damit den Radikaldemokraten, die den Fürsten durch Gewalt die Macht entziehen wollten, gegenüber sowie der liberal-konservativen Fraktion. Die ab Mai 1848 tagende Nationalversammlung kam jedoch zu keinem Kompromiss. Alles zog sich in die Länge, das Volk wurde unruhig und erwartete Fortschritte. Ein umstrittener Waffenstillstand mit Dänemark im Konflikt um Schleswig, dem die Nationalversammlung zustimmte, brachte dann das Fass zum Überlaufen und erneuerte gewaltsame Ausschreitungen begannen. Am 18. September 1848 versammelte sich eine wütende Menge vor der Paulskirche, dem Tagungsort der Nationalversammlung. Sie machten sich bereit, mit Gewalt erneut eine Revolution zu starten, nachdem die erste im März nicht die gewünschten Resultate erzielt hatte. Obwohl Robert Blum auf ihrer Seite war und versuchte, die Wünsche des Volks umzusetzen, waren sie sich uneinig über den Weg dahin und vor allem über den Einsatz von Gewalt. Trotz seiner Bemühungen, die Situation friedlich zu lösen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und den preußischen Soldaten. Blum reagierte resigniert auf die Ereignisse und begann die Wirksamkeit seiner Methoden zu hinterfragen.

Als im Oktober in Wien erneut die Revolution ausbrach, reiste er an, um dem Aufstand die Unterstützung der Linken auszusprechen und vollzog, motiviert durch den Mut und die Entschlossenheit der Wiener Aufständischen, einen radi-

kalen Bruch mit seinen anfänglichen Idealen. Er sprach sich nun ebenfalls für den bewaffneten Konflikt aus, dem er sich auch selbst anschloss. Eine Entscheidung, die schlussendlich zu seiner Verhaftung und Hinrichtung führte.<sup>13</sup> Denn Protest, gewaltsamer, aber auch friedlicher, ist in der Regel in undemokratischen Systemen mit hohen kollektiven wie persönlichen Risiken für die Protestierenden verbunden.<sup>14</sup>

## **Für Demokratie, Freiheit und ...**

Viele der Forderungen vergangener Proteste im Kampf um die Demokratie sind heute grundlegende Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. So kämpften zum Beispiel die Verfechter:innen des Frauenwahlrechts dafür, dass das Recht auf freie und geheime Wahlen für alle Bürger und Bürgerinnen gelte. Ebenso forderten Protestbewegungen der Vergangenheit die Achtung von Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit, auf Leben und freie Entfaltung sowie auch die Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition sind ebenfalls Teil unserer durch Protest erkämpften modernen Demokratie. Zudem kämpft Protest in autoritären Regimen immer auch für die eigene Existenzberechtigung.<sup>15</sup> Also das Recht der Bürger:innen, sich friedlich und ohne Waffengewalt zu versammeln.

Viele dieser demokratischen Errungenschaften gingen nach dem Ende der Weimarer Republik und unter der Herrschaft der NSDAP verloren. Doch damit wollten sich nicht alle abfinden. Zwischen Juni 1942 und Februar 1943 entstanden zum Beispiel die sechs Flugblätter der Weißen Rose, der studentischen Widerstandsgruppe, zu der auch Sophie und Hans Scholl gehörten.<sup>16</sup> Darin machte die Gruppe unter anderem die Ziele und Forderungen ihres Protests deutlich. Primär ging es ihnen um die Mobilisierung der Bevölkerung für den Widerstand, indem sie den Menschen vor Augen führten, was sie zu verlieren hatten beziehungsweise bereits verloren haben. Auch mit expliziten Aufrufen den Nationalsozialisten entgegenzuarbeiten, zum Beispiel durch Sabotage, sollte diese Mobilisierung erreicht werden.<sup>17</sup> In mehreren der Flugblätter sprachen sich die Widerständler zudem gegen den von Hitler geführten Krieg aus, der so schnell wie möglich durch die Niederlage Deutschlands ein Ende finden sollte. Ihre Forderung nach einem freiheitlichen und gerechten Staat ist besonders im fünften Flugblatt klar und deutlich festgehalten: „Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa“.<sup>18</sup>

Doch nicht jeder Protest lebte in dieser Form von Sichtbarkeit und der Offenlegung seiner Ziele. Menschen reagierten auf unterschiedliche Art und Weise auf die Verfolgung und Diskriminierung. Europaweit gab es beispielsweise verschiedenste widerständige Handlungen vonseiten der jüdischen Bevölkerung zur Zeit des Nationalsozialismus. Juden und Jüdinnen arbeiteten unter anderem aktiv gegen das Ziel der Nationalsozialisten, jüdisches Leben und die Erinnerung daran auszulöschen, indem sie Tagebücher schrieben, Dokumente bewahrten, fotografierten und Kunst schufen. Sie kämpften so auch für die eigene körperliche und geistige Selbstbehauptung, für ihre Bildung und kulturelles Leben.<sup>19</sup>

In den meisten dieser Fälle ging es um das Anprangern von Missständen, die Forderung nach einer neuen und besseren politisch-gesellschaftlichen Ordnung, darum zu verhindern, dass ein autokratisches Regime seine Ziele umsetzen kann, und um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, um diese für die Protestbewegung beziehungsweise den Widerstand zu mobilisieren.

### **Erfolg durch Zusammenhalt**

Erfolgreicher Protest lebt vom Gemeinschaftssinn und Zusammenhalt einer gleichgesinnten Gruppe.<sup>20</sup> Besonders gewaltfreie, lokale Proteste formen moralisch und informationstechnisch geringe Barrieren für die Teilnahme, schaffen eine enge Verbundenheit unter den Anhänger:innen und haben dadurch bessere Erfolgsaussichten.<sup>21</sup>

So versammelten sich im Frühjahr 1943 deutsche, nicht-jüdische Menschen, vor allem Frauen, aus „Mischehen“ in der Rosenstraße in Berlin, um gewaltfrei gegen die Verhaftung und Deportation ihrer jüdischen Familienmitglieder zu demonstrieren. Hierbei handelte es sich um einen der wenigen bekannt gewordenen Fälle großer öffentlicher Proteste auf deutscher Seite gegen die nationalsozialistische Judenvernichtung. Eine Woche lang, Tag und Nacht, versammelten sich bis zu 600 Protestierende gleichzeitig. In einem fließenden Wechsel kamen neue Teilnehmende hinzu und lösten andere ab, die beispielsweise arbeiten oder sich um ihre Familie kümmern mussten. Insgesamt waren es etwa 6.000 Personen, die an der Protestbewegung teilgenommen hatten. Trotz wiederholter Drohungen und Auflösung der Demonstrationen durch die Gestapo setzten sie ihren Protest fort, bis durch Joseph Goebbels schließlich die vorübergehende Freilassung von 1.700 bis 2.000 Juden und Jüdinnen aus „Mischehen“ veranlasst wurde.<sup>22</sup>

Protest hat immer wieder als Katalysator für Veränderungen in Gesellschaften und politischen Systemen gedient. Vom friedlichen Widerstand gegen autoritäre Regime bis hin zu den gewaltsamen Kämpfen für Bürgerrechte und Freiheit. Auf dem oft langen, von Rückschlägen geprägten Kampf für eine stabile Demokratie, war, ist und bleibt der Protest ein unverzichtbares Mittel.

- 
- 1 Economist Intelligence Unit: Democracy Index 2024, online unter: <https://eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024> [08.04.2025].
  - 2 Dieter Rucht: Protest! Eine Einführung, online unter: <https://www.bpb.de/mediathek/video/298788/protest-eine-einfuehrung/> [01.04.2025].
  - 3 Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945.* Stuttgart 2019, S. 15.
  - 4 Friedemann Karig: *Was ihr wollt. Wie Protest wirklich wirkt.* Berlin 2024, S. 18.
  - 5 Karig: *Was ihr wollt*, S. 61.
  - 6 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 15.
  - 7 Kerstin Wolff: *Der Kampf der Frauenbewegung um das Frauenwahlrecht*, online unter: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/278701/der-kampf-der-frauenbewegung-um-das-frauenwahlrecht/> [01.04.2025].
  - 8 Dierk Hoffmann: *Der 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und Folgen des Volksaufstandes in der DDR*, in: Martin Löhnig, Mareike Preisner, Thomas Schlemmer (Hrsg.): *Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute.* Tübingen 2015, S. 99-114, hier: S. 107ff.
  - 9 Holger Kulick: *Einer der Anfänge vom Ende der DDR. Die Biermann-Ausbürgerung 1976*, online unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/343310/einer-der-anfaenge-vom-ende-der-ddr-die-biermann-ausbuergerung-1976/> [01.04.2025].
  - 10 Ulli Engst: *Den Unrechtsstaat öffentlich bloßstellen. Gesine Oltmanns und die Friedensgebete*, in Michael Parak, Ulli Engst (Hrsg.): *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die Beeindrucken und Orientierung geben können.* 2022, S. 48-52, hier: S. 48f.
  - 11 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 195.
  - 12 Karig: *Was ihr wollt*, S. 87.
  - 13 Ulli Engst: *Im Parlament nach Kompromissen streben. Robert Blum und die Frankfurter Nationalversammlung*, in Michael Parak, Ulli Engst (Hrsg.): *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die Beeindrucken und Orientierung geben können.* 2022, S. 39-43.
  - 14 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 17.
  - 15 Karig: *Was ihr wollt*, S. 17.
  - 16 Weiße Rose Stiftung e. V.: *Flugblätter der Weißen Rose*, online unter: <https://www.weisse-rose-stiftung.de/widerstandsgruppe-weisse-rose/flugblaetter/> [01.04.2025].
  - 17 Die Weiße Rose: *Flugblätter der Weißen Rose III*, online unter: <https://www.weisse-rose-stiftung.de/widerstandsgruppe-weisse-rose/flugblaetter/iii-flugblatt-der-weissen-rose/> [08.04.2025].
  - 18 Die Weiße Rose: *Flugblätter der Widerstandsbewegung in Deutschland: Aufruf an alle Deutsche!*, online unter: <https://www.weisse-rose-stiftung.de/widerstandsgruppe-weisse-rose/flugblaetter/v-flugblatt-der-weissen-rose/> [08.04.2025].
  - 19 Andrea Löw: *Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im Nationalsozialismus*, online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/186872/widerstand-und-selbstbehauptung-von-juden-im-national-sozialismus/> [01.04.2025].
  - 20 Karig: *Was ihr wollt*, S. 10.
  - 21 Erika Chenoweth, Maria J. Stephan: *Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict.* 2012, S. 10.
  - 22 Nathan Stoltzfus: *Widerstand des Herzens. Der Protest in der Rosenstraße und die deutsch-jüdische Mischehe*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 21 (1995), S. 218-247, hier: 218.

## **Der lange Weg zum Frauenwahlrecht – auch eine Protestgeschichte**

Im Januar 1919 war es endlich so weit: Frauen durften in der gerade neu ausgerufenen Weimarer Republik zum ersten Mal wählen und sich zur Wahl stellen. Die kommunalen und Landesparlamente ebenso wie der Reichstag füllten sich daraufhin mit den ersten gewählten Politikerinnen. Eine neue Zeit schien angebrochen und die Diskriminierung des 19. Jahrhunderts endlich überwunden zu sein. Aber wie kam es eigentlich dazu? Stimmt es, dass der eigentliche Auslöser für das Frauenwahlrecht in Deutschland der Erste Weltkrieg war, wie immer wieder zu lesen ist,<sup>1</sup> oder steckt nicht viel mehr eine lange Geschichte zivilgesellschaftlichen Engagements dahinter, die man auch als Protestgeschichte erzählen kann?

Um diese Frage beantworten zu können, möchte ich in diesem Beitrag verschiedene Zeitpunkte, an denen über das Frauenwahlrecht gesprochen und gestritten wurde, vorstellen und nachweisen, dass verschiedene Akteurinnen mit sehr unterschiedlichen Protestformen ihren Kampf um das Wahlrecht flankierten. Damit wird deutlich, dass es verschiedene Arten von Protest gibt und es immer darauf ankommt, die Art von Protest zu wählen, die zu dem spezifischen Zeitpunkt des Ringens als angemessen und zielführend eingeschätzt wird. Denn Protest muss – wenn er erfolgreich sein will – verstanden und gelesen werden und verändert daher immer wieder seine Formen und sein Erscheinungsbild.

### **Wie alles begann – die schriftlichen Proteste<sup>2</sup>**

Die wesentlichste Grundlage für den Kampf um das Frauenwahlrecht war der Gedanke, eine gesellschaftlich anzustrebende Gleichheit aller auch auf die Gleichheit der Geschlechter zu beziehen. Dies geschah zum ersten Mal in der Französischen Revolution von 1789, in der die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit explizit gefordert wurden. Obwohl einige Revolutionärinnen schon damals versuchten, die Errungenschaften der Französischen Revolution auch für Frauen zu nutzen, zeichnete sich diese Revolution unter anderem durch einen massiven Ausschluss von Frauen aus. Brüderlichkeit war tatsächlich als Gleichheit unter Männern verstanden worden – und bei genauerer Betrachtung fielen noch nicht einmal alle Männer unter dieses Konzept.



Zum diesjährigen Frauenstimmrecht-Kongress in München: Die Vorsitzende des Kongresses, Fräulein Dr. Anita Augspurg (X), im Gespräch mit Kongressmitgliedern. Die Forderung der Frauen nach politischer Gleichberechtigung mit den Männern stützte sich in den Verhandlungen des zahlreich besuchten Kongresses hauptsächlich auf die gegenwärtige Teuerung. Die Männerpolitik, wurde ausgeführt, habe hier vollständig veragt. Die Kraft zu dem Kampfe gegen die materielle Not müsse geschöpft werden an der rechten Quelle, der Mütterlichkeit der Frau, die die Gebiete der Küche und Kinderstube besser beherrscht als der Mann.

Teilnehmerinnen des Frauenstimmrechts-Kongresses in München, 1912. Zu sehen sind als sechste von links Anita Augspurg und als zweite von rechts Lida Gustava Heymann.

In Deutschland war es Louise Otto, geboren 1813 in Meißen und seit den 1830er Jahren Verfasserin sozialkritischer Texte, die sich vor und während der 1848er Revolution dafür einsetzte, das liberale Gleichheitsversprechen auch für Frauen zu öffnen. Dafür mischte sie sich ab Beginn der 1840er Jahre in die öffentliche Debatte ein und brach eine Lanze für die (politischen) Rechte von Frauen.<sup>3</sup> Sie engagierte sich im Revolutionsgeschehen und ließ sich selbst von Hausdurchsuchungen und der Verhaftung ihres Verlobten August Peters 1849 nicht von ihrer politischen Meinung abbringen. Durch die Herausgabe ihrer *Frauen-Zeitung*, die zwischen 1849 und 1852 erschien, zeigte sie überdeutlich ihre Versuche, die Revolution auch für eine Ausweitung der gesellschaftlich akzeptierten weiblichen Rolle zu nutzen. So schrieb sie in der ersten Nummer am 21. April 1849: „Wir wollen unseren Theil fordern: das Recht, das Rein-Menschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat.“<sup>4</sup> Auch wenn in dieser Passage das Wort Frauenwahlrecht nicht vorkommt, kann die Forderung danach aus diesem Satz durchaus herausgelesen werden. Damit wäre Louise Otto eine der Ersten, die sich für ein Frauenwahlrecht in Deutschland einsetzte.

Die Herausgabe der *Frauen-Zeitung* kann und muss als Protest verstanden werden, denn Louise Otto nutzte ihre Bekanntheit, um ein Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen, das in der Revolution von 1848/49 zu lange ignoriert worden war. Ihre Methode war der schriftliche Protest in Form einer eigenen Zeitung und vor allem auch eigener sozialkritischer Romane und Gedichte, die sie ab den frühen 1840er Jahren veröffentlichte. In dieser Zeit wurden Gedichte und revolutionäre Lieder vor allem dafür eingesetzt, breite Bevölkerungskreise anzusprechen und auf soziale Missstände als real existierende Probleme aufmerksam zu machen. Damit verbunden war eine „Alltagstauglichkeit“, die sich ebenfalls in den Gedichten von Louise Otto finden lässt. Dass ihre Veröffentlichungen als Protest in ihrer Zeit verstanden wurden, zeigt sich daran, dass die Behörden sowohl ihre Romane als auch die *Frauen-Zeitung* zensierten und Letztere in den 1850er Jahren verboten.

Eine weitere Einzelstimme, die in dieser Frühphase Argumente für ein Frauenwahl- und -stimmrecht bereitstellte, war die wortgewaltige und scharfzüngige Denkerin und Schriftstellerin Hedwig Dohm. Einen großen Teil ihres 1876 veröffentlichten Werkes *Der Frauen Natur und Recht* widmete sie dem Stimmrecht der Frau. Dieser Text war ein Fanal für das Wahlrecht und ist auch heute noch ein gut zu lesender Essay, der mit den Vorurteilen seiner Zeit hart ins Gericht geht. Im Gegensatz zu Forderungen aus den vorausgegangenen Jahrzehnten, bei denen nie die Erklärung fehlte, warum Frauen das Wahlrecht haben sollten, drehte Dohm den argumentativen Spieß um und fragte danach, warum Frauen es nicht hatten. Dohm publizierte ihre politischen Schriften sehr bewusst und passgenau. Da nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches eine Debatte um die Form des Reichstagswahlrechtes angestoßen – das (Männer-)Wahlrecht also diskutiert – wurde, ergriff sie die Chance und publizierte ihrerseits ein Werk zum Frauenstimmrecht. Damit protestierte sie dagegen, dass bei der Debatte um das Reichstagswahlrecht die Frauen wieder einmal leer ausgehen sollten.

## **Die Organisationsphase – neue Protestformen entstehen**

Stellte bis 1900 der schriftliche Protest die einzige (legitime) Möglichkeit dar, sich als Frau gesellschaftlich und politisch zu positionieren, da die verschiedenen Vereinsrechte eine politische Organisation von Frauen verboten, trat 1902 der Kampf um das Frauenwahlrecht in eine neue Phase ein, die auch neue Protestformen mit sich brachte.

In diesem Jahr gründete sich in Hamburg der erste Frauenstimmrechtsverband, womit sich das Ringen um das Wahlrecht zum ersten Mal organisierte. Auch der Bund deutscher Frauenvereine (BDF), der 1895 gegründete Dachverband der bürgerlichen Frau-

enbewegung, nahm auf seiner fünften Generalversammlung 1902 den Kampf um das Frauenstimmrecht offiziell in sein Programm auf – allerdings mit dem Zusatz, dass kein Mitgliedsverband diese Forderung in praktische Arbeit umsetzen müsse, und ohne Empfehlung, wie das Ziel erreicht werden könnte.

Der Verband für Frauenstimmrecht weitete die seit den 1870er Jahren entstandenen Organisationsformen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung auf das Ringen um ein Wahlrecht für Frauen aus und gründete eine eigene Zeitschrift, gab Flugblätter und Stimmrechtsmarken aus, hielt öffentliche Versammlungen ab und vernetzte sich mit Stimmrechtsvereinen weltweit. Damit wurde der Protest für das Frauenwahlrecht in eine breite Öffentlichkeit getragen und auch innerhalb der Frauenbewegung bekam der Kampf einen anderen Stellenwert.

Die Protestformen, die die Frauenwahlkämpferinnen wählten, ähnelten denen, die sich in der bürgerlichen Frauenbewegung als sinnvoll herausgestellt hatten. Dazu zählten vor allem die Publikation einer eigenen Zeitschrift, die sowohl in den Verband hinein, aber auch in die breite Öffentlichkeit wirken sollte, große Veranstaltungen mit national renommierten Redner\*innen und Protestnoten und Petitionen, die an den Reichstag versandt wurden. Anders als zum Beispiel in Großbritannien fand der Protest für das Wahlrecht im deutschen Kaiserreich nicht auf der Straße statt. Diese Form lehnten viele Engagierte ab, denn im Kaiserreich wurden Demonstrationen auf der Straße vor allem mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht. Da die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen sowieso immer im Ruf standen, Werbung für die SPD zu machen (weil diese die einzige Partei war, die sich öffentlich für das Frauenwahlrecht aussprach), war der Straßenkampf, waren Aufmärsche von bürgerlichen Aktivistinnen für das Frauenwahlrecht hier undenkbar.

1908 war für die politische Betätigung der Frau ein weiteres entscheidendes Jahr – endlich durften Frauen Mitglieder in politischen Vereinen und damit auch in Parteien werden. Die organisierte Stimmrechtsbewegung wurde dadurch gestärkt und brachte nun ihren Protest direkt in die Parteien ein, denn viele Wahlrechtsaktivistinnen wurden Mitglieder und versuchten nun durch eine direkte Einflussnahme auf die Parteiprogramme das Frauenwahlrecht voranzubringen. Allerdings verfiel dieser Protest innerhalb der Parteien nicht. Keine Partei – außer der SPD – nahm die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm auf.<sup>5</sup>

Diese Probleme hatten die Sozialdemokratinnen nicht. Auch sie setzten sich öffentlichkeitswirksam für das Frauenwahlrecht ein. Als eigenständige Protestform initiierten sie den Internationalen Frauentag, der ab 1911 ein jährlich stattfindender Propagandtag für das Frauenstimmrecht auch in Deutschland wurde. 1910 war er auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen ausgerufen worden. Die Genossinnen fassten hier den Beschluss, in jedem Land einen Frauentag zu installieren, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen sollte. Der erste Frauentag fand in Deutschland am 19. März 1911 statt und setzte durch Demonstrationen, eigenständige Publikationen und öffentliche Veranstaltungen ein lautstarkes Signal für die Einführung des Frauenwahlrechtes. Clara Zetkin, damals Herausgeberin der Frauenzeitung *Die Gleichheit* und Frauensekretärin der SPD, wurde nicht müde zu betonen, dass sie nicht für die bürgerlichen Frauen kämpfen würde, sondern allein für die Arbeiterinnen. Um dies auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, nahmen die Proletarierinnen die Protestformen aus dem sozialistischen Umfeld auf – also die öffentliche Demonstration auf der Straße und die Massenkundgebung.

Die organisierte Phase, in der sowohl die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen als auch die Sozialistinnen das Thema Frauenwahlrecht in eine immer breitere Öffentlichkeit trugen, endete abrupt mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Alle Proteste für das Frauenwahlrecht wurden beendet und die meisten bürgerlichen, wie auch die sozialistischen Wahlrechtskämpferinnen entschieden sich, den Krieg zu unterstützen. Nur eine kleine Minderheit wandte sich dem Pazifismus zu und engagierte sich in der Friedensbewegung.

## **Die Kampfphase**

Der entscheidende Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland begann 1917, mitten im Weltkrieg. Hintergrund war die Osterbotschaft des Deutschen Kaisers Wilhelm II. Diese war notwendig geworden, weil im Reichstag der Burgfrieden zunehmend zu bröckeln begann und gerade die beiden sozialdemokratischen Parteien MSPD und USPD, in die sich die SPD 1917 aufgespalten hatte, immer stärker auf eine Anerkennung ihrer Leistungen im Krieg drängten. Gleichzeitig hatte sich im Winter 1916/17 die Ernährungslage in Deutschland massiv verschärft. In diesem sogenannten Steckrübenwinter kam es zu Hungerprotesten und Streiks, die sich zunehmend mit politischen Forderungen verbanden. Dem *Berliner Lokal-Anzeiger* vom 8. April 1917 ist zu entnehmen, dass der Kaiser über eine Reform des Preußischen Dreiklassenwahlrechts nachdachte. Auch kündigte er an, das Preußische Herrenhaus solle künftig Männer „aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes“ vereinen, die die „Achtung ihrer Mitbürger“ genießen.<sup>6</sup>

Da der Kaiser bei der Zusammensetzung des Herrenhauses nur von Männern sprach, nahm die durch den Krieg eingeschlafene Stimmrechtsarbeit der Frauen neue Fahrt auf. In den nächsten Monaten entwickelte sich ein breites Frauenbündnis, das es so vor dem Krieg nicht gegeben hatte. Dies war möglich geworden, weil Clara Zetkin die MSPD verlassen hatte und nun Marie Juchacz und Wally Zepler eine Politik der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen favorisierten.<sup>7</sup>

Der Dachverband der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung BDF reagierte positiv auf die Kontaktaufnahme der Sozialdemokratinnen und sagte eine gemeinsame Aktion zu. Allerdings war der Preis dafür sehr hoch, denn der konservativ ausgerichtete Deutsch-Evangelische Frauenbund (DEF) trat daraufhin aus dem gemeinsamen Dachverband aus.<sup>8</sup> Hier zeigte sich überdeutlich, dass dem Frauenstimmrecht in der politischen Auseinandersetzung um eine Demokratisierung eine symbolische Funktion zugewiesen wurde. „Wer für dieses Recht eintrat, wollte die gesellschaftliche Ordnung verändern [...]. Das Wahlrecht für Frauen wurde in den Augen der Konservativen ein Kristallisationspunkt, an dem man eindeutig Farbe bekennen musste. [...] Das Frauenstimmrecht wurde zur Kardinalfrage in der Entwicklung konservativer Frauenpolitik.“<sup>9</sup>

Damit zeigten sich in den verschiedenen Flügeln der Frauenbewegung letztendlich die gleichen politischen Positionen wie im Reichstag. Auch hier stellte sich die national-konservative Seite unter Verweis auf weltanschauliche Grundsätze gegen nahezu alle anderen Parteien, die sich für eine Demokratisierung aussprachen. Wie im Reichstag spaltete sich an der Frage der Demokratisierung die Frauenbewegung in einen reformbereiten und einen blockierenden Zweig, wobei letzterer die Argumente der Konservativen in die Frauenbewegung hineinrug. Damit standen sich auch innerhalb der Bewegung im Winter 1917/18 zwei Lager gegenüber: eines, das aus sämtlichen bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereinen, dem BDF, Sozialdemokratinnen, Gewerkschaften und anderen Frauengruppen von liberalen Parteien bestand, die nun gemeinsam für das Frauenstimmrecht kämpften, sowie ein national-konservatives Lager aus DEF und anderen konservativen Frauengruppen, die das Frauenwahlrecht und damit eine Demokratisierung der Gesellschaft ablehnten.

Im gesamten Jahr 1918 zeigte sich eine stetig wachsende Wahlrechtsdynamik, die sich durch die Verbindung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Frauenbewegung mit den parlamentarischen Aktivitäten der sozialdemokratischen und liberalen Kräfte auszeichnete. Der Protest fand nun sowohl auf der Straße als auch im Saal statt und auch die Parlamente mussten sich mit dem Anliegen der Frauen beschäf-

tigen. So wurde im Januar 1918 im preußischen Landtag über das Frauenwahlrecht gesprochen. Nur die Sozialdemokratie und der liberale Fortschritt traten dafür ein, alle anderen Parteien votierten dagegen.

Auch in der bayerischen Kammer der Abgeordneten kam es im Sommer 1918 zu einer Debatte um das Landtagswahlrecht. Die SPD hatte das Frauenwahlrecht beantragt – auch hier wurde es mit großer Mehrheit abgelehnt. Ähnlich sah es in Württemberg und in Baden aus, wo Anträge von verschiedenen Frauengruppen vorlagen, aber bereits in den Ausschüssen abgelehnt wurden. Selbst das kommunale Wahlrecht für Frauen fand in Baden keine Mehrheit.<sup>10</sup>

Die parlamentarischen Versuche, eine Wahlrechtsreform durchzusetzen, können in dieser Phase ebenfalls als Form des Protestes gelesen werden – ein Protest, der im Parlament und nicht davor stattfand. Neben diesen parlamentarischen Initiativen organisierten die Wahlrechtsaktivistinnen wieder Vorträge, schrieben Petitionen und suchten das Gespräch mit einzelnen Parteivertretern. Weil durch die Osterbotschaft des Kaisers die Frage nach einer generellen Reform des Wahlrechtes auf der politischen Agenda stand, verknüpfte sich der Protest der Frauen für ihr Wahlrecht mit dieser gesamtgesellschaftlichen Reformbewegung, die von breiten Bevölkerungskreisen als Forderung mitgetragen wurde. Der Protest der Frauenwahlrechtsaktivistinnen verlor damit seine besondere Stellung.

Als die Sozialdemokratie 1918 das politische Handeln übernahm, setzte sie die seit Jahren geforderte demokratische Wahlrechtsreform um, in die nun auch das Frauenwahlrecht integriert worden war. Dass dies gelang, war auch der Frauenbewegung und ihren verschiedenen Protestformen zu verdanken. So gelang es, das Thema immer weiter zu tragen und im Engagement nicht nachzulassen. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Wahl der Protestform, die in der Zeit sowohl als solche erkannt als auch toleriert wurde.

Denn Protest kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn er organisiert getragen wird und sich einem Thema zuwendet, das von einer größeren Gruppe als legitim anerkannt wird. Der Protest der Frauenbewegung hatte – so meine These – Erfolg, weil er sich in deren gesellschaftliches Agieren integrierte. Die Bewegung protestierte nicht nur, sie bot auch Lösungsansätze und baute alternative Strukturen auf. Sie eroberte nicht die Macht im Staat, sondern veränderte spürbar alltägliche Lebenspraktiken und wurde dadurch so erfolgreich.<sup>11</sup>

- 
- 1 So zum Beispiel: Ewald Frie: 100 Jahre 1918/19. Offene Zukünfte, in: Zeithistorische Forschungen 15 (2018), Heft 1, online unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2018/id=5561> [06.03.2025].
  - 2 Der Kampf um das Frauenwahlrecht kann in drei Phasen eingeteilt werden. Siehe dazu: Kerstin Wolff: Auch unsere Stimme zählt! Der Kampf der Frauenbewegung um das Wahlrecht in Deutschland, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2018, Frauen wählen, S. 11–19. An dieser Dreiteilung wird hier festgehalten.
  - 3 Siehe zur Rolle von Louise Otto im Kampf um das Frauenwahlrecht: Susanne Schötz: Politische Partizipation und Frauenwahlrecht bei Louise Otto-Peters, in: Hedwig Richter, Kerstin Wolff (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland. Hamburg 2018, S. 187–220.
  - 4 Louise Otto: Programm, in: Frauen-Zeitung 1/1849, S. 1.
  - 5 Zum Kampf der liberalen Frauen um das Wahlrecht siehe: Angelika Schaser: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933), in: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 641–680; Ulrike Ley: Einerseits und Andererseits – das Dilemma liberaler Frauenrechtlerinnen in der Politik. Zu den Bedingungen politischer Partizipation von Frauen im Kaiserreich. Pfaffenweiler 1999.
  - 6 Eine Osterbotschaft Kaiser Wilhelms, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 8. April 1917, online unter: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/osterbotschaft-1917.html> [20.04.2018].
  - 7 Ausführlich: Kerstin Wolff: Neue Verbündete – Sozialdemokratie und bürgerliche Frauenbewegung im gemeinsamen Kampf um ein demokratisches (Frauen-)Wahlrecht (1917–1918), in: Tobias Kaiser, Andreas Schulz (Hrsg.): „Vorhang auf!“ Frauen in Parlament und Politik. Düsseldorf 2022, S. 143–162.
  - 8 Ebd.
  - 9 Kirsten Heinsohn: Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive. Düsseldorf 2010, S. 33.
  - 10 Ute Rosenbusch: Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Baden-Baden 1998, S. 435 ff.
  - 11 Siehe dazu auch: Klaus Schönberger, Ove Sutter (Hrsg.): Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin, Hamburg 2009.





# DEMOKRATIE ETABLIEREN

## **Mit und unter Protest Demokratie etablieren**

Nach dem Überwinden eines autoritären Systems oder einer Diktatur stellen sich viele Fragen: Wie geht es weiter? Folgt das nächste Regime oder gelingt es, ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen, das Bestand hat? Wie wird aus einer Diktatur eine Demokratie? Wie werden diese Umwandlungsprozesse gestaltet und von wem?

Interessant ist, welche Rolle Protest in dieser Phase des demokratischen Aufbaus spielt. Wer protestiert aus welchen Gründen wogegen und wofür in der Zeit des Übergangs? Ist Protest Motor oder Hindernis der Demokratisierung? Im Folgenden sollen dabei zwei verschiedene Umbruchphasen<sup>1</sup> des 20. Jahrhunderts besonders in den Blick genommen werden, die Deutschland im Übergang von Autokratie und Diktatur zur Demokratie erlebt hat.

### **Demokratie in den Kinderschuhen**

Aller Anfang ist schwer. Dieses Sprichwort trifft auch auf den Weg aus der Diktatur zur Demokratie zu. Das Machtvakuum, das beispielsweise durch eine Revolution entsteht, muss schnell wieder gefüllt werden, wenn das Land nicht dauerhaft im Chaos versinken soll. Die Übergangsregierung muss möglichst schnell demokratisch legitimiert werden, damit nicht ein autokratisches System das nächste ablöst. Dazu müssen Parteien wieder- oder neugegründet und Wahlen abgehalten werden. Eine Mammutaufgabe ist das Setzen eines institutionellen demokratischen Rahmens, konkret durch das Ausarbeiten einer Verfassung. Schnell stellt sich auch die Frage, wie mit den alten Eliten aus dem überwundenen System in Polizei, Verwaltung und Justiz umgegangen wird. Spielen sie noch eine Rolle im neuen Staat und sollen sie so für die Demokratie gewonnen oder dauerhaft von der Macht ausgeschlossen werden? Und welche Institutionen können weiter genutzt und fortgeführt, aber mit neuen demokratischen Strukturen versehen werden?

Diese und weitere Fragen müssen nicht nur auf höchster Ebene geklärt werden, sondern auch in den Kommunen direkt vor Ort. Dazu braucht es Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Transformationsprozesse auf allen Ebenen anzuregen und durchzuführen. An diese Menschen stellt die Zeit des Übergangs höchste Anforderungen. Zum einen muss ihnen zugetraut werden, dass sie diese Prozesse zu einem guten Ende bringen. Zum anderen müssen sie mutig sein, denn

sie beschreiten jeden Tag Neuland. Eine Routine für demokratische Prozesse gibt es noch nicht. Und ihnen fehlt zumeist die demokratische Alltagserfahrung, denn ihr bisheriges Leben in der Diktatur zeichnete sich genau durch das Fehlen von Demokratie aus.<sup>2</sup> Deshalb ist die Demokratisierung eines Landes für alle Beteiligten ein Lernfeld, für das es keine Patentrezepte gibt. Ständig müssen deshalb Entscheidungen getroffen werden, von denen sich oft erst sehr viel später herausstellt, welche Konsequenzen damit verbunden sind.<sup>3</sup>

## **Umbruchsjahre in Deutschland**

Deutschland erlebte mehrere Übergangsphasen, bei denen es allerdings schwerfällt, zu entscheiden, wann genau das Etablieren der Demokratie aufhörte.<sup>4</sup> So beendete die gelungene Novemberrevolution von 1918 endgültig das Massensterben des Ersten Weltkrieges und führte die Deutschen schon 1919 vom Kaiserreich in die Weimarer Republik. Allerdings dauerte es bis ins Jahr des Hitlerputsches und der Hyperinflationskrise 1923, bis sich die junge Demokratie zumindest für einige Jahre festigte.<sup>5</sup>

1945 beendete keine Revolution die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, sondern die militärische Niederlage des „Dritten Reiches“ im Zweiten Weltkrieg. Bis 1949 dauerte es, bis sich im westdeutschen Teilstaat mithilfe der Alliierten die demokratische Bundesrepublik gründete.<sup>6</sup> Aber man kann auch noch den Beginn der 1950er Jahre als Etablierungsphase der Bundesrepublik betrachten, denn (wieder) eingespielt war die Demokratie damals noch nicht.

1989 führte die Friedliche Revolution in Ostdeutschland zum Zusammenbruch des DDR-Unrechtsregimes und zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990. Aber auch hier ist es sinnvoll, den Anfang der 1990er Jahre als Etablierungsphase der Demokratie in Ostdeutschland zu betrachten.<sup>7</sup> Anders war es beispielsweise bei der Revolution von 1848/49, die für sehr kurze Zeit zu einer ersten Demokratie auf deutschem Boden führte. Sie scheiterte letztlich zu schnell, als dass man tatsächlich von einer Etablierung der Demokratie sprechen kann.

## **Protest gegen Gegenwärtiges, Vergangenes und Zukünftiges**

Die Zeit, in der ein autokratisches System abgesetzt und der Weg in Richtung Demokratie beschritten wird, ist per se unruhig. Die Situation im Übergang ist häufig prekär, es herrscht nicht nur Unsicherheit, wie es weitergeht, sondern häufig mangelt

es auch an alltäglichen Dingen wie Nahrung, Unterkunft und Hygiene. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Ablösung des alten Regimes ein Krieg vorausging, wie es in Deutschland 1918/19 und 1945 der Fall war. Es verwundert daher nicht, dass Protest in dieser Zeit oft aus einer Notlage heraus entsteht. Man möchte Zugang zu Ressourcen, die knapp oder nicht vorhanden sind, oder man ist unzufrieden damit, wie diese Ressourcen verteilt sind. Die gegenwärtige Not ist in diesem Fall Auslöser von Protesten, die häufig auch gewaltvoll sind, denn die Nerven liegen blank, sowohl auf der Seite der Protestierenden als auch auf der Seite derjenigen, die versuchen, Ordnung und geregelte Strukturen wiederherzustellen beziehungsweise neu zu entwickeln.

Die Entbehrungen der Übergangsphase resultieren aber fast immer aus der Vergangenheit, aus Negativerbschaften, die belasten und aktuelle Probleme und Krisen hervorrufen. Denn es zeigt sich, dass sich die alte autokratische Herrschaft nicht einfach ablegen lässt wie ein zu eng gewordenes Kleidungsstück. Protest in Zeiten des Übergangs entsteht oft aus dem Gefühl heraus, dass Dinge aus der Vergangenheit noch nicht gelöst sind. Das Zusammenspiel von aktueller Bedürftigkeit und ungelöster Vergangenheit zeigte sich auch in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, die unter sehr schwierigen Bedingungen geschaffen wurde.<sup>8</sup>

Nach dem Ende des Deutschen Kaiserreichs und der Ausrufung der Republik kam es von Anfang an zu Protesten, die oft von der Unzufriedenheit mit den herausfordernden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen geprägt waren. Hauptinstrument des Protests in den Anfangsjahren der Weimarer Republik waren Demonstrationen, besonders in der Hauptstadt Berlin.<sup>9</sup> 1919 waren es beispielsweise häufig die Kriegsgeschädigten, die für eine Regelung von Kriegsrenten und Beihilfen demonstrierten.<sup>10</sup>

Ein Auslöser für Proteste 1919, der ebenfalls viel mit der deutschen Kriegsvergangenheit zu tun hatte, war die bevorstehende Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Die deutsche Regierung und die deutsche Öffentlichkeit hatten einen gemäßigten Friedensvertrag im Geist der „Vierzehn Punkte“ des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson erwartet. Stattdessen machte der Vertragstext deutlich, dass man Deutschland als alleinigen Urheber des Weltkrieges betrachtete und entsprechend mit Gebietsverlusten, Reparationen und Entmilitarisierung massiv zu sanktionieren gedachte.<sup>11</sup>

Interessant ist, dass es auch die Regierungspartei SPD war, die große Demonstrationen gegen den „Gewaltfrieden“, wie man den Versailler Vertrag in Deutschland nannte, initiierte. Die Proteste dienten also nicht der Kritik an der Regierungspartei, sondern

an den Alliierten.<sup>12</sup> Der Historiker Peter Krüger kommt zu dem Schluss: „Im Protest fand die gedemütigte Nation sich wieder.“<sup>13</sup>

Diesen Satz könnte man auch auf die Zeit nach 1945 in Deutschland anwenden. In der amerikanischen und der britischen Besatzungszone kam es vielerorts zu sogenannten Hungerrevolten, bei denen Tausende Menschen auf die Straße gingen und gegen die prekäre Ernährungslage protestierten. Die Demonstrationen und Streiks richteten sich aber auch dezidiert gegen die als Besatzer und Kolonialherren wahrgenommenen Alliierten, von denen man sich gegängelt und bevormundet fühlte. Im Ruhrgebiet legten 1947 rund 300.000 Bergarbeiter ihre Arbeit nieder,<sup>14</sup> 120 Zechen blieben geschlossen.<sup>15</sup> In München richteten sich die Proteste in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur gegen die schlechte Ernährungslage, sondern sehr direkt und radikal gegen Schwarzmarkthändler, für die auf Demonstrationen die Todesstrafe gefordert wurde.<sup>16</sup> Hier mischte sich eine entschieden antisemitische Note in die Hungerproteste, denn in der Öffentlichkeit wurde der Münchner Schwarzmarkt als jüdisch dominiert wahrgenommen.<sup>17</sup>

Interessant ist, dass an die massiven Proteste der unmittelbaren Nachkriegszeit nach der Gründung der Bundesrepublik kaum mehr erinnert wurde, vermutlich weil sie so stark nationalistisch aufgeladen waren, dass sie nicht mehr in das Bild einer demokratischen Protestkultur passten.<sup>18</sup>

Ein weiterer Grund für Proteste in Übergangszeiten ist das Ringen um die Gestaltung der Zukunft. Nun werden Weichen gestellt, in welche Richtung sich die Zukunft des Landes entwickeln soll. Um diese Weichenstellung kann gestritten werden. Und dort, wo das Gefühl entsteht, nicht gehört zu werden, entsteht schnell Protest, weil sich in der Gestaltung der Zukunft etwas abzeichnet, womit man nicht einverstanden ist.

Eine solche Grundentscheidung in der frühen Nachkriegszeit war zum Beispiel die Währungsreform im Juni 1948. Dagegen gab es zunächst von Seiten der wiedergegründeten Gewerkschaften erheblichen Widerstand und Massenproteste bis hin zum Generalstreik am 12. November 1948, an dem in den westlichen Besatzungszonen neun Millionen Menschen teilnahmen. Dieses Mal richtete sich der Protest nicht in erster Linie gegen die Besatzungsmächte, sondern gegen Ludwig Erhard, den „Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“, wie sein offizieller Titel lautete. Er war so etwas wie der Wirtschaftsminister der noch nicht gegründeten Bundesrepublik und für die Währungsreform maßgeblich verantwortlich. Der Protest der Gewerkschaften richtete sich nicht nur gegen

die durch die Einführung der D-Mark hervorgerufene kurzfristige Teuerung von Konsumgütern, sondern vor allem gegen die Weichenstellung hin zu einer liberalen Wirtschaftspolitik, von der sie befürchteten, sie würde zu wenig sozial sein.<sup>19</sup> Massive Proteste von Seiten der SPD, der evangelischen Kirche und der Gewerkschaften in der jungen Bundesrepublik gab es auch in der Frage der Wiederbewaffnung und der Wehrpflicht.<sup>20</sup> Auch hier ging es um eine entscheidende Weichenstellung, die aber natürlich auch mit dem von Deutschland entfachten und verlorenen Zweiten Weltkrieg verbunden war.

### **Motor oder Hindernis der Demokratisierung?**

Diese Frage für die Zeiten des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie zu beantworten, ist nicht einfach. Denn die Übergangsphasen waren in Deutschland schwierige Zeiten, in denen viele Probleme gleichzeitig gelöst werden mussten. Protest in solchen Phasen ist für diejenigen, die Verantwortung für die Gestaltung des Übergangs übernehmen, eine große Herausforderung, die auch schnell überfordern kann.

Interessant ist auch, wie Träger der Demokratisierung selbst mit Protesten umgehen. Lassen sie friedliche Proteste als Mittel der Kritik an den von ihnen verantworteten Prozessen zu und sind sie bereit, diese Prozesse zu korrigieren und anzupassen? Welche staatlichen Machtmittel wenden sie an? Greifen sie auf Mittel aus der Mottenkiste der Diktatur wie beispielsweise willkürliche Verhaftungen, Ausgangssperren, Demonstrationsverbote und auf die Diffamierung des politischen Gegners zurück? Gerade die Anwendung staatlicher Gewaltmittel in Zeiten des demokratischen Aufbruchs kann ein Gradmesser dafür sein, wie weit oder wie wenig dieser Aufbruch etwa staatliche Instanzen wie Verwaltung oder Polizei bereits durchdrungen hat. Wie werden Protestierende gesehen, als Staatsfeinde oder als Akteur:innen, die grundsätzlich auch zum Demokratietrieb beitragen wollen? Aus heutiger Sicht zeigt sich zum Beispiel, dass die Regierung Adenauer in den ersten Jahren der Bundesrepublik schnell den politischen Gegner stigmatisierte. So gelang es ihr, die gesamte sogenannte „Ohne mich“-Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die Wehrpflicht als „vom Osten“ gesteuert und kommunistisch infiltriert darzustellen, was so nicht stimmte.<sup>21</sup>

Entscheidend ist aber auch, wer mit welchen Mitteln protestiert und ob der Protest darauf abzielt, den demokratischen Prozess zu beenden. Dies gilt auch für die ersten Jahre der Weimarer Republik, in denen Proteste und gewaltvolle Aktionen sowohl aus der völkischen Bewegung als auch aus dem linksextremistischen Spektrum versuch-

ten, die neugegründete Republik zu destabilisieren und zu verunglimpfen. Ziel dabei war im Kern die Abschaffung der neu gewonnenen Demokratie. Die antidemokratischen Kräfte von rechts und links beließen es dabei keinesfalls bei Demonstrationen, sondern schreckten auch vor Putschversuchen wie 1919, 1920 und 1923 sowie politischen Morden wie an Matthias Erzberger 1921 und Walter Rathenau 1922 nicht zurück.

Es liegt auf der Hand, dass diese nichtdemokratischen, gewaltvollen Aktionen eine große Bürde für den Demokratieaufbau in der Weimarer Zeit waren. Friedliche Proteste in den Anfängen der Republik können aber durchaus als Motor von Innovation und Demokratisierung gesehen werden. So reagierte die regierende SPD sehr schnell auf die Proteste von Kriegsversehrten, indem sie noch 1919 die Versorgung der Kriegsopter<sup>22</sup> regelte und somit ein großes soziales Problem löste. Auch in Übergangszeiten können Proteste offensichtlich ein geeignetes Mittel sein, um Regierende und Verantwortliche nachdrücklich auf Probleme hinzuweisen und auf eine Lösung zu drängen. Dies lässt sich beispielsweise auch anhand der Proteste bei der Einführung der D-Mark 1948 und bei weiteren Streiks und Protestkundgebungen Anfang der 1950er Jahre zeigen.<sup>23</sup> Sie trugen mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu bei, dass das Schlagwort „soziale Marktwirtschaft“ nicht nur eine Worthülse blieb, sondern tatsächlich mit Leben gefüllt wurde.

Von heute aus gesehen kommt dem Protest in Zeiten des Übergangs noch eine weitere wichtige Funktion zu, nämlich das Etablieren des Protests als Instrument eines demokratischen Beteiligungsprozesses. Aus den Erfahrungen der Protestbewegungen in den Übergangszeiten, die ihre Anliegen, etwa die Verhinderung der Wiederbewaffnung, zunächst nicht erreichen konnten, entstanden im Laufe der weiteren demokratischen Entwicklung mächtige soziale Bewegungen wie die Friedensbewegung und die Anti-Atomkraft-Bewegung, die das politische Klima in Deutschland bis heute nachhaltig prägen.

- 
- 1 Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.): *Demokratiegeschichte[n] bloggen*. Berlin 2020, S. 35.
  - 2 Ulli Engst: *Beispielhafte Handlungen aus der Demokratiegeschichte*, in: Michael Parak, Ulli Engst (Hrsg.): *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können*. Berlin 2022, S. 53–54.
  - 3 Michael Parak: *Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in der Kommunalen Erinnerungskultur*, in: Michael Parak, Norbert Böhnke (Hrsg.): *Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte. Beispiele aus Halle, Berlin, Potsdam*. Berlin 2020, S. 8–35, hier S. 19.
  - 4 Ebd.
  - 5 Reinhard Sturm: *Kampf um die Republik 1919–1923*, online unter: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275837/kampf-um-die-republik-1919-1923/> [20.03.2025].
  - 6 Dieter Rucht: *Protest und Demokratie*, in: Martin Langebach (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021, S. 20–43, hier S. 21.
  - 7 Engst: *Beispielhafte Handlungen*, S. 53.
  - 8 Volker Ullrich: *Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aufhaltsame Scheitern der Weimarer Republik*. München 2024, S. 24–25.
  - 9 Marie-Luise Ehls: *Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik*. Berlin 1997, S. 42.
  - 10 Ebd., S. 54–55, und Dirk Schumann: *Kriegsfolgen und Kriegserinnerung – eine Nachkriegsgesellschaft*, online unter: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275866/kriegsfolgen-und-kriegserinnerung-eine-nachkriegsgesellschaft/> [20.03.2025].
  - 11 Ullrich: *Schicksalsstunden*, S. 48–49.
  - 12 Ehls: *Protest und Propaganda*, S. 57.
  - 13 Peter Krüger: *Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*. München 1993, S. 10.
  - 14 Martin Langebach: *Ausgewählte Protestereignisse und Protestbiografien 1949 bis 2020*, in: Martin Langebach (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021, S. 98–99, hier S. 99.
  - 15 Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart 2019, S. 41.
  - 16 Günther Gerstenberg: *Flusslandschaften – Protest in München von 1945 bis in die Gegenwart. Auszug aus den Jahren 1948 bis 1950*, in: Zara S. Pfeiffer (Hrsg.): *Proteste in München seit 1945*. München 2011, S. 39–51, hier S. 40–45.
  - 17 Martin W. Rühlemann: *„Mir zaynen doh“*. Die Möhlstraße als Schauplatz jüdischer Proteste, in: Zara S. Pfeiffer (Hrsg.): *Proteste in München seit 1945*. München 2011, S. 31–38, hier S. 32 und 36.
  - 18 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 33.
  - 19 Ebd., S. 49.
  - 20 Detlev Bald: *Die Politik der Wiederbewaffnung*, online unter: <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/199276/die-politik-der-wiederbewaffnung/> [15.03.2025], und Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 83.
  - 21 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 86–87.
  - 22 Schumann: *Kriegsfolgen*.
  - 23 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 47–48, und Sebastian Haunss: *Protestthemen im Wandel der Zeit*, in: Martin Langebach (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020*. Bonn 2021, S. 80–97, hier S. 80–81.

## „Mein Freund ist Ausländer“ – mit Lichterketten und Slogans gegen rechte Gewalt

Bis vor wenigen Jahren wohnte ich im ländlichen Thüringen zwischen den Städten Weimar und Jena. In meiner alten Reihenhaussiedlung stellen die Bewohner:innen dort an jedem zweiten Donnerstag ihre Mülltonnen zur Abholung auf den Gehweg. Eine dieser Tonnen trug damals wie heute ein Protest-Statement, das ganz im demokratischen Sinne einem Wahlzettel in den Bundesfarben nachempfunden ist: Neben einem roten Kreis mit einem goldenen Kreuz votieren auf schwarzem Grund die Worte „AUSLÄNDERHASS. WIR SAGEN NEIN“.

Der Sticker ist mittlerweile 32 Jahre alt. Wie lange er schon auf der Tonne klebt, kann ich nicht genau sagen. Vermutlich seit dem Jahr 1993; ganz sicher sind es Jahrzehnte, denen er dem Wetter trotz und in denen mein ehemaliger Nachbar in regelmäßigen Abständen sein Umfeld öffentlich darüber in Kenntnis setzt, dass er rassistischen Einstellungen ablehnend gegenübersteht. So einfach das Mittel zum Transport einer Botschaft, so effizient wirkt es bei mir bis heute nach und lässt mich

Aufkleber der Initiative „Ausländerhass. Wir sagen nein“, 1993.



**Machen Sie mit: Sie bringen mit diesem Aufkleber sichtbar zum Ausdruck, daß Sie gegen Ausländerhass und Rassismus sind.**

EINE INITIATIVE DER DEUTSCHEN ZEITUNGSVERLEGER

regelmäßig über Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, die schwankenden Einstellungen der Menschen und Möglichkeiten der Einflussnahme grübeln.

In einer solchen Rückschau darf nicht vergessen werden, dass das erste Jahrfünft nach der Friedlichen Revolution im Osten nicht das Ende, sondern den weitreichenden Beginn eines Demokratisierungsprozesses markierte. Zwar trat mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die westdeutsche Verfassung in Kraft, doch mussten sich die Institutionen, Parteien, Medien und die Zivilgesellschaft angesichts der massiven Angriffe auf die Demokratie in der Folgezeit erst noch bewähren. So lassen sich die frühen 1990er Jahre als eine Phase der „Etablierung der Demokratie“ beschreiben, in der in Ostdeutschland auf die Ressourcen der Revolution und Proteststrukturen der Transformationszeit zurückgegriffen werden konnte. Der demokratische Protest in Ostdeutschland gab damit Impulse für demokratische Protestbewegungen in Westdeutschland, wo er sich mit Kampagnen verband – die wiederum auf den Osten zurückstrahlten.

### **Baseballschlägerjahre**

Der oben beschriebene Sticker war Teil einer solchen demokratischen Protestkampagne: Anfang 1993 hatten sich mehr als 100 Zeitungsverlage in ganz Deutschland in einer Initiative unter dem Dach des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) zusammengeschlossen, um gemeinsam ein Zeichen gegen Fremdenhass zu setzen. Im Februar 1993 schalteten alle Zeitungen im Netzwerk großformatige Anzeigen, in denen sie gegen virulenten Ausländerhass protestierten. Zeitgleich ließ der BDZV zehn Millionen Aufkleber drucken und verteilte diese im ganzen Land. Am 12. Februar lag nahezu jeder Tageszeitung der Republik ein Exemplar bei. Zur Unterstützung der Kampagne gingen Redakteur:innen vorab zu lokalen Größen und machten Fotos, wie diese das Statement an ihren Autos anbrachten. So klebte etwa der Stadtrat Michael Klapperstück (SPD) in Halle an der Saale das Papier demonstrativ auf seine Windschutzscheibe. „Keine Frage“, war unter dem Foto zu lesen, „bei Aktionen gegen Ausländerhaß ist er dabei.“<sup>1</sup> Im Rheinland traf der Verleger der Kölnischen Rundschau den Präsidenten seines Regierungsbezirkes, Franz-Josef Antwerpes (ebenfalls SPD), woraufhin „der Aufruf gegen Ausländerhaß unübersehbar auf dem Heck des Dienstfahrzeugs mit der Nummer K 1“ zu sehen war. Sogleich wünschte sich der Reporter, dass der Sticker „künftig ja auch den Dienstwagen Helmut Kohls schmücken“ könnte.<sup>2</sup> Und tatsächlich ließ sich der christdemokratische „Kanzler der Einheit“ noch am selben Tag ein eigenes Exemplar aus den Händen des BDZV-Ehrenpräsidenten überreichen.

So einmütig der Tenor in den Zeitungen und unter den Beteiligten der Initiative scheint, so notwendig war der Protestruf in die Gesellschaft. Wie dringlich, sollte sich unmittelbar zeigen: Als sich eine Außenstelle der Mittelbayrischen Zeitung in Wörth an der Donau besonders engagiert an der Sticker-Aktion beteiligte, verübten Rechtsextreme einen Anschlag auf deren Büro, malten Hakenkreuze an die Fenster und Wände, zerschlugen eine Scheibe und warfen einen Molotow-Cocktail in die Geschäftsstelle. Kurze Zeit später konnte die Polizei die Täter ermitteln und ein ungewöhnlich hartes und schnelles Urteil gegen die beiden Straftäter verblüffte die Öffentlichkeit. Die Ursache liegt auf der Hand: Die Kampagne, die der Anlass für die Tat war, ließ eine ohnehin schon mobilisierte breite Zivilgesellschaft noch argwöhnischer auf das Verfahren schauen. In der Folge sah sich das Gericht in einer besonderen Verantwortung, sodass der Regensburger Richter argumentierte: „In Zeiten von Solingen, Hoyerswerda oder Rostock hat die Generalprävention gegen solche Verbrechen große Bedeutung.“<sup>3</sup> Was er mit der Aufzählung meinte, waren die sogenannten Baseballschlägerjahre Anfang der 1990er Jahre.

Rechtsextremismus war kein auf Ostdeutschland beschränktes Phänomen, genau wie er kein alleiniger westdeutscher Export in den Osten war oder umgekehrt. Allerdings erlebten die neu gegründeten Bundesländer Anfang der 1990er Jahre eine ganz eigene Dimension rechtsextremer Aktivitäten, die auch Ausdruck einer noch nicht durchgedrungenen Demokratisierung waren.

Begleitet wurde diese Entwicklung von einer politischen Debatte um das Asylrecht, die ihre Anfänge in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik hatte, als zahlreiche sogenannte Gastarbeiter:innen ins Land kamen. Nachdem eine von den Unionsparteien angestoßene und vom Boulevard populistisch vorangetriebene Kampagne um den „Asylmissbrauch“ in der Gesellschaft für Wirbel gesorgt hatte, verschärfte sich vor der Bundestagswahl 1990 die Rhetorik zur Veränderung des Grundrechts auf Asyl abermals. Insbesondere Menschen mit afrikanischer oder asiatischer Migrationsgeschichte waren Zielscheiben polemischer Auseinandersetzungen.<sup>4</sup> Doch erst die Ereignisse zwischen dem 17. und 23. September 1991 in Hoyerswerda erzeugten ein nachhaltiges Interesse in der Öffentlichkeit, als am Ende einer sich dynamisierenden Gewaltspirale Wohnheime zumeist vietnamesischer und mosambikanischer DDR-Vertragsarbeiterunter unter dem Beifall Hunderter Beistehender von Neonazis angegriffen wurden. Während die Polizei zu Anfang meist nur zuschaute oder von Passant:innen in ihrer Arbeit behindert wurde und die Presse ausführlich darüber berichtete, kapitulierte die Politik. Nach der hilflosen wie absurden Idee, örtliche „Asylantenheime“ durch Stacheldraht abriegeln zu wollen, ließ das Landratsamt Hoyerswerda

noch während der Übergriffe verlautbaren: „Es besteht einheitliche Auffassung dazu, dass eine endgültige Problemlösung nur durch Ausreise der Ausländer geschaffen werden kann.“ Und tatsächlich wurden die Opfer evakuiert, umverteilt und später überwiegend abgeschoben. Die Bilanz der Übergriffe zählte 32 Verletzte. 82 Gewalttäter wurden vorläufig festgenommen – vier von ihnen wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt.<sup>5</sup>

Zugleich debattierte die Bundesregierung weiter über eine Verschärfung des Asylrechts – ohne Rücksicht auf die Ereignisse in Hoyerswerda zu nehmen. Im Gegenteil: Während die Ausschreitungen in Ostsachsen ihren Höhepunkt erreichten und auch andernorts vermehrt Gewalttaten gegen migrantische Menschen gemeldet wurden, erklärte der FDP-Parteichef Otto Graf Lambsdorff, dass er den Übergriffen durch eine noch schnellere Verschärfung des Asylrechts die Dynamik entziehen wolle. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble schloss sich an und „forderte die Politiker in Bund und Ländern auf, baldmöglichst zu einem Ende der Asyl-Diskussion zu kommen.“<sup>6</sup> Das damit einhergehende Signal an die Gewalttäter lautete: Wir geben dem Druck der Minderheit nach, und es heizte die Stimmung weiter an.

Was folgte, war ein Jahr gewaltvoller Nachahmungstaten, die durch politische Debatten und Kampagnen von *BILD* und *Welt* sowie die Ohnmacht angesichts zunehmender Fluchtbewegungen – etwa aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Jugoslawien – immer mehr an Dynamik gewannen und vom 22. bis 26. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen ihren Höhepunkt fanden. Im dichtbesiedelten Neubaugebiet entlud sich der Hass vor allem gegen Vietnames:innen, die ursprünglich als DDR-Vertragsarbeiter:innen im Hafen eingesetzt und zur Unterbringung in Wohnblocks von der übrigen Bevölkerung segregiert worden waren. Die Übergriffe kamen wenig überraschend. Tatsächlich hatten Neonazigruppen sogar angekündigt, „das Asylantenproblem selbst in die Hand zu nehmen“, als im Sommer 1992 hunderte Geflüchtete vor der überlasteten Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock, dem „Sonnenblumenhaus“, campierten.<sup>7</sup> Und dennoch waren die Behörden nicht darauf vorbereitet, als am Samstag, dem 22. August, rund 2.000 Menschen dort zusammenkamen und aus der Menge unter anderem Angriffe mit Molotow-Cocktails erfolgten. Die wenigen zum Ort geschickten Polizeibeamten wurden teilweise brutal zusammengeschlagen. Polizeiwagen gingen in Flammen auf. Anschließend zog sich der Staat zurück. Festgenommene Gewalttäter kamen am nächsten Tag wieder frei und schlossen sich erneut der Menge an, die nun auch Zulauf von Rechtsextremen aus dem gesamten Bundesgebiet erhielt. Abermals gelang es der Polizei nicht, die Angreifer abzuwehren, 74 von rund 350 Beamten wurden verletzt. Während

rechtsextreme Täter:innen oft unbehelligt blieben, wurden rund 60 Personen aus dem linken(!) Spektrums festgenommen, die das „Sonnenblumenhaus“ mit der Zentralen Aufnahme- und dem Wohnheim nach eigener Aussage „schützen“ wollten. Am darauffolgenden Montag herrschte in Rostock-Lichtenhagen pogromartige Volksfeststimmung. Unter dem Applaus von rund 3.000 Schaulustigen und den Kamera-Augen der Weltöffentlichkeit griffen rund 1.000 Neonazis in Gruppen zunächst die herbeigerufenen Beamten und später die gänzlich ungeschützten 120 Männer, Frauen und Kinder im „Sonnenblumenhaus“-Wohnheim an. Als sie das Gebäude am Abend in Brand steckten, ließen die Umstehenden die herbeigerufene Feuerwehr nicht durch. Nur mit Glück konnten die eingeschlossenen Bewohner:innen über das Dach entkommen. Erst im Laufe der nächsten Tage flauten die Exzesse in Rostock-Lichtenhagen ab. Wieder kapitulierte der Staat, indem er die Opfer erst evakuierte, dann umquartierte und letztlich weitgehend abschoß.<sup>8</sup>

### **Demokratischer Protest gegen rechten Extremismus**

Es dauerte lange, bis sich ein breiter Protest in der Zivilgesellschaft gegen die rechts-extremen Umtriebe spürbar äußerte. In den ersten Jahren nach der Deutschen Einheit waren es zunächst kleinere Gruppen aus dem linken bis linksextremen Spektrum, die sich den Neonazis insbesondere in Ostdeutschland entgegenstellten (und damit bisweilen eigene antidemokratische Ambitionen verbanden). Hinzu kamen Demonstrationen, die unter anderem von den rund um die Friedliche Revolution aktiven Kirchengruppen ausgingen und im lokalen Raum Protest äußerten. Die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen aber brachten das Fass zum Überlaufen, sodass eine Protestwelle ins Rollen kam: Bereits am 25. August 1992 organisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Demonstration in der Rostocker Innenstadt, der sich rund 800 Menschen anschlossen. Am 27. August riefen die Kirchen unter dem Motto „Zündet Kerzen an und keine Häuser!“ zum Friedensgebet. Dem Schweigemarsch folgten mehr als 3.000 Menschen. Nochmal zwei Tage später gingen schon 15.000 auf Rostocks Straßen. Auch davon animiert schlossen sich im September des Jahres zahlreiche Intellektuelle des Landes zusammen und protestierten unter anderem in Gestalt des „Frankfurter Aufrufs“.<sup>9</sup> Mittlerweile regte sich im ganzen Land Widerstand gegen die nicht enden wollenden Gewaltakte von rechts – so etwa am historisch bedeutsamen Datum des 9. November, als junge Menschen in 31 Städten spontan unter der Losung „Wir sind alle Juden“ gegen eine rechte Aufkleber-Aktion mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden!“ demonstrierten und der Opfer der Novemberpogrome 1938 gedachten.<sup>10</sup> Am selben Tag organisierten Künstler:innen der Kölner Musikszene, darunter die Band BAP, einen Konzertabend in Köln, zu dem

sich rund 100.000 Menschen versammelten, und setzten unter dem Motto „Arsch hup, Zäng ussenander“ ein Zeichen gegen rechte Gewalt.<sup>11</sup>

Letztlich bedurfte es aber eines weiteren Schockereignisses, damit der zivilgesellschaftliche Widerstand bis in jeden Winkel des Landes wirkmächtige Gestalt annahm. Nachdem Rechtsextreme in der Nacht vom 23. November 1992 in der norddeutschen Kleinstadt Mölln einen Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus verübt, drei Menschen im Alter von 51, 14 und zehn Jahren ermordet und neun schwer verletzt hatten, brachen sich die Empörung und der demokratische Protest Bahn. Deutschlandweit kam es am Tag darauf zu spontanen Kundgebungen, kleinen wie großen Demonstrationen und Trauermärschen, denen sich nun auch zunehmend Politiker:innen (die sich auch Sorgen um Deutschlands Image im Ausland machten) und Prominente aus allen Teilen des Landes anschlossen – wobei vor allem die Stimmen aus dem Westen in den Medien Verbreitung fanden. In Mölln selbst demonstrierten Mitglieder der Landesregierung unter anderem mit dem Schriftsteller Günter Grass. Der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano verkündete in einem offenen Brief an den Bundeskanzler gar: „Alle Juden in Deutschland, auch ich, werden sich jetzt bewaffnen. Wir haben den Glauben und die Hoffnung verloren, daß die Bundesregierung einen wirksamen Schutz gegen Rechts extremismus bieten kann.“<sup>12</sup> Und der Historiker Golo Mann forderte im Interview mit *BILD*: „Die Politiker müssen ihre Empörung zeigen, ihre Abscheu über Verbrechen gegen Ausländer öffentlich machen. Das macht mehr aus, als man glaubt. Auch müssen sie mit schärferen Gesetzen gegen die Gewalttäter vorgehen.“ Währenddessen sollten die Deutschen „Menschenkettten um Ausländerheime bilden, um die Bewohner vor Angriffen zu bewahren“.<sup>13</sup>

Tatsächlich organisierte daraufhin eine Gruppe um den Journalisten Giovanni di Lorenzo eine Großdemonstration, die auch den von Golo Mann geäußerten Gedanken im großen Stil Rechnung trug. Besonders wichtig war den Initiator:innen das überparteiliche Signal, mit dem sie Brücken über die Gräben der Asyldebatten bauen wollten, um Menschen zur Teilnahme zu bewegen, die sonst nicht auf Demonstrationen gingen. Politische Organisationen schlossen sie von den demokratischen Protesten aus. Zunächst waren es nur rund 100 Menschen, die zur ersten Münchner Versammlung am 3. November 1992 kamen. Per Schneeballsystem wurden immer mehr aktiviert. Binnen weniger Tage war das Unterstützerfeld auf Tausende angewachsen. Schließlich wurde für den 6. Dezember 1992 eine Großveranstaltung organisiert, bei der die Teilnehmenden mit einer Licherkette aus Kerzen und Lampen ein weit sichtbares Zeichen setzten: Schweigen gegen Grölen –

Kerzen gegen Molotow-Cocktails. Die in allen Belangen friedlich verlaufene Kundgebung verband trotz Eiseskälte auf einer Länge von 45 Kilometern mehr als 400.000 Menschen – darunter zahlreiche Prominente aus Film, Musik und Sport. „Wenn es die Politiker nicht tun, muss das Volk die Zeichen setzen.“ So brachte der bekannte Fußballer Mehmet Scholl die Motivation auf den Punkt, mit der zeitgleich auch in etlichen anderen bayrischen Städten mit Lichterketten protestiert wurde. In den Wochen danach folgten deutschlandweit Hunderttausende Menschen ähnlichen Aufrufen, insbesondere beim „Alsterleuchten“ in Hamburg sowie in Essen, Berlin, Nürnberg und Leipzig – wie auch in vielen weiteren Städten. Bis zum Januar 1993 hatten zwischen drei und vier Millionen Menschen ihren demokratischen Protest auf die Straßen getragen. Auch diese Bilder – vor allem die Luftaufnahmen von München – gingen um die Welt und prägten sich einer Generation tief ins kollektive Gedächtnis ein. Noch wichtiger aber war, dass die Proteste vielen im Land ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelten. Sie machten deutlich, dass die Rechten nicht stellvertretend für eine schweigende Mehrheit standen – und führten diese Erkenntnis auch den politisch Verantwortlichen vor Augen.<sup>14</sup>

Katalysiert wurde dieser „neue Klimawandel“ durch medienwirksame Kampagnen mit prominenten Fürsprechern:<sup>15</sup> Am letzten Vorrundenspieltag der Bundesliga etwa verzichteten alle 18 Erstliga-Vereine in Absprache mit ihren Werbepartnern auf die sonst übliche Trikot-Reklame. Stattdessen trugen die Kicker den Slogan „mein Freund ist Ausländer“ auf der Brust. Die unter Egidius Braun von DFB und DFL initiierte Aktion, die in einem Benefizspiel der Nationalmannschaft gipfelte, mag heute kitschig bis plump erscheinen – schließlich liefen die Spieler auch noch jeweils mit einem „ausländischen Kind“ an der Hand in die Stadien ein. Aber Aktionen wie diese verfielen. Zahlreiche T-Shirts und Aufkleber verbreiteten die Kampagne im ganzen Land und motivierten Menschen, die sich mit ihren Sportidolen identifizierten, zur Teilnahme. Auch die beschriebene Sticker-Initiative der Zeitungsverlage wirkte in diesem Kontext. Ähnlich verhielt es sich mit dem „Rock gegen rechts“-Konzert „Heute die! Morgen du!“ am 13. Dezember 1992 in Frankfurt am Main, auf dem auch die Ost-Band Silly und die im Osten beliebten westdeutschen Größen Scorpions, Marius-Müller Westernhagen, Udo Lindenberg oder der in Rumänien geborene Peter Maffay unter dem Motto „Stoppt Rassismus und Gewalt!! Künstler für Freiheit, Gleichheit, Menschlichkeit“ auftraten und gemeinsam mit 150.000 Besucher:innen für Millionen Fernsehzuschauer ein Zeichen gegen Ausländerhass setzten.<sup>16</sup>

\*

Drei Jahrzehnte später kam es wieder zu Massenprotesten in zahlreichen deutschen Städten. Über 900.000 Menschen demonstrierten im Januar 2024 gegen einen virulent werdenden Rechtsradikalismus. Anlass war das sogenannte Potsdamer Geheimtreffen vom November 2023, bei dem Vertreter von AfD, CDU, ÖVP, des Vereins Werteunion und der Identitären Bewegung einen „Masterplan zur Remigration“ diskutierten. Nachdem das Recherche-Netzwerk Correctiv die Veranstaltung öffentlich gemacht hatte, schlossen sich dem Protest zivilgesellschaftlicher Bündnisse erneut zahlreiche Prominente an, fanden Konzerte statt und wurden Kampagnen organisiert. Wieder ging ein spürbarer Ruck durch die Gesellschaft. Zehntausende Menschen setzten sich mit Petitionen gegen die Normalisierung radikaler Einstellungen sowie für Parteiverbote ein. Wieder waren die Folgen deutlich sichtbar.<sup>17</sup> Das Geschehen bestätigte die Erfahrung aus der Geschichte: Demokratischer Protest wirkt. Einmal mehr allerdings nur kurzfristig – wie der Blick in empirische Erhebungen zeigt.<sup>18</sup>

- 
- 1 Pro-Ausländer-Aufkleber kommt ans Auto, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. Februar 1993.
  - 2 Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit. Zeitungsverlage starten bundesweite Kampagne gegen Rassismus. Anzeigen und Aufkleber für die Leser Bonn, in: General-Anzeiger Bonn vom 11. Februar 1993.
  - 3 Michael Kasperowitsch: Anschlag auf Räume einer Zeitungsredaktion in Würth an der Donau wurde geahndet, in: Nürnberger Nachrichten vom 9. September 1993.
  - 4 Zum Gesamtkomplex siehe etwa: Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2017, S. 263–363.
  - 5 Annette Rogalla: Bewährungsstrafen im Prozess zum Pogrom, in: taz vom 27. Februar 1992.
  - 6 Umsiedlung in Hoyerswerda begann, in: Nürnberger Nachrichten vom 24. September 1991.
  - 7 Aufruf zur Gewalt, in: Ostsee-Zeitung vom 28. August 1992; Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 19. August 1992.
  - 8 Siehe etwa die zeitgenössische Beschreibung von Ernst-Michael Brandt: „Endlich is' hier was los, Schnucki“, in: Die Zeit vom 28. August 1992.
  - 9 Frankfurter Aufruf, in: Frankfurter Rundschau vom 25. September 1992.
  - 10 Giovanni Di Lorenzo: Die intellektuelle Feuerwehr, in: Der Spiegel vom 8. Februar 1993.
  - 11 Helmut Frangenberg: Arsch huh, Zäng ussenander! Gegen Rassismus + Neonazis. Eine Stadt. Eine Bewegung. Ein Aufruf. Köln 2012.
  - 12 „Dann bin ich weg über Nacht“, in: Der Spiegel vom 13. Dezember 1992.
  - 13 Bela Anda: Stimmen zum Anschlag von Mölln. Golo Mann: „Deutsche, stellt euch vor die Ausländerheime“, in: Bild vom 24. November 1992.
  - 14 Vgl. zum Kontext: Elmar zur Bonsen: München – eine Stadt sagt nein. München 1992.
  - 15 „Hingehen und zuhören“, in: Der Spiegel vom 11. Januar 1993.
  - 16 Rockmusik und Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit. 500.000 Menschen demonstrierten in Frankfurt und Hamburg, in: General-Anzeiger Bonn vom 14. Dezember 1992.
  - 17 Friederike Haupt: Wie die AfD mit den Folgen des Potsdam-Treffens kämpft, in: Frankfurter Allgemeine vom 21. Februar 2024.
  - 18 Was auch die Ergebnisse zur Bundestagswahl 2025 belegen. Zur empirischen Sozialforschung vgl. etwa Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden 1995. Vgl. auch: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1991. Bonn 1992, insb. S. 74–83. Sowie: Verfassungsschutzbericht 1992. Bonn 1993, insb. S. 68–81. Vgl. ferner Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Ohne Demokratie ist alles nichts.“ Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024. Bonn 2024.





**DEMOKRATIE  
LEBEN, GESTALTEN UND  
WEITERENTWICKELN**

## **Mit Protesten die Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln**

Der Weg aus einer Autokratie oder Diktatur heraus ist oft lang und beschwerlich. Auch der Aufbau neuer demokratischer Strukturen erfordert viel Arbeit und Durchhaltevermögen. All diese Prozesse kann Protest in unterschiedlichsten Formen beeinflussen. Wenn dann im Anschluss ein neuer Abschnitt der Demokratiegeschichte beginnt, der des Lebens, Gestaltens und Weiterentwickelns von Demokratie, tritt auch Protest in eine neue Phase ein. Denn von nun an findet er im Rahmen der bestehenden demokratischen Ordnung statt.

Zum Gestalten und Leben gehören sowohl ein funktionsfähiger demokratischer Staat als auch Bürger:innen, die bereit sind, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Hierzu zählt beispielsweise die Übernahme von Wahlämtern in der repräsentativen Demokratie, das Handeln von Staatsbediensteten im Sinne des demokratischen Systems, Engagement und gemeinnützige Arbeit von Bürger:innen sowie das Umsetzen demokratischer Prinzipien im Alltag. So reicht es nicht aus, demokratische Grundlagen zu schaffen. Es gilt auch, innerhalb dieser Rahmenbedingungen demokratisch zu handeln.

Weiterentwickeln bedeutet darüber hinaus, sich nicht auf dem Status quo auszuruhen. So änderten sich demokratische Vorstellungen, Erwartungen und Ansprüche im Laufe der Zeit. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung fixiert werden, deren Verabschiedung das Ergebnis eines demokratischen Aushandlungsprozesses war. Die Auslegung dieser Prinzipien in der Praxis aber ist veränderbar und kann weiterentwickelt werden. Demokratie bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird und sich daraus auch Veränderungen ergeben.

Dazu gehört außerdem, dass sich Menschen am Fehlerhaften und Nicht-Erreichten reiben. Ihre Kritik ist ein Motor für die Weiterentwicklung der Demokratie. Genau diese Kritik zeigt sich nicht zuletzt in Form von demokratischen Protesten, die zwar Unzufriedenheit mit einzelnen Stellschrauben des Systems und den Wunsch ausdrücken, dass Entscheidungsträger:innen anders mit bestimmten Themen umgehen. Sie wollen aber nicht die Demokratie an sich abschaffen.

Protest stellt in Demokratien eine Möglichkeit für Bürger:innen dar, ihre Meinungen und Anliegen öffentlich zu äußern. Er fördert den politischen Diskurs und kann auf Missstände aufmerksam machen, die von staatlichen Institutionen ignoriert oder zumindest

nicht in angemessenem Maße berücksichtigt werden. So groß die Unzufriedenheit der Protestierenden dabei bisweilen sein mag – Protest ist in dieser demokratischen Form, so der Journalist Friedemann Karig, „stets Ausdruck einer zumindest impliziten Zustimmung zum System“.<sup>1</sup>

Zudem stärken Proteste die demokratischen Werte an sich, indem sie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit in den Vordergrund rücken. Letztlich können sie dazu beitragen, dass Regierungen verantwortungsbewusst handeln und die Bedürfnisse der Bürger:innen stärker berücksichtigen.

## **Das demokratische Recht zum Protest**

In der deutschen Geschichte sind maßgeblich zwei Abschnitte für die Phase „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ relevant: Zum einen die Weimarer Republik (1918/19 bis 1933) und zum anderen die Bundesrepublik Deutschland, wobei sich Letztere in die Alte bzw. Bonner Republik (1949 bis 1990) und die wiedervereinigte Berliner Republik (seit 1990) teilt. Hier geht Demokratiegeschichte an vielen Stellen fließend in unsere Gegenwart über.

Proteste sind in lebendigen Demokratien als Mittel der politischen Kommunikation nicht nur erlaubt, sondern ein elementarer Bestandteil von ihnen. Ihren Rahmen geben in der Regel Verfassungen vor, konkret in Form der Versammlungsfreiheit. Dies gilt auch für die deutschen Demokratien der Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein. „Als Konkretisierung des demokratischen Prinzips trägt die Versammlungs- und Demonstrationfreiheit wesentlich dazu bei, die Volkssouveränität durch Partizipation ein Stück weit zu verwirklichen.“<sup>2</sup>

Obwohl Parteien die einzigen im Grundgesetz explizit hervorgehobenen Subjekte sind, die an der politischen Willensbildung mitwirken (Art. 21 GG), schaffte es von Anfang an Möglichkeiten, politische Interessen auch anderweitig in der Öffentlichkeit kundzutun.<sup>3</sup> So taucht im Grundgesetz die Versammlungsfreiheit an prominenter Stelle schon in Artikel 8 bei den Grundrechten auf. Hier heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Die Bundesrepublik hat hier das Erbe ihrer Vorgängerin angetreten. Denn auch in der Verfassung der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, findet sich eine ganz ähnliche Formulierung: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis zu versammeln.“ (Art. 123 WRV) Das konstitutionell festgeschriebene Versammlungsrecht war aber auch hier keine neue Erfindung.

So steht schon mehrere Jahrzehnte zuvor in der sogenannten Paulskirchen- bzw. Frankfurter Reichsverfassung von 1848/49 (FRV) im Abschnitt zu den Grundrechten in Artikel VIII, § 161: „Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß [sic!] dazu bedarf es nicht.“ Diese Verfassung trat zwar nie in Kraft, zeigt aber, dass von den ersten konstitutionellen Gehversuchen der deutschen Demokratie an die Versammlungsfreiheit und damit das Recht auf öffentlichen Protest als Möglichkeiten mitgedacht wurden. Daran ändert prinzipiell auch der Umstand nichts, dass in allen drei Fällen dieses Recht unter bestimmten Umständen eingeschränkt werden konnte bzw. bis heute kann, etwa „bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“, wie es in der Weimarer Reichsverfassung formuliert ist.

Trotz dieses juristischen Rahmens, der Protest grundsätzlich legitimiert, sind Rechtsbrüche nicht selten Teil demokratischer Proteste, etwa in Form von friedlichem zivilen Ungehorsam. Die Protestierenden möchten ihren Forderungen dadurch noch mehr Nachdruck und eine hohe Dringlichkeit verleihen. Gerechtfertigt wird das Ganze dann in der Regel mit der normativen Überlegenheit der eigenen Bestrebungen.<sup>4</sup> Es versteht sich von selbst, dass derartigen Bewertungen nicht immer alle gesellschaftlichen Gruppen zustimmen.

Speziell die Anwendung von Gewalt im Rahmen von Protesten führt immer wieder zu heftigen Diskussionen, wobei zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen unterschieden wird. Grundsätzlich bergen gewaltsame Proteste stets das Risiko, die gesellschaftliche Ordnung und damit auch die Demokratie an sich zu gefährden. Protestbewegungen können laut Friedemann Karig aber auch davon profitieren, wenn es innerhalb der Bewegung extreme, gewaltbereite Flügel gibt: „Je radikaler eine Flanke, desto attraktiver erscheint der gesellschaftlichen Mitte, einen Kompromiss mit den moderateren Fraktionen zu erreichen.“<sup>5</sup> Einen Automatismus gibt es hierbei aber nicht. Gewaltbereites Handeln einzelner Teile kann auch zur Diskreditierung einer gesamten Bewegung oder sogar des übergeordneten Themas beitragen, wofür es mittlerweile etwa bei der Umweltbewegung, zumindest in Teilen der Bevölkerung, einige Anhaltspunkte gibt.

Dennoch gibt es Befürworter:innen, die sagen, dass in bestimmten Situationen, etwa wenn friedliche Proteste konsequent ignoriert werden oder wenn die Staatsmacht selbst mit unangemessener Brutalität vorgeht, gewaltsame Maßnahmen als letztes Mittel in Betracht gezogen werden können. Weitgehende Einigkeit herrscht allerdings darüber, dass dies nur für Gewalt gegen Sachen gilt. Demokratischer Protest und Gewalt gegen Menschen schließen sich in funktionierenden Demokratien grundsätzlich aus. Dies gilt

trotz des beklagenswerten Umstandes, dass demokratische Systeme nicht immer allen Menschen den gleichen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe gewähren.

Letztendlich hängt die moralisch gerechtfertigte Anwendung von Gewalt gegen Sachen in Demokratien von den jeweiligen (historischen) Umständen und dem konkreten Handeln der Protestierenden ab: „Protest muss, um trotz Illegalität legitim zu bleiben, moralisch, politisch und sozial transparent auftreten. Und er muss sein Anliegen auf eine Weise sicht- und hörbar vermitteln, die verstanden wird.“<sup>6</sup>

## Historischer Protest in deutschen Demokratien

Generationen von deutschen Demokrat:innen nutzten die Möglichkeiten des Protestierens, um sich einzusetzen: mal für das große Ganze, mal für sehr konkrete Einzelanliegen. So ist die deutsche Protestgeschichte seit 1918/19 von einer Vielzahl an Bewegungen, Ereignissen und Methoden geprägt, die die politische und gesellschaftliche Landschaft Deutschlands nachhaltig beeinflusst haben. Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen tendierten dabei zu allen Zeiten in gleichem Maße zum Protest. In der Bonner Republik beispielsweise ging er meistens von links der Mitte aus, aber ohne ein ausschließlich linkes Phänomen zu sein.<sup>7</sup> So lässt sich bis in die Gegenwart hinein ein Prozess der Normalisierung von Protest feststellen. Diejenigen, die am meisten demonstrieren, sind mittlerweile nicht mehr die Unterdrückten und gesellschaftlich Ausgegrenzten, sondern eher Vertreter:innen der bürgerlichen Mitte.<sup>8</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Deutschen Kaiserreichs sowie der Ausrufung der Republik kam es von Anfang an zu Protesten, die oft von der Unzufriedenheit mit den herausfordernden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen geprägt waren. Jene protestartigen Handlungen aber, die die liberale Republik abschaffen und durch eine andere Staatsform ersetzen wollten, etwa eine autokratische Monarchie, sozialistische Räterepublik oder nationalsozialistische Diktatur, fallen, auch wenn sie zweifellos Teil der deutschen Demokratiegeschichte sind, nicht ins Spektrum des demokratischen Protests.

Besonders eine Protestform sticht in dieser Zeit heraus: „Politisch, ökonomisch und sozial motivierter Protest in Form von Demonstrationen gehörte während der gesamten Weimarer Republik zum politischen Leben, welches sich in dieser Weise auf den Straßen der Städte und Dörfer manifestierte“, schreibt die Historikerin Marie-Luise Ehls in ihrer Untersuchung *Protest und Propaganda*.<sup>9</sup> Fast alle politischen Lager hätten Straßenprotest als Instrument genutzt, wobei die Hauptstadt Berlin hier eine Vorreiterrolle einnahm.<sup>10</sup>

Doch auch in der Weimarer Republik entluden sich Proteste nicht nur in „klassischen“ Demonstrationen auf der Straße. Unter anderem weil wiederholt teilweise monatelange Demonstrationsverbote verhängt wurden, nutzten Demokrat:innen eine enorme Bandbreite an Protestmöglichkeiten. Arbeiter:innen und Gewerkschaften organisierten Streiks. Künstler:innen und Intellektuelle nutzten Literatur, Theater, Malerei und Film für ihren Protest. Politische Gruppen und Bewegungen verbreiteten ihre Ansichten und Forderungen durch gedruckte Pamphlete und Flugblätter. Auch Zeitungen und Zeitschriften, die kritisch berichteten und kommentierten, spielten eine wichtige Rolle. Und nicht zuletzt dienten Versammlungen, Lesungen und andere kulturelle Ereignisse zur Meinungsbildung und -äußerung. All diese Mittel konnten grundsätzlich Formen demokratischen Protests sein, sofern sie nicht das politische System der Weimarer Republik, die Demokratie als Ganzes, infrage stellten, sondern Unzufriedenheit mit einzelnen Aspekten verdeutlichten, etwa an der Regierung und ihren Entscheidungen. Auch das Ende der Republik 1933 darf nicht über diese Vielfalt von demokratischen Protestformen in der ersten deutschen Demokratie hinwegtäuschen.

Nach dem Ende des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“ und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland spielten demokratische Proteste wieder von Beginn an eine wichtige Rolle. Darin materialisierten sich in Westdeutschland dem Soziologen Armin Nassehi zufolge „die wesentlichen Konflikte öffentlicher Debatten“.<sup>11</sup>

In den ersten Jahren mobilisierte wohl kein Thema die Westdeutschen so sehr wie die Wiederbewaffnung und die potenzielle Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Diese Proteste scheiterten zwar, verdeutlichen aber umso mehr die Bedeutung von organisierten Strukturen für ihren Erfolg. So ist die bundesrepublikanische Protestgeschichte nicht ohne Gewerkschaften denkbar, die über genug Ressourcen verfügten, um ihre Anliegen protestierend und mit genügend Teilnehmenden untermauern zu können.<sup>12</sup> Eines von vielen Beispielen hierfür ist der längste Streik in der bundesrepublikanischen Geschichte, den Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 1956 drei Monate lang führten.

Dass organisierte Strukturen aber nicht immer zwingend notwendig sind, damit Proteste langfristig wirken, zeigen etwa die „Halbstarkenkrawalle“ der 1950er Jahre. So geht die bis heute weit verbreitete Vorstellung, dass Jugend und Protest zwangsläufig zusammengehören, maßgeblich auf diese Bewegung zurück, die mit Praktiken und Symbolen aus der Populärkultur gesellschaftliche Normen hinterfragte und angriff.<sup>13</sup> Diese Art des Protests wurde von weiten Teilen der zeitgenössischen Bevölkerung – wie zu erwarten besonders von etablierten Gesellschaftsgruppen – vehement abgelehnt.

In den 1960er Jahren erlebte Westdeutschland dann eine in ungekanntem Ausmaß öffentlichkeitswirksame Welle von Protesten, vor allem ausgehend von den Studierendenbewegungen. Sie traten gegen den Vietnamkrieg ein, für mehr gesellschaftliche Mitbestimmung und für eine Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe der Generation ihrer Eltern. Auch die geplante Verabschiedung von Notstandsgesetzen durch die Große Koalition war ihnen ein fundamentaler Dorn im Auge, auch wenn diese sich im Nachhinein nicht „als Anschlag auf die Demokratie“<sup>14</sup> herausstellten.

Die westdeutsche Außerparlamentarische Opposition (APO) kulminierte in „1968“ und sollte enormen Einfluss auf die deutsche Protestgeschichte der kommenden Jahrzehnte haben. Diese Neue Linke setzte sich für „eine umfassende Demokratisierung der Lebensverhältnisse“ und „eine neue Kultur einer breiten Teilhabe der Bürger an Entscheidungsprozessen“ ein.<sup>15</sup> Dabei bezog sie viel Wissen aus den USA und von den dortigen Studierendenverbänden, etwa über den Aufbau von Strukturen und die Anwendung neuer Protesttechniken wie Sit- oder Teach-ins. Die Neue Linke kann deshalb durchaus als Teil einer weltweiten Protestbewegung verstanden werden.

Aus ihr entwickelten sich in den folgenden zwei Jahrzehnten die Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), die sich durch ihre Vielfalt und ihren Fokus auf soziale, kulturelle und ökologische Themen auszeichneten. Im Gegensatz zu traditionellen Protestbewegungen, die oft auf wirtschaftliche oder politische Veränderungen abzielten, konzentrierten sich die NSB auf die „Verbesserung innerhalb bestehender Zusammenhänge, wie z. B. Gleichberechtigung, Partizipation und Bürgerbeteiligung an Infrastrukturentscheidungen (Straßen, Kraftwerke)“. Ihr Anliegen war noch mehr als bei „den 68ern“ die „Demokratisierung der Demokratie“, wie der Historiker Phillip Gassert es ausdrückt.<sup>16</sup>

Zu den Neuen Sozialen Bewegungen zählten die Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung, die Frauen- und queere Bewegung(en) sowie die Anti-Globalisierungs-Bewegung. Sie nutzten moderne Kommunikationsmittel, um ihre Anliegen zu verbreiten und die Bevölkerung zu mobilisieren. Langfristig betrachtet spielten sie eine entscheidende Rolle beim gesellschaftlichen Wandel, indem sie Bewusstsein für ihre Themen schufen, entsprechende Diskurse anstießen und auch konkrete Veränderungen forderten. Die NSB sind laut dem Soziologen Dieter Rucht für die deutsche Protestgeschichte nicht zu unterschätzen, denn sie genossen „einen großen Zulauf und prägten in ihrer Gesamtheit den Protestsektor bis weit in die 1990er-Jahre.“<sup>17</sup> Gerade im linksalternativen Milieu seit den 1970er Jahren erweiterte sich dabei das Methodenspektrum enorm, sodass schon bestimmte Arten des Zusammenlebens, die von der gesellschaftlichen Norm abwichen, als Protest gelten konnten.<sup>18</sup>

In den 1980er Jahren erreichte das Protestgeschehen in der alten Bundesrepublik dann seinen quantitativen Höhepunkt. Es war wieder eine Friedensbewegung, die mehr Menschen als je zuvor auf die Straße trieb: „Menschenkettten, Sitzblockaden und Großdemonstrationen bestimmten die Pressebilder jener Tage.“<sup>19</sup> Die Protestierenden setzten sich gegen die atomare Aufrüstung, speziell gegen die Stationierung von NATO-Raketen in Westeuropa sowie für einen friedlichen Dialog und die Verständigung zwischen Ost und West ein. Die entscheidenden Impulse gingen hierbei von den NSB aus, doch es beteiligten sich bald weite Teile der Bevölkerung, ganz unterschiedlich in sozialer Herkunft, Alter und Geschlecht. Protest war in der Mitte der Gesellschaft angekommen: „Was um 1968 noch revolutionär wirkte, war nun fast schon normal.“<sup>20</sup>

Entsprechend war auch nach der Wiedervereinigung 1990 demokratischer Protest fester Bestandteil der politischen Kultur der nun entstehenden Berliner Republik. Noch für das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sind hier vor allem Solidaritätsaktionen mit Menschen mit Migrationsgeschichte zu nennen, die sich zunehmend rassistischen Übergriffen ausgesetzt sahen, und Proteste gegen verschärfte Asylgesetze. In den frühen 2000er Jahren formierten sich dann unter anderem globalisierungskritische Bewegungen, die sich gegen die teils verheerenden Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die wachsende Macht internationaler Konzerne richteten. Die Finanzkrise von 2008 führte darauf aufbauend beispielsweise zur Entstehung der *Occupy*-Bewegung, die die wachsende soziale Ungleichheit und den Einfluss von Banken anprangerte. Zu prominenten Beispielen der deutschen Protestgeschichte wurden in jüngster Vergangenheit die vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragene Klimaschutzbewegung *Fridays for Future* sowie die *Black Lives Matter*-Bewegung, die vehement Rassismus und Diskriminierung anprangert.

Die Geschichte der demokratischen Proteste in Deutschland zeigt, welche großen und fundamentalen Veränderungen die deutschen Demokratien im Laufe des 20. Jahrhunderts durchgemacht haben und mit welchen Herausforderungen sie sich konfrontiert sahen. „Protest interagiert mit gesellschaftlichem Wandel, Protestbewegungen stehen nicht außerhalb der Gesellschaft.“<sup>21</sup> Oft ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich, welche positiven Auswirkungen bestimmte demokratische Proteste hatten, vor allem weil deren Forderungen in den seltensten Fällen eins zu eins umgesetzt wurden. Denn das Wechselspiel zwischen Protest, etablierten Institutionen und demokratischer Gesellschaft ist meist komplizierter. „Protest ist dann erfolgreich, wenn er politisch scheitert, aber soziokulturell wie auch mental die Gesellschaft in Bewegung und zum Nachdenken bringt.“<sup>22</sup>

Die Demokratie und deren Geschichte sind ohne Protest also nicht denkbar. Genauso wenig ist demokratischer Protest hier in all seinen verschiedenen Formen und Ausprägungen möglich, wenn es keine Rahmenbedingungen gibt, unter denen ihn die Beteiligten ohne Gefahr für Leib und Leben ausüben können. Diese Symbiose war in der Vergangenheit ein entscheidender Faktor für das Vorankommen der demokratischen Gesellschaft in Deutschland – voraussichtlich wird sie es auch in Zukunft sein.

- 
- 1 Friedemann Karig: Was ihr wollt. Wie Protest wirklich wirkt. Berlin 2024, S. 17.
  - 2 Marie-Luise Ehls: Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Berlin 1997, S. 20.
  - 3 Dieter Rucht: Protest und Demokratie, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021, S. 20–43, hier: S. 26 ff.
  - 4 Lisa Borgerts, Simon Teune: Wie wird protestiert?, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021, S. 64–79, hier: S. 73.
  - 5 Karig: Was ihr wollt, S. 127.
  - 6 Ebd., S. 92.
  - 7 Moritz Sommer, Elias Steinhilper, Sabrina Zajak: Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021, S. 44–63, hier: S. 54 ff.
  - 8 Ebd., S. 45 ff.
  - 9 Ehls: Protest und Propaganda, S. 2.
  - 10 Ebd., S. 5.
  - 11 Armin Nassehi: Das große Nein. Hamburg 2020, S. 10.
  - 12 Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart 2019, S. 91 ff.
  - 13 Ebd., S. 97 ff.
  - 14 Rucht: Protest und Demokratie, S. 28.
  - 15 Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 118.
  - 16 Ebd., S. 137
  - 17 Rucht: Protest und Demokratie, S. 29.
  - 18 Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 153 f.
  - 19 Ebd., S. 160.
  - 20 Ebd., S. 164.
  - 21 Ebd., S. 273.
  - 22 Ebd., S. 274.

## **Jugend-, Pop- und Subkulturen in der gelebten Demokratie: Proteste, Spaßkultur, Widersprüche und Vieldeutigkeit unter Skinheads**

*Berlin-Kreuzberg, ein Abend im November. Auf der Oranienstraße, mitten im Herzen des multikulturellsten Stadtteils der Bundesrepublik, stehen etwa hundert Menschen am Straßenrand. Sie warten auf den Einlaß in eine Veranstaltungsstätte, das von Autonomen verwaltete „SO 36“. Die Menschen fallen wegen ihres konformen Erscheinungsbildes auf: grüne und schwarze Bomberjacken, Jeans, an den Beinen herunterhängende Hosenträger und Dr.-Martens-Boots oder -Stiefel. Kaum jemand trägt die Haare länger als einen Zentimeter. Etwa zwei Drittel der Personen sind junge Männer im Alter bis Mitte 30 Jahren. Man steht umher, einige halten Bierdosen in der Hand, andere rauchen, wieder andere sind ins Gespräch vertieft. Weiter Personen treffen vor dem Kulturzentrum ein: Schwarze im Rastafarian-Look und Menschen, die unauffällig gekleidet sind – Einlaß. Die Menschen betreten das „SO 36“. Man verteilt sich grüppchenweise im Raum, trinkt Bier, raucht, beobachtet die anderen, unterhält sich. Etwa eine halbe Stunde später beginnt das Konzert. Eine Band spielt Ska-Musik: schneller Reggae, der von Blasinstrumenten und Gesang untermalt wird. Es wird viel und ausgelassen getanzt. Viele der männlichen „Uniformierten“ entledigen sich wegen der Anstrengung des Tanzens ihrer Oberbekleidung und bewegen sich mit nacktem Oberkörper, nur noch geschmückt mit Tätowierungen und Hosenträgern, zur rhythmischen Musik. Zwischen ihnen die Rastafarians, Frauen und „alltäglich“ Gekleideten. Die Menschen sind gut gelaunt. Das gesamte Konzert läuft trotz immensen Alkoholkonsums friedlich. Niemand kommt vor, während oder nach dem Konzert zu schaden. Hinterher verteilen sich die einzelnen Grüppchen auf die umliegenden Kneipen oder reisen mit U-Bahn, Bus oder Auto wieder ab.*

Das Szenario, ein Ska-Konzert im Jahr 1994 mit mehreren Hundert Skinheads, ist ein Ausschnitt aus Beobachtungen und Beschreibungen einer mehrjährigen Feldstudie. Konzipiert und realisiert habe ich diese in den Jahren 1994–96 im Rahmen meiner Magisterarbeit *Spaßkultur im Widerspruch. Authentizität und Konformität in einer großstädtischen Skinhead-Szene* im Fachbereich Sozialwissenschaften der Georg-



Unpolitische und linke SHARP-Skinheads (Skinheads Against Racial Prejudice) demonstrieren in Potsdam, um den schlechten Ruf ihres Jugendkultes zu retten, 5. Juli 1993.

August-Universität Göttingen. 1999 wurde sie, populärwissenschaftlich überarbeitet, im Verlag Thomas Tilsner als Buch unter dem Titel *Spaßkultur im Widerspruch. Skinheads in Berlin*<sup>1</sup> publiziert.

Skinheads gehören in der Geschichte der Jugend-, Pop- und Subkulturen zu den am meisten missverstandenen Kulturen, über die erstaunlich viel Falsch- und Halbwissen, heute würde man sagen: Fake News und Desinformation, verbreitet wurde – und wird. Viele Menschen verbinden auch jetzt noch mit Skinheads die sogenannten Baseballschlägerjahre in Deutschland, als es in den 1990er Jahren zu einem rasant wachsenden sicht- und hörbaren Rechtsextremismus vor allem in den neuen Bundesländern kam, bundesweit zu zigfachen gewalttätigen Angriffen, Morden und Anschlägen auf Menschen, linke Jugendzentren, Unterkünfte für Geflüchtete und jüdische Einrichtungen. In einschlägigen Kreisen boomten Rechtsrockbands und Nazi-Fanzines – selbstgefertigte Magazine von Fans für Fans. Auf beinahe jedem Cover einer Rechtsrock-CD war mindestens ein waffenschwingender kahlrasierter „Bonehead“ – die nicht-rechte szeneninterne Bezeichnung für rechte Skinheads – im harten Skinheadstil mit Bomberjacke, Jeans und Springerstiefeln zu sehen. Demgegenüber erfreuten sich in den 1990er Jahren in Städten wie Berlin oder

Hamburg Ska-Bands wie die dort sehr, aber auch popkulturell generell verehrten jamaikanischen Künstler:innen *The Skatelites* und *Rico Rodriguez*, die britischen *Bad Manners*, aber auch deutsche Bands wie *Blechreiz*, *The Butler's* oder *Mother's Pride*, *The Busters* aus Wiesloch oder *No Respect* aus Göttingen großer Beliebtheit. Kennzeichnend für diese Künstler:innen und Bands waren oft unmittelbare, sehr persönliche kleine Konzerte sowie Auftritte auf kleineren und größeren Festivals. Dazu gehörte von 1990 bis 2010 auch das jährliche zeitweise europaweit größte Skafestival im Potsdamer Lindenpark mit mehreren Tausend unpolitischen, antirassistischen, schwulen, anarchistischen und trotzkistischen, kurz: nicht-rechten Skinheads. Diese waren oft im smarten Skinheadstil mit Anzügen und Hüten gekleidet, im Rude Boy Look in Anlehnung an eine Jugend- oder Subkultur auf Jamaica oder an den späteren Kleidungsstil der ersten Skinheads in Großbritannien in den 1960/70er Jahren.

Die Beschreibung und Einordnung *der einen* Skinheadkultur ist also kompliziert – beziehungsweise nicht möglich, schon gar nicht, wenn es um die Verbindung von Kleidung, Musik, Tanz, Sprache, Frisuren, Tätowierungen und Medien mit politischen Haltungen geht. Das hat *die* Skinheadkultur mit *der* Punkkultur, *dem* Hip-Hop oder *der* Techno-Bewegung gemein: Es gibt und gab sie nicht als homogene Kulturen. Und es gibt auch nicht entweder *die eine* politische Ausrichtung oder *die* gänzlich unpolitische oder rein hedonistische Szene oder Kultur, die für Forschungen oder Analysen der Demokratieförderung, -gefährdung und -pädagogik eine – oder eben oft keine – Rolle gespielt hat und spielt. Im Gegenteil: Die Übergänge zwischen Jugend-, Pop- und Subkulturen und sozialen Bewegungen sind fließend. In manchen Szenen wie beispielsweise der Autonomen/Antifa verschwimmen die Grenzen zwischen allen Kategorien, vermischen sich die Selbst- und Fremdbilder, Erwartungen und Intentionen über Geselligkeit, Provokation, Protest, Widerstand, Selbstwirksamkeit, politisches Engagement und gesellschaftliche Veränderung. Und ganz grundsätzlich finden sich in fast allen Jugendkulturen Protestpotenziale, -artikulationen und -repräsentationen.

Fast alle haben sich aus dem Impuls heraus entwickelt, sich von etwas Bestehendem, was jungen Menschen nicht oder nicht mehr gefallen hat, abzugrenzen und etwas Eigenes, einen eigenen Stil als Erhöhung aus dem Alltäglichen oder als Botschaft für etwas anderes oder Neues, zu schaffen. Oft um Kommerzialisierungen und Vereinnahmungen von Jugend und Jugendkulturen durch kapitalistische oder politische Verwertungsinteressen etwas entgegenzusetzen, aber auch, um über die eigene Kultur oder Szene Protest gegen bestehende Verhältnisse oder Ereignisse sichtbar zu machen. In den weltweit zahlreichen und sehr diversen Graffiti-Szenen, in denen

auch Protestparolen oder -bilder auf Straßen, Plätzen und Hauswänden als öffentliche Interventionen kreiert werden, ist dies deutlich sichtbar und spielt in den Auseinandersetzungen in den Szenen darüber, was noch „real“ und was „fake“ ist, eine zentrale Rolle. Jugendkulturen sind per se Räume, in denen junge Menschen ihre Mittel und ihre Formate für Protest entwickeln und leben, und einige haben für ihre Protestsozialisation informelle und nonformale um formale Strukturen erweitert.

Aus dem Punk entwickelte sich in den 1990er Jahren die *Anarchistische Pogo Partei Deutschland*, kurz *APPD*, im Hip-Hop in den 2000er Jahren die Partei *Die Urbane*. Politische Partizipation, Parteipolitik, Engagement für demokratische Werte, offene Auseinandersetzungen zwischen am Grundgesetz orientierten Menschen und Menschenfeinden finden sowohl in der Gesellschaft insgesamt als auch in allen diesen Szenen statt. Die Skinheadkultur mit ihrer Nähe zum Punk und Hardcore ist dafür ein besonders deutliches Beispiel. Es ist daher erstaunlich, dass über viele Jahre kaum Feldstudien in ihren weitverzweigten Subszenen unternommen und Primärquellen wie Interviews und szeneneigene Medien wie Fanzines wenig beachtet wurden, obwohl gerade diese Zugänge schnell vor Augen führen, wie hochgradig vielfältig und widersprüchlich Jugendkulturen waren und sind.<sup>2</sup>

Deswegen haben wir es uns mit dem *Archiv der Jugendkulturen* seit seiner Gründung im Jahr 1997 zur Aufgabe gemacht, diese Quellen zu sammeln und zu bewahren, sie der Gesellschaft zugänglich zu machen und Erkenntnisse über die Geschichten und Entwicklungen von Jugend-, Pop- und Subkulturen auch selbst weiterzuvermitteln und zu publizieren. Gerade in Zeiten, in denen sich Miss- und Desinformation über Menschen, Ereignisse und Entwicklungen vor allem online rasant verbreiten und rechte soziale Bewegungen vermehrt auf Aneignung und Instrumentalisierung setzen, braucht es eine differenzierte Auseinandersetzung mit Jugend-, Pop- und Subkulturen – mit ihrer Geschichte, ihren Entwicklungen und ihrer Bedeutung für die Demokratie. Jugendkulturelle Artikulationen, ob in Songtexten, Szenenkleidung, Sprache und sonstigen visuellen und auditiven Repräsentationen, ihre Vernetzungen, Aushandlungen und die Weitergabe politischer Narrative schlagen sich bis heute in vielen Protestbewegungen nieder und prägen sie. Zuletzt wurde dies auf den großen Demonstrationen gegen rechts in Berlin deutlich, auf denen beispielsweise Herbert Grönemeyer seinen Hit *Zeit, dass sich was dreht* zusammen mit dem Rapper \$oho Bani vortrug, um öffentlichkeitswirksam Haltung gegen den Rechtsruck in Deutschland zu zeigen. Ebenso gibt es zahlreiche Spuren in der Popkultur mit Referenzen auf Ska und Punk, zwei Musikrichtungen, die auch wesentliche Elemente der Skinheadkultur sind.

Die Ursprünge der Skinheadkultur liegen im Jahr 1969, als in Großbritannien Jugendkulturen wie Teds, Mods und Skins trotz oder gerade noch angesichts der zerfallenden Working Class in den Arbeitervierteln von London, Manchester und Birmingham an jeder Straßenecke sichtbar waren. In diesen Vierteln hatten sich auch Immigrant:innen aus Pakistan, Indien und Jamaika niedergelassen. Sie brachten ihre Musik mit – die Jamaikaner:innen den Ska und den Reggae. Ihre Kinder tanzten zu dieser Musik auf ihren Partys, lernten andere Kinder und Jugendliche im Viertel kennen. Und so trafen Schwarze und Weiße zusammen, tauschten sich über Herkunft aus und teilten ihre Musik. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus waren den meisten dieser Jugendlichen zu dieser Zeit fern. Für sie zählten der eigene neue Stil, die Mode, die Musik, das Beisammensein. Sie waren, abgesehen von der starken Dominanz männlich und maskulin gelesener Inszenierungen, vor allem eins: eine diverse Spaßkultur – noch ohne große Widersprüche, aber mit viel Potenzial für klare Haltungen gegen rechtsextreme Ideologien. Dies zeigte sich vielfältig in Statements von Bands beispielsweise auf Konzerten und in Songtexten, in denen sie gerade an die Gemeinschaft in ihrer Szene unabhängig von der Herkunft appellierten, was Ausgrenzung und Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zunächst auf dieser Ebene ausschloss.

Doch dieser Spaß endete zu Beginn der 1970er Jahre. Großbritannien veränderte sich rasant, Arbeiter:innenmilieus zerfielen, viele Menschen verloren während der Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft ihre Jobs, traditionelle Arbeiter:innen wurden immer weniger gebraucht. Die Arbeitslosigkeit stieg, Working Class Heroes verloren an Bedeutung. So hatten sich viele Skinheads oft selbst bezeichnet, als stolze Angehörige der Arbeiter:innenklasse. Arbeiten zu gehen hatte für viele Skinheads einen hohen Wert. Und auch ihr Kleidungsstil verwies, wie die ursprünglich als Werftarbeiter:innenschuhe gedachten Dr. Martens, auf das Milieu der Working Class Citizens. Der Frust über den Verlust von langen Traditionen war daher groß. Ähnlich wie einige Jahre später in Deutschland instrumentalisierten rechte Parteien und soziale Bewegungen wie die *National Front* und das *British Movement* die Rezession für ihre Zwecke. Sie warben Skinheads, vor allem in Fußballfankulturen, als Saalordner für ihre Versammlungen an, verbreiteten Hass und Hetze gegen Immigrant:innen und gaben diesen und letztlich Juden:Jüdinnen die Schuld an der gesellschaftlichen Krise.

Der Bruch in der Skinheadkultur war vollzogen. Die einen fühlten sich zu den Rechtsextremen hingezogen und verbanden den Style und die Musik mit rechten Insignien und Inhalten. Der bis heute von Rechtsextremen stark verehrte, in den 1990er Jahren verstorbene Musiker Ian Stuart Donaldson hatte an der Spaltung der Skinheadkultur

in „Skins“ und „Boneheads“ einen großen Anteil. Er war der Gründer der Rechtsrockband *Skrewdriver* und des rechtsterroristischen Musiker:innen-Netzwerks *Blood & Honour*, das in Deutschland im Jahr 2000 verboten wurde. Die anderen Skinheads hielten sich entweder von politischen Positionierungen fern oder bezeichneten sich fortan als antirassistisch. Sie gründeten Bands mit Namen wie *Redskins*, deren Mitglieder sich stark in der Gewerkschaftsbewegung für die Bedarfe und Rechte von Arbeitnehmer:innen und gegen die Minenstilllegungen in England engagierten. In den 1980er und 1990er Jahren entstanden in den USA Netzwerke wie *SHARP* (Skinheads Against Racial Prejudices), *RASH* (Red And Anarchist Skinheads), *GSM* (Gay Skinhead Movement) und einige weitere Zusammenschlüsse. Über szeneninterne Vernetzungen und Fanzine-Kommunikationen wurden sie auch international bekannt und machten ihre Haltungen und ihr politisches Programm oft schon im Namen deutlich.

Auch in Deutschland spielten ab den 1980er Jahren alle diese Strömungen eine Rolle – im Osten wie im Westen. Denn auch in der DDR waren schon vor dem Mauerfall Skinheads unterwegs, überwiegend im Fußball, allerdings meist mit rechten Haltungen. Im Westen Deutschlands entwickelten sich in vielen Städten kleinere und größere Skinheadszenen, in links geprägten, eher ländlichen Räumen oft nahe dran an der autonomen Szene/Antifa und selbstverwalteten Jugendzentren. Hier einte die Antifa und nicht-rechte/linke Skins der gemeinsame Kampf gegen die Nazis. In den Großstädten gingen Skinheads und Autonome/Antifa eher auf Distanz zueinander oder aufeinander los, denn immer wieder gab es teils berechnete, teils nicht berechnete Kritik und Vorurteile von Antifa-Gruppen gegenüber Skinheads und ihrer Oi!-Musik, einer harten, oft von Skins kreierten und konsumierten Streetpunk-Variante mit schwer bis nicht verständlichen Texten.

Oi!-Musik gibt es mit rechten, mit unpolitischen und mit linken Texten und Bands. Zuordnungen in rechts, unpolitisch und links führten gerade in den 1990er Jahren zu Boykotten, körperlichen Auseinandersetzungen, dem Verfassen und Verteilen von Flugblättern und in deren Folge zu vielen Beiträgen sowohl in Skinheadfanzines als auch in autonomen Magazinen – bis hin zu angemeldeten Demonstrationen von nicht-rechten Skinheads in Potsdam und Bonn. Auf diesen Demonstrationen warben sie ausdrücklich dafür, ihre Kultur nicht mit der von Faschisten gleichzusetzen, und protestierten gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Auch sonst waren Skinheads auf vielen Demonstrationen gegen rechts vertreten. Die Solidarität mit sozialen Bewegungen, die ihren Protest breitenwirksamer organisierten als die eigenen Szenenevents, und das Engagement darin war für viele nicht-rechte Skinheads selbstverständlich.

Dabei verstanden sich viele Skinheads immer auch als Teil des demokratischen Spektrums und bevorzugten legale Mittel des Protests. Proteste von radikalisierten und ideologisierten Skinheads waren eher selten, diese Skinheads bildeten in der Gesamtszene eine Minderheit.

Skinheadkultur war und ist ohne politische Auseinandersetzungen, heftige szeneninterne und szenenübergreifende Diskussionen bis hin zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen nicht denkbar. Auch wenn sich der überwiegende Teil der Skinheads immer wieder darauf berief unpolitisch zu sein, ist die Kultur als Ganzes stark von Narrativen und Kämpfen für Menschenrechte und Demokratie oder eben auch gegen sie geprägt. Das Engagement nicht-rechter Skinheads für ihre Kultur ohne Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus wirkte über Jahrzehnte als wichtiges Korrektiv: zum einen gegenüber antidemokratischen, rechtsextremen und rechtsterroristischen Gruppierungen, Netzwerken und Strömungen wie den *Boneheads*, *Hammerskins* oder *Blood & Honour-Skins*, zum anderen für gesellschaftliche und politische Entwicklungen generell. Gerade für den Erhalt einer stabilen Demokratie waren und sind auch nicht-rechte engagierte Skinheads wichtige Akteur:innen. Deren Präsenz und Repräsentation ermöglichte auch einigen Angehörigen rechter Szenen eine Distanzierung davon bis hin zum Ausstieg. Diese Distanzierungsarbeit weg von extremistischen Haltungen jenseits der Ausstiegsangebote staatlicher Stellen und von Nichtregierungsorganisationen fand und findet zu nicht geringen Anteilen im informellen Bereich von Szenen statt.

Rechte Skinheads sind derzeit wieder in, auch weil ältere „Glatzen“ ihre Traditionen und ihr Wissen über Mode und Musik an Kinder und Jugendliche weitergeben und sich rechte Szenen den aktuellen Retro-Hype der 1990er Jahre im Mainstream bewusst zunutze machen.<sup>3</sup> Um die nicht-rechten Skinheads ist es hingegen ruhiger geworden. Es bleibt daher spannend, welche Gruppen oder Szenen sich dem stärker werdenden Rechtsruck heute entgegenstellen werden. Szenenaktivist:innen haben in dem vom Emma Steel und Matt Ska im Jahr 2018 herausgegebenen Buch *Ska im Transit*<sup>4</sup> eindrücklich beschrieben, wie wichtig Konzerte, Festivals und Fanzines für den Austausch, die Auseinandersetzung und Vermittlung der Vielfalt der Skinheadkultur waren – und das bis heute, denn immer noch fühlen sich viele der Szenengänger:innen der 1980/90er Jahre ihrer Geschichte verbunden und veranstalten Reunion-Konzerte- und Partys. Ein Blick auf die Website des *Archiv Potsdam*, des *Alternativen Kulturpalasts*, sowie die Facebook-Seite der *Skinheads Babelsberg* und der *Red and Anarchist Skinheads (RASH) Potsdam* machen dies deutlich: Dort finden sich Konzertankündigungen und Statements einer hoch politisierten Szene,

die sich eindeutig gegen rechts, Klassismus und Rassismus positioniert und vernetzt. So heißt es auf der Website *Archiv Potsdam*<sup>5</sup>:

*Am Freitag, den 28.3.2025, präsentieren die Skinheads Babelsberg und RASH Potsdam das nächste schicke Konzert! Zum ersten Mal konnten wir für Euch die großartigen Red Bricks [...] aus Hamburg – mit einer vollen Ladung antirassistischen und klassenkämpferischen Oi! & Streetpunk im Gepäck – für einen Auftritt in Potsdam gewinnen! Mit dabei sind außerdem unsere geschätzten Freunde und Genossen von Cløerix [...] aus Tuffitown mit ihrer neuen EP ‚Cropper Lads‘. Von Klassenkampfprosa bis hin zu Redskinheadanthems gibt es hier jede Menge starken Ölberg-Rock’n’Roll auf die Ohren. Danach gibt es feinsten Punkrock mit DJ ReWolti!.*

Auf der Facebook-Seite von *RASH Potsdam*<sup>6</sup> finden sich zahlreiche Vernetzungsangebote von Skingruppen in ganz Deutschland sowie Aufrufe zu Demonstrationen und anderen Terminen:

*INFOVERANSTALTUNG Jena Calling – Jetzt erst recht. Antifaschismus ist notwendig! Freiheit für alle Antifaschist\*innen! Am 14.06.25 werden wir als Antifaschist\*innen gemeinsam in Jena auf die Straße gehen. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse werden immer düsterer, Handlungsräume für die (radikale) Linke immer kleiner. Das zeigt sich nicht zuletzt am Eifer, den die Behörden bei der Verfolgung antifaschistischer Aktivist\*innen an den Tag legen ...*

Nicht nur diese Zitate verdeutlichen, wie eng Jugend(sub)kulturen, Protest, Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement zusammengehören – und wie wichtig Freiräume sowie der Schutz und die Förderung von emanzipatorisch und demokratisch orientierten Szenen geworden sind. Subkulturen und Protest gehören zusammen, auf kulturellen, sozialen und politischen Ebenen. Und sie sind unerlässlich in einer lebendigen Demokratie, an der alle gesellschaftlichen Milieus teilhaben.

---

1 Gabriele Rohmann: *Spaßkultur im Widerspruch. Skinheads in Berlin*. Bad Tölz 1999.

2 Klaus Farin: *Skinhead – a way of life: eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar*. Bad Tölz 1999.

3 Gabriele Rohmann: *Rechte Welten in den 1990er Jahren und ihre Folgen*, in: Zentrum für Liberale Moderne (Hrsg.): *Popkultur von rechts*. Berlin 2024, S. 16-19, online unter: <https://libmod.de/nc-popkultur-rechte-welten-90er-jahre/> [28.05.2025].

4 Emma Steel, Matt Ska: *Ska im Transit*, Berlin 2018.

5 <https://archiv-potsdam.de> [05.05.2025].

6 <https://www.facebook.com/rashpotsdam/> [05.05.2025].



**DEMOKRATIE  
VERTEIDIGEN UND  
VERLIEREN**

## **Mit Protesten die Demokratie verteidigen**

Protest, egal von wem umgesetzt, drückt Unzufriedenheit aus. Beispielsweise Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation oder auch Unzufriedenheit mit einer bevorstehenden Änderung. Wer etwa auf der Straße demonstriert, kann dies für mehr (demokratische) Rechte tun oder seinen Unmut gegenüber der Regierung oder anderen Entscheidungstragenden ausdrücken.

Das Recht zu demonstrieren und zu protestieren gehört zur Demokratie unbedingt dazu. Nur in einer freien und gefestigten Demokratie können Menschen offen und laut Kritik an ihr äußern. Durch die Diskurse und Aktionen, die Menschen so anstoßen, bleibt Demokratie lebendig.

Heute können wir uns in Deutschland glücklich schätzen, in einer Demokratie zu leben, die mittlerweile seit 35 Jahren Bestand hat, im Westen schon seit über 75 Jahren. Es hat das Engagement vieler Menschen gebraucht, um sie aufzubauen, zu etablieren und nun, sie zu leben. Dabei ist klar, dass sich unsere Demokratie nach wie vor entwickelt, dass sie nicht fehlerfrei ist; genauso wenig wie die Menschen, die darin leben. Daher ist auch nicht immer einfach zu unterscheiden, in welchen Phasen Demokratie gelebt und in welchen sie verteidigt wurde – oder beides. Diese Phasen können sich überschneiden und sind mitunter kaum oder schwer zu trennen, da Protest ein wichtiges Instrument ist, sowohl um Demokratie zu leben als auch sie zu verteidigen. Denn immer wieder bedarf es eines Nachjustierens im gemeinsamen Zusammenleben, weil sich die Umstände oder die Gesellschaft ändern, sich Werte verschieben.

Demokratie ist demnach kein Selbstläufer. Sie ist nicht einfach da und erhält sich nicht von selbst. Tatsache ist, dass Demokratie auch verloren gehen kann, etwa durch:

- Vertrauensverlust und Versagen der Institutionen des demokratischen Rechtsstaats
- Aushöhlung von Grundrechten und des Rechtsstaats, zum Teil durch Vertreter:innen, die in demokratischen Wahlen die Regierungsgewalt übernommen haben
- Polarisierung der Gesellschaft im Sinne eines Freund-Feind-Denkens
- Gewalttaten und Morde aus demokratie- und menschenfeindlichen Motiven

Davon auszugehen, dass sich Demokratie immer zum Positiven entwickelt, wäre fatal. Denn das würde dazu führen, dass wir uns in einer Sicherheit wiegen, die es

nicht gibt. Schaut man sich beispielsweise den Demokratieindex an, der seit 2006 von der Zeitschrift The Economist berechnet wird und die Faktoren Wahlprozess und Pluralismus, Bürgerrechte, Funktionsweise der Regierung, politische Teilhabe und politische Kultur einbezieht, stellt man fest, dass Länder wie die USA, die lange als politische und demokratische Vorbilder galten, seit Jahren nicht mehr als „vollständige Demokratien“, sondern als „unvollständige Demokratien“ eingestuft werden.<sup>1</sup> Wir tun also gut daran, unsere Demokratie nie als selbstverständlich zu betrachten. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass es immer wieder Phasen in Deutschland oder seinen Vorläuferstaaten gab, die mit einem (wahrgenommenen) Verlust und der Verteidigung von Demokratie einhergingen. Als solche werden folgende definiert: Die Zeit der Weimarer Demokratie von 1919 bis 1933, die Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1989 und seit 1989/90 die bestehende Demokratie im wiedervereinten Deutschland nach der Friedlichen Revolution.

Diese Phasen zeichnen sich dadurch aus, dass das herrschende System zu dieser Zeit demokratisch war. Allerdings gab es antidemokratische Elemente, die versuchten, die Demokratie auszuhöhlen oder abzuschaffen. Im Falle der Weimarer Demokratie geschah dies 1933 mit der Machtergreifung der NSDAP.

Für die Phase „Demokratie verteidigen/verlieren“ ist mit einer Verurteilung durch staatliche Instanzen nicht zu rechnen, solange die Protestierenden sich im Rahmen der demokratischen Ordnung bewegen. Dieser schließt in den meisten Fällen Gewalt gegen Dinge, auf jeden Fall aber gegen Menschen aus.

Eine Ausnahme besteht allerdings, wenn die demokratische und soziale Ordnung bedroht wird und die Gefahr eines Umsturzes besteht. In diesem Fall können alle Deutschen vom Widerstandsrecht Gebrauch machen. Dies ist im Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes festgeschrieben: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“<sup>2</sup>

Artikel 20 gehört zu jenen Artikeln des Grundgesetzes, die durch Artikel 79 Absatz 3 von einer Änderung ausgenommen, also von der sogenannten Ewigkeitsklausel geschützt sind. Genau definiert ist übrigens nicht, welche Ausmaße die „Beseitigung der demokratischen Ordnung“ annehmen muss, damit das Recht zum Widerstand trägt. Der Zusatz „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ lässt jedoch davon ausgehen, dass hier die Ausmaße eines Staatsstreichs gemeint sind. Also ein kompletter Umsturz des demokratischen Systems.

Das Recht auf Widerstand wurde dem Grundgesetz erst 1968 beigefügt, gemeinsam mit den Notstandsgesetzen – der neue Absatz sollte wohl auch verhindern, dass diese von einer Regierung ausgenutzt würden (dazu im Verlauf des Artikels mehr). Doch warum wurde das Recht auf Widerstand erst 1968 beschlossen? Warum nicht bereits 1949 vom Parlamentarischen Rat, unter dem unmittelbaren Eindruck des gerade zu Ende gegangenen NS-Regimes?

### **Eine wehrhafte Demokratie in Zeiten der Weimarer Republik?**

Bereits erwähnt wurde die Zeit der Weimarer Republik, der ersten gesamtdeutschen Demokratie, von der NS-Diktatur abgelöst. Doch nicht erst 1933 zeigten sich antidemokratische Strömungen und Vertreter:innen, sondern seit ihrem Beginn musste sich die junge Republik gegen ihre Feind:innen wehren. Von Anfang an standen sie und ihre Vertreter:innen nicht nur in der Kritik, sondern auch wortwörtlich unter Beschuss: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Walter Rathenau. Auf sie und viele andere wurden politisch motivierte Attentate – zumeist von rechts – verübt.<sup>3</sup>

Gegen diese Gefahr für die Demokratie bildete sich Widerstand. Schon im Frühjahr 1920 wurde die Weimarer Demokratie durch einen Putsch von rechts bedroht.<sup>4</sup> Die Generäle Walther von Lüttwitz und Wolfgang Kapp vereinten rechte Militärs und Freikorps, um die Republik zu stürzen. Sie gehörten der „Nationalen Vereinigung“ an, der Nachfolgeorganisation der Deutschen Vaterlandspartei, Letztere gegründet vom Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp. In der „Nationalen Vereinigung“ vermischten sich konservative, rechtsradikale und antirepublikanische Ideologien. So trafen im Frühjahr Militärs und ranghohe Beamte zusammen, die sich gegen die Weimarer Demokratie stellten. Lüttwitz und Kapp hielten in den Wochen der Vorbereitung des Putsches intensiven Kontakt, doch Einigkeit über dessen Ziel herrschte bei den Beteiligten nicht. Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, dass der Putsch ab 13. März 1920 nach gerade einmal 100 Stunden scheiterte.

Zum anderen erfuhren die Putschisten breiten Widerstand von mehreren Gruppen und politischen Strömungen. Entscheidend waren wohl die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften, die einen Generalstreik durchführten. Zu diesem hatten noch vor ihrem Verlassen der Hauptstadt die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und der Parteivorsitzende der SPD, Otto Wels, aufgerufen. Schon am Mittag des 13. März schlossen in Berlin die ersten Betriebe, am nächsten Tag stand die Stadt komplett still. Immer mehr Arbeiter, Beamte, Betriebe und ganze Städte schlossen sich dem Streik an.

Auch die Reichswehr entzog den Putschisten bald ihre Unterstützung und stellte sich auf die Seite der Weimarer Regierung. Republiktreue Soldaten nahmen den Kampf gegen die konterrevolutionären Truppen auf. Die Stimmung in der Bevölkerung richtete sich zunehmend gegen die vorübergehenden Machthaber, die während der Kämpfe und auf ihrem Rückzug mehrere Hundert Menschen töteten. Zwar gab es aus der Zivilgesellschaft wenig Widerstand und Protest gegen den Putsch, doch eben auch keine Unterstützung für die vorübergehenden Machthaber.

Zwar war der Widerstand gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch erfolgreich, doch damit war die Gefahr für die Weimarer Demokratie nicht gebannt. Die Regierung war nicht gefestigt, der Rückhalt aus der Bevölkerung für die junge Demokratie gering. Viele der Putschisten wurden nie bestraft und stellten weiterhin eine Bedrohung dar. Ähnlich verhielt sich der Widerstand gegen andere antidemokratische und rechte Bedrohungen in den 1920er Jahren. Schon damals wurde Adolf Hitler mit der NSDAP populär und drängte immer mehr in den öffentlichen Raum. Doch auch wenn die NSDAP lange Zeit nicht über Mehrheiten verfügte, stellten sich nur wenige Menschen öffentlich gegen sie. Als es 1933 zur Machtübertragung kam, gab es nur im württembergischen Industriedorf Mössingen einen Generalstreik, mit dem Ziel, die Herrschaft der NSDAP doch noch zu verhindern.<sup>5</sup> Im übrigen Deutschland kam es nicht zu geplanten Protestaktionen.<sup>6</sup>

### **Die Vergangenheit im Hinterkopf: Proteste der 1968er**

Der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit war einer der Punkte, an dem sich Protest in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 entfachte. Insbesondere die sogenannten „68er“ stellten Fragen dazu, was die älteren Generationen während der NS-Zeit getan hatten, und brachen damit ein Tabu, das die Jahre davor geherrscht hatte.<sup>7</sup>

Bis in die 1960er Jahre galt die westdeutsche Gesellschaft als autoritär, konservativ und zurückgezogen. Politische Mitbestimmung oder politisches Engagement außerhalb eines Amtes waren nur schwer umzusetzen. Die gewählten Amtsträger:innen bestimmten über die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse der Zeit. Dadurch wurden Fragen der jüngeren Generationen abgewehrt und ignoriert.

Ein Beispiel für die unzulängliche Vergangenheitsbewältigung, die gerade die Studierenden kritisierten, sahen sie in Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Seit 1933 NSDAP-Mitglied, war Kiesinger in den 1940er Jahren zudem stellvertretender

Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt gewesen. Seine NS-Vergangenheit wurde während seiner Kanzlerschaft wiederholt Thema öffentlicher Debatten. Zuletzt im November 1968, als ihn Beate Klarsfeld, eine deutsch-französische Journalistin, auf einem CDU-Parteitag mit den Worten „Nazi! Nazi! Nazi!“ ohrfeigte.<sup>8</sup>

Ein konkretes Gesetz, an dem sich Proteste entzündeten, waren die Notstandsgesetze, die 1968 in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wurden. Sie lösten nicht nur heftige Diskussionen über die Rolle des Staates und die Bedeutung von Grundrechten aus, sondern standen auch im Kontext der politischen Spannungen und der Erinnerung an die Erfahrungen im Nationalsozialismus und unter dem autoritären Regime.

Die Notstandsgesetze (offiziell: „Gesetze zur Bekämpfung der Notstandslage“) wurden in einer Zeit hoher internationaler und innerstaatlicher Spannungen verabschiedet. Sie sollten dem Staat ermöglichen, im Falle einer nationalen Krise oder eines äußeren Angriffs die Verfassung und die Grundrechte vorübergehend außer Kraft zu setzen, um die staatliche Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Es gab unter anderem die Befürchtung, dass der Kalte Krieg und mögliche Bedrohungen aus dem Osten (insbesondere durch die DDR oder die Sowjetunion) eine solche Notstandslage erforderlich machen könnten.

Die Notstandsgesetze sollten der Regierung das Recht geben, im Falle eines Notstands die Grundrechte der Bürger:innen, etwa das Versammlungsrecht oder die Unverletzlichkeit der Wohnung, einzuschränken. Außerdem sollte die Bundeswehr im Falle eines inneren Notstands zur Unterstützung der Polizei herangezogen werden können. Auch die Einschränkung der Freiheitsrechte sollte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Gewährleistung der inneren Sicherheit erlaubt werden.

Vor allem die Studierendenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition (APO) lehnten die Gesetze vehement ab.<sup>9</sup> Sie befürchteten, dass diese Gesetze eine Aushöhlung der Demokratie und eine Wiederbelebung autoritärer Tendenzen im Staat verursachen könnten. Für viele war die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur noch lebendig. Sie sahen in den Notstandsgesetzen eine Gefahr für die freiheitlichen Grundrechte, die in der Nachkriegszeit mühsam erkämpft worden waren und die es nun zu verteidigen galt.

Sie befürchteten, dass staatliche Vertreter:innen die Notstandsgesetze auch ohne echte Notwendigkeit dafür nutzen könnten, unliebsame Kritiker:innen und Oppositionelle zu unterdrücken. Des Weiteren kritisierten sie den Mangel an ausreichenden gerichtlichen oder parlamentarischen Kontrollmechanismen, die eine willkürliche Beschränkung der Bürgerrechte verhindern könnten. Auch die Möglichkeit, im Notstand Demonstrationen und Versammlungen zu verbieten und gegen Aufstände mit militärischer Gewalt vorzugehen, wurde als Bedrohung der persönlichen Freiheit wahrgenommen. Besonders stark war der Vorwurf, dass die Notstandsgesetze autoritäre Tendenzen förderten. Viele sahen in den Gesetzen eine Parallele zu den Methoden der NS-Zeit, als die Rechte der Bürger im Namen des „Notstands“ massiv eingeschränkt wurden.

Einer der bekanntesten Momente des Widerstands war neben der Großdemonstration in Bonn am 11. Mai 1968<sup>10</sup> der sogenannte „Notstandsgesetz-Volksentscheid“ im selben Jahr, bei dem die Protestbewegung versuchte, durch Unterschriftensammlungen und öffentliche Kampagnen ein Referendum gegen die Gesetze zu erzwingen. Obwohl dies letztlich scheiterte, erreichte die Protestbewegung damit eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit und weit verbreitete Unterstützung für ihre Anliegen.

Trotz der massiven Proteste wurden die Notstandsgesetze schließlich vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie traten im Juni 1968 in Kraft. Die Gesetzgebung war ein politischer Sieg für die damalige Regierung, aber der Protest der 1960er Jahre hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik. Er trug unter anderem zur Entwicklung einer Bürgerrechtsbewegung bei, die weiter gegen autoritäre Tendenzen ankämpfte. Außerdem wurde eine Diskussion über die Balance von Sicherheit und Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft angestoßen. Es wurde ein stärkerer Fokus auf den Schutz der Bürgerrechte und auf die Kontrolle durch die Exekutive gelegt.

### **Schutz von demokratischen und menschlichen Rechten: Protest gegen den „Asylkompromiss“ im wiedervereinigten Deutschland**

Eine weitere Änderung des Grundgesetzes führte 1993 im wiedervereinigten Deutschland zu massiven Protesten. Der Asylkompromiss von 1993 war eine der bedeutendsten politischen Auseinandersetzungen in der deutschen Nachkriegszeit und führte zur drastischen Verschärfung des Asylrechts. Das Asylrecht ist in Artikel 16a des Grundgesetzes geregelt. Hintergrund war die hohe Zahl von Asylbewerber:innen, die Deutschland in den frühen 1990er Jahren erreichten, vor allem durch die Flüchtlingsbewegung aus dem ehemaligen Jugoslawien und anderen Krisengebieten. Dies führte zu einer breiten politischen Debatte, in deren Verlauf die Regierung unter Helmut Kohl

eine Verfassungsänderung initiierte, die das Asylrecht einschränkte. Vor allem wurde das Recht auf Asyl für Menschen, die über sogenannte „sichere Drittstaaten“ nach Deutschland einreisten, stark eingeschränkt. Zudem wurden Asylverfahren beschleunigt und Sammellager für Asylbewerber:innen eingeführt.

Diese Grundgesetzreform stieß auf massive Proteste aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kreisen. Bürgerinitiativen, NGOs wie Pro Asyl und viele kirchliche Organisationen kritisierten die Reform als Verstoß gegen Menschenrechte und den Grundsatz der humanitären Hilfe. Sie warnten davor, dass die Asylrechtsverschärfung Asylbewerber kriminalisieren und die Solidarität mit Flüchtlingen gefährden würde. Besonders die antifaschistische Bewegung und linke Parteien wie die Grünen und die PDS waren in den Protesten aktiv. Sie betrachteten den Kompromiss als Reaktion auf den zunehmenden rechtspopulistischen Druck und als Öffnung für eine weitergehende rassistische Politik.

Die Proteste fanden in verschiedenen Formen statt: Demonstrationen, Informationskampagnen, ziviler Ungehorsam und Blockaden gehörten dazu. In vielen Städten wie Berlin, Hamburg und Frankfurt gingen Zehntausende Menschen auf die Straßen, um gegen die Reform zu protestieren. Besonders die Kirchen betonten ihren humanitären Auftrag und unterstützten die Proteste, indem sie sich für den Erhalt des Asylrechts als Schutz vor Verfolgung einsetzten.

Eine besonders bekannte Aktion war der von der Organisation Pro Asyl initiierte Aufruf „Nein zum Bonner Asylkompromiss“. Über 100.000 Menschen unterzeichneten das an die Regierung gerichtete Schreiben, in dem diese aufgefordert wurde, das Grundrecht auf Asyl im vollen Maße zu erhalten.<sup>11</sup> Einige Prominente schlossen sich dem Aufruf an, sprachen sich gegen diesen aus und sorgten so dafür, dass die Debatte so öffentlich und intensiv geführt wurde wie nur wenige zuvor.

Trotz der breiten Opposition und der massiven Proteste wurde der Asylkompromiss 1993 verabschiedet und die Verfassungsänderung in Kraft gesetzt. Zwar konnten die Proteste den Kompromiss nicht verhindern, aber sie trugen entscheidend dazu bei, dass Asylrecht und Flüchtlingspolitik öffentlich diskutiert wurden. Aus der Protestbewegung gingen weitere Initiativen und zivilgesellschaftliche Bewegungen hervor, die sich in den Jahren darauf für die Rechte von Geflüchteten und gegen rassistische Tendenzen in der Gesellschaft einsetzten. So trugen die Proteste langfristig zur Schärfung des politischen Bewusstseins in Bezug auf Migration und Asylrecht sowie zur Beeinflussung der politischen Landschaft in Deutschland bei.

## Protest als Mittel zur Verteidigung der Demokratie

Das Recht zu protestieren gehört zu einer funktionierenden und lebendigen Demokratie unweigerlich dazu. Geschieht es aber, dass Demokratie verloren geht, bedroht wird oder Gefahr läuft, verloren zu gehen, ist der Protest ein entscheidendes Mittel zu ihrer Verteidigung. Bei solchen Protesten, die die Verteidigung der Demokratie im Sinn haben, geht es um mehr als die Ausübung eines demokratischen Rechts und Partizipation. Es geht darum, das Bestehen der demokratischen Werte an sich zu sichern und zu verhindern, dass demokratische Rechte verloren gehen oder abgeschafft werden. Mehrmals konnte dies bereits in der deutschen Geschichte beobachtet werden: beim Protest gegen antidemokratische, hauptsächlich rechte und rechtsextreme Bewegungen zur Zeit der Weimarer Demokratie, beim Protest gegen die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik 1968, die der Regierung mehr Macht einräumten, und auch bei den Protesten gegen die Asylreformen 1993, die ein im Grundgesetz verankertes Recht stark veränderten.

Letztlich war keiner dieser Proteste erfolgreich in dem Sinne, dass ihre Inhalte durchgesetzt wurden. In den beschriebenen historischen Fällen konnte ein (als solcher wahrgenommener) Verlust von Demokratie nicht verhindert werden. Doch steht außer Frage, dass diese Protestbewegungen – zu ihrer Zeit oder später – entscheidend zum Beginn wichtiger Debatten über demokratische Rechte beitrugen und so nachhaltigen demokratischen Diskurs in Deutschland beeinflussten.

- 
- 1 Länderdaten, online unter: <https://www.laenderdaten.de/indizes/demokratieindex.aspx> [25.03.2024].
  - 2 Bundesministerium der Justiz: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, online unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html> [25.03.2025].
  - 3 Siehe die Reihe „100 Jahre politischer Mord“ von Elke K. auf dem Blog Demokratiegeschichten, online unter: <https://www.demokratiegeschichten.de/tag/100-jahre-politischer-mord/> [25.03.2025], und Martin Sabrow (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923. Göttingen 2023.
  - 4 Volker Ullrich: Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aufhaltsame Scheitern der Weimarer Republik. München 2024, S. 59 ff.
  - 5 Museum und Stadtarchiv Mössingen: Mössinger Generalstreik. Virtueller Geschichtsort, online unter: <https://moessinger-generalstreik.de/> [25.03.2025].
  - 6 Ullrich: Schicksalsstunden, S. 305 ff.
  - 7 Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Bonn 2019, S. 124 ff.
  - 8 ARD alpha: Beate Klarsfeld. Die Nazijägerin, online unter: [https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/269874/notstandsgesetze-testfall-fuer-die-demokratie/](https://www.ardmediathek.de/video/zeuge-der-zeit/beate-klarsfeld-die-nazijaegerin/ard-alpha/Y3JpZDovL2JyLmRIL2Jyb2FkY2FzdC9GMjAyNFdPMDAwODYwQTA[25.03.2025], und MDR: Beate Klarsfeld – Die Nazi-Jägerin, online unter: https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/beate-klarsfeld-ns-taeter-100.html [25.03.2025].</a></li><li>9 Bundeszentrale für politische Bildung: Notstandsgesetze: Testfall für die Demokratie, online unter: <a href=) [25.03.2025].
  - 10 Horst-PierreBothien: 11. Mai 1968. Notstand der Demokratie?, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021, S. 184–185.
  - 11 Pro Asyl, online unter: <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Unterschriftenliste.pdf> [25.03.2025].

## Im Gleichschritt für die Republik protestieren – das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Vor 101 Jahren gründeten Unterstützer der Weimarer Demokratie die überparteiliche Sammlungsbewegung *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*. Bis zuletzt engagierten sich Hunderttausende in seinen Reihen, um die wankende Weimarer Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen. Es war also von Beginn an keine Protestbewegung gegen die Regierung oder gegen einzelne ihrer Maßnahmen, sondern ein Demonstrieren und Protestieren gegen die Feinde der Republik und für die republikanische Idee, wie schon im Gründungsaufruf deutlich wird:

*„Kriegsteilnehmer! Republikaner! [...] Dem nationalistischen und bolschewistischen Demagogentum wird der Bund mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken entgegentreten. Bei allen gewaltsamen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen“.*<sup>1</sup>

Es waren deutliche Worte, die der am 22. Februar 1924 in Magdeburg gebildete Wehrverband *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* in seinem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit richtete. Und in der Tat: Der Weimarer Republik mangelte es zu Beginn der 1920er Jahre nicht an mächtigen Feinden. Nur mit Mühe überstand die junge Demokratie das „Krisenjahr“ 1923, das mit dem gescheiterten Hitler-Putsch in München im November seinen negativen Höhepunkt erreicht hatte. Zuvor bedrohten die französisch-belgische Ruhrbesetzung, der Separatismus im Rheinland und der Pfalz, kommunistische Aufstände (*Deutscher Oktober*) und die grassierende Hyperinflation den Fortbestand der Weimarer Republik. Doch das ereignisreiche Jahr 1923 mit seinen multiplen Krisen bildete nur den letzten Anstoß zur Formierung der Republikverteidiger. Ebenso lebendig waren bei den Republikanern die Erinnerung an die Mordanschläge auf herausragende demokratische Politiker wie Reichsaußenminister Walther Rathenau (24. Juni 1922) und den ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (26. August 1921) sowie den gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch reaktionärer Militärs im März 1920.

Als überparteiliche Sammlungsbewegung organisierte das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* innerhalb weniger Wochen Hunderttausende Unterstützer der Weimarer



Ein Plakat des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anlässlich der Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners in Frankfurt am Main in Erinnerung an die Nationalversammlung von 1848/49, August 1928.

Demokratie – vorrangig aus der SPD und deren Vorfeldorganisationen, aber auch aus der katholischen Zentrums- partei und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Auf diese Überparteilichkeit legte das Reichsbanner bis zum Ende 1933 großen Wert, wenn- gleich in den Ortsgruppen fast immer die sozialdemokratischen Mitglieder eine er- drückende Mehrheit bildeten. Der Anstoß zur Gründung ging nicht zufällig von der preußischen Provinzhauptstadt Magde- burg aus, wo sich genau fünf Jahre zuvor auch der rechtsnationale Wehrverband *Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten* for- miert hatte. Binnen weniger Monate brei- tete sich die schwarz-rot-goldene Orga- nisation im gesamten Reich aus: In 32 Gauen – angelehnt an die SPD-Parteibe- zirke – entstanden Hunderte Ortsgrup- pen, sodass die Mitgliederzahl nach eigen-

nen Angaben schon bald die Drei-Millionen-Marke überschritt. Realistischerweise ist wohl eher von rund einer Million aktiven Mitgliedern auszugehen, doch selbst in dieser numerischen Stärke übertraf das Reichsbanner seine konkurrierenden Verbände und Parteiarmeen um ein Vielfaches.<sup>2</sup> Mit einer Welle großer Aufmärsche, Kundgebungen (*Republikanische Tage*) und Bannerweihen trat das uniformierte Reichsbanner 1924 in die Öffentlichkeit. Es feierte damit die symbolische Rückeroberung der Straße, die zuvor jahrelang von den Republikfeinden von rechts und links außen dominiert worden war. Wie im Namenszusatz (*Bund republikanischer Kriegsteilnehmer*) ange- deutet, richtete sich das Reichsbanner anfangs vor allem an demokratisch gesinnte Weltkriegsveteranen. Erst später wandte es sich auch ungedienten und jüngeren Mitgliedern zu, jedoch blieb Frauen trotz der politischen Gleichberechtigung seit 1919 bis zur Auflösung des Reichsbanners der Beitritt verwehrt.

An der Spitze des Reichsbanners stand von der Gründung bis zur Jahreswende 1931/32 der heute weithin vergessene SPD-Politiker Otto Hörsing (1874– 1937), Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen. Nachdem sich der streitbare Hörsing mit der SPD-Führung überworfen hatte, folgte ihm in der Endphase der Weimarer

Republik der Sozialdemokrat Karl Höltermann (1894–1955). Die Liste der Mitglieder in den Führungsgremien des Reichsbanners liest sich wie ein „Who is who“ der demokratischen Politprominenz in den 1920er Jahren.<sup>3</sup> Zu den bekanntesten Unterstützern des schwarz-rot-goldenen Wehrverbands zählten unter anderem die ehemaligen Regierungschefs Philipp Scheidemann und Hermann Müller sowie Reichspräsident Paul Löbe (alle SPD), Altreichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) und der liberale Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss (DDP). Auch zahlreiche Persönlichkeiten, die erst viel später in der jungen Bundesrepublik zu Bekanntheit kommen sollten, wie etwa der spätere hessische Generalstaatsanwalt und Initiator der Auschwitz-Prozesse, Fritz Bauer (1903–1968), gehörten in ihren jungen Jahren dem Reichsbanner an.

### **Feuertaufe für das Reichsbanner: die Wahl des Reichspräsidenten im Jahr 1925**

Zur ersten großen Bewährungsprobe der neuen Organisation geriet die Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925. Nach dem überraschenden Tod des sozialdemokratischen Amtsinhabers Friedrich Ebert waren die Deutschen aufgerufen, gemäß der Verfassung in direkter Wahl einen Nachfolger zu bestimmen. Nachdem im ersten Wahlgang keiner der sieben Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hatte, bildeten sich vor dem zweiten Durchgang zwei Lager: Das rechte Spektrum (Reichsblock) nominierte überraschend den 77-jährigen Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg (der in der ersten Runde gar nicht zur Wahl gestanden hatte). Das Mitte-Links-Bündnis der republikanischen Parteien SPD, Zentrum und DDP (Volksblock) schickte als Kompromisskandidaten den Zentrumsolitiker Wilhelm Marx ins Rennen. Mit all seinen Ressourcen engagierte sich nun das Reichsbanner für den eher wenig charismatischen Altreichskanzler Marx, der am Ende dennoch denkbar knapp, mit 45,3 Prozent der Stimmen gegenüber 48,3 Prozent für Hindenburg, unterlag. Trotz der bitteren Niederlage hatte das Reichsbanner sein propagandistisches Potenzial unter Beweis gestellt und besonders die sozialdemokratischen Stimmen für Marx mobilisiert. Aus Respekt vor dem hohen Staatsamt bekundete es dennoch in der Folgezeit Hindenburg bei Besuchen vor Ort regelmäßig seine Loyalität,<sup>4</sup> zumal sich der Reichspräsident in den ersten Amtsjahren an die Vorgaben der Verfassung hielt.

Mit der Beruhigung der politischen Großwetterlage in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ließ auch die Aktivität des Reichsbanners merklich nach. Während der vermeintlichen „Goldenen Zwanziger“ – in Wahrheit nur das halbe Jahrzehnt vor der Weltwirtschaftskrise ab 1929/30 – stabilisierte sich die Republik zusehends, was die Daseinsberechtigung des Reichsbanners in den Hintergrund treten ließ. Dennoch ge-

lang es der Organisation auch in dieser Phase, regelmäßig ihre Massenanhängerschaft zu mobilisieren, wie etwa zum zehnten Geburtstag der Weimarer Verfassung im August 1929, als sich Hunderttausende Republikanhänger in Berlin versammelten. Abgesehen von solchen Großereignissen konzentrierte sich das Reichsbanner auf die innere Konsolidierung. Neben den Kernaufgaben – Saalschutz und (Wahl-)Propaganda für seine republikanischen Trägerparteien – widmeten sich die Ortsgruppen zu zahlreichen Anlässen einem regen Vereinsalltag. Dazu gehörten bodenständig-gesellige Anlässe wie Ausflüge und Feiern, das gemeinsame Musizieren im Spielmannskorps, aber auch dezidiert politische Bildungsangebote wie Vorträge und gemeinsame Leseabende. Mit dem Jungbanner entstand zudem eine eigene Nachwuchsorganisation für alle 14- bis 21-jährigen Mitglieder, später mit dem Vortrupp sogar eine Gliederung für zehn- bis 14-jährige Jungen.<sup>5</sup> Dank der wöchentlich erscheinenden *Reichsbanner-Zeitung* und der *Illustrierten Reichsbanner-Zeitung* (IRZ, seit 1929: *Illustrierte Republikanische Zeitung*) verfügte der Verband außerdem über zwei eigene auflagenstarke Presseorgane.

### **Das Reichsbanner verteidigt viel geschmähte Staatsmänner wie Erzberger, Rathenau und Ebert**

Ein besonderes Anliegen war dem *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* die Verteidigung der seit 1919 eingeführten Reichsfarben, wie es schon in der Wahl des Verbandsnamens deutlich wurde. Gegen die Republikverächter von rechts, die sich nach den alten Farben Schwarz-Weiß-Rot zurücksehnten, setzte das Reichsbanner einen demonstrativen Stolz auf die schwarz-rot-goldene Trikolore mit ihren Wurzeln in der 1848er-Revolution. In unzähligen Veranstaltungen, Presseartikeln und Reden betonten Reichsbanner-Funktionäre deren demokratische Tradition und widersprachen dem Vorwurf, Schwarz-Rot-Gold sei den Deutschen nach der Niederlage 1918 von außen aufgezwungen worden. Eng mit dem Einsatz für die Reichsfarben verbunden war das Engagement für die Erinnerung an die Revolution von 1848/49, die das Reichsbanner besonders an den Originalschauplätzen der Erhebung pflegte. Durch das Gedenken an die 80 Jahre zuvor auf halbem Wege steckengebliebene Revolution stellte das Reichsbanner die Weimarer Republik in deren Traditionslinie von Freiheit, Einheit und Demokratie für alle Deutschen. Unermüdlich engagierte sich das Reichsbanner zudem für das Gedenken an die ermordeten Politiker der Anfangsjahre, allen voran Matthias Erzberger (Zentrum) und Walther Rathenau (DDP). Zusammen mit dem 1925 nach jahrelangen Verleumdungskampagnen verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) erfuhren sie eine regelrechte Verehrung als „republikanische Märtyrer“.<sup>6</sup> Überall im Reich errichtete die Organi-

sation Denkmäler und Erinnerungsstätten für die Vorkämpfer der jungen Weimarer Republik, die freilich alle nach Januar 1933 von den neuen Machthabern zerstört wurden.

Durch den Aufstieg der Nationalsozialisten sah sich das Reichsbanner zu Beginn der 1930er Jahre erneut herausgefordert. Auf die enormen Gewinne der NSDAP bei der Reichstagswahl am 14. September 1930, bei der die Braunhemden mit 18,3 Prozent der Stimmen und 107 Reichstagsitzen zur zweitstärksten Fraktion aufstiegen, reagierte die Organisation mit der Aufstellung junger, gut trainierter Eliteeinheiten, den sogenannten „Schutzformationen“ (Schufo).<sup>7</sup> Dennoch blieb das Reichsbanner konsequent bei seiner defensiven Grundhaltung, das heißt, es trat im alltäglichen Straßenkampf fast nie als Aggressor in Erscheinung, sondern beschränkte sich auf die Verteidigung von Kundgebungen und Versammlungen der drei Trägerparteien gegen die Schlägertrupps von links und rechts außen. Auch bei der Bewaffnung versuchte der Republikanerbund erst gar nicht, mit den hochgerüsteten Konkurrenzverbänden von Stahlhelm und SA mitzuhalten, da er grundsätzlich das Gewaltmonopol des Staates befürwortete und sich allenfalls als Hilfsorgan der Polizeikräfte verstand. Außer kleinkalibrigen Pistolen, mit denen mancherorts trainiert wurde, verfügte das Reichsbanner über keinerlei Schusswaffenbestände, vielmehr konzentrierten sich die aktiven Mitglieder im sogenannten Schutzsport auf Selbstverteidigung und körperliche Ertüchtigung.<sup>8</sup> Doch trotz der betonten Zurückhaltung hatte die Organisation immer wieder Opfer zu beklagen: Eine im Februar 1933 veröffentlichte Totenliste führte bis dato 64 im Dienst getötete Reichsbanner-Mitglieder auf, die meisten davon durch Nationalsozialisten erschossen – viele Mitglieder mehr sollten in den Monaten und Jahren danach folgen.<sup>9</sup>

### **Im Angesicht der nationalsozialistischen Bedrohung formiert sich die Eiserne Front**

Gegen Ende des Jahres 1931 befeuerten gleich mehrere dicht aufeinanderfolgende Ereignisse den Verteidigungswillen der Republikaner: Am 11. Oktober versammelten sich in Bad Harzburg rund 10.000 Anhänger republikfeindlicher Parteien und Verbände (u. a. NSDAP, DNVP, Stahlhelm und *Alldeutscher Verband*) zu einer gemeinsamen Machtdemonstration. Auch wenn sich die berüchtigte *Harzburger Front* im Nachhinein als brüchig erweisen sollte, zeigte der Aufmarsch doch den taktischen Schulterschluss von Nationalsozialisten mit Erzkonservativen und Reaktionären in der gemeinsamen Verachtung von Demokratie und Parlamentarismus. Nur eine Woche später veranstaltete die NSDAP im nahe gelegenen Braunschweig einen gewaltigen

Aufmarsch von mehreren Zehntausend SA- und SS-Männern, in dessen Gefolge es zu schweren Ausschreitungen mit zwei Toten und zahlreichen Verletzten kam. Schließlich sorgte im November 1931 die Entdeckung der sogenannten *Boxheimer Dokumente* durch die hessischen Landesbehörden und deren Veröffentlichung in der Presse für einen Aufschrei der Empörung. Dabei handelte es sich um detailliert ausgearbeitete Pläne der NSDAP für das Szenario einer nationalsozialistischen Machtübernahme inklusive Massenverhaftungen politischer Gegner und Errichtung von Konzentrationslagern – eine Blaupause für die im Frühjahr 1933 tatsächlich einsetzenden Ereignisse. Als Reaktion auf diese unverhohlenen Herausforderungen verbündete sich das Reichsbanner zur Jahreswende 1931/32 mit SPD und Freien Gewerkschaften (*Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund*, ADGB) zur *Eisernen Front*. Unter dem neuen Symbol der drei Pfeile (sinnbildlich für die drei Trägerorganisationen der Sammlungsbewegung bzw. ihre Tugenden Einigkeit, Aktivität und Disziplin) organisierte die *Eiserne Front* in den zahlreichen Wahlkampagnen des Jahres 1932 das Aufbäumen der Demokrat:innen. Mit nie gekanntem Einsatz und neuen unkonventionellen Wahlkampfmethoden gab sie den Verteidiger:innen der Republik noch einmal neuen Schwung. Das erste Halbjahr 1932 stand infolgedessen ganz unter dem Eindruck der Massenproteste der Republikverteidiger, die damit eindrucksvoll das später hartnäckige Diktum von der „Republik ohne Republikaner“ widerlegten.

Unter der Anleitung des russischen Exilwissenschaftlers Sergej Tschachotin – eines Schülers des berühmten Verhaltensforschers Iwan P. Pawlow – entwickelte die *Eiserne Front* Ideen für einen Wahlkampf neuen Typs. Die wichtigste Neuerung stellte das Drei-Pfeile-Symbol dar, das ein Gegengewicht zum NS-Hakenkreuz und zum kommunistischen Hammer-und-Sichel-Abzeichen bilden sollte. Aber auch ein gemeinsamer Gruß – „Frei heil!“ mit senkrecht erhobenem, ausgestrecktem Arm und geballter Faust – gehörte nun zum Repertoire. Überhaupt sollten durch eine ständige Wiederholung eingängiger Slogans, das Hissen möglichst vieler eigener Fahnen (*Flaggenkrieg*) und die massenhafte Verbreitung von Propagandamaterial stärker die Gefühle der Wähler angesprochen werden. Insofern bedeuteten die neuen Methoden einen Bruch mit der bisherigen Wahlkampfführung der Republikverteidiger in der SPD, die vor allem auf rationale Argumentation gesetzt hatten. Die neuen, ungewohnten Formen des Protests verunsicherten zunächst die Nationalsozialisten, die zwar äußerlich die *Eiserne Front* lächerlich machten („Wellblechfront“), jedoch die Mobilisierung aufseiten der Republikaner als durchaus bedrohlich ansahen. In der zugespitzten politischen Lage des Jahres 1932 und angesichts wachsender Wahlerfolge für die NSDAP sahen sich die Sozialdemokratie und mit ihr die *Eiserne Front* dennoch genötigt, bei der anstehenden Reichspräsidentenwahl den Amtsin-

haber zu unterstützen.<sup>10</sup> Unter dem Slogan „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg!“ propagierte die Sammlungsbewegung im Frühjahr 1932 die Wiederwahl des inzwischen 84-jährigen Staatsoberhauptes. Zwar gelang Hindenburg im zweiten Durchgang mit 53 Prozent die Bestätigung, doch der mit 36,8 Prozent überraschend große Erfolg seines Gegenkandidaten Adolf Hitler ließ für die folgenden Urnengänge nichts Gutes erahnen, zumal Hindenburg sich massiv daran störte, von den aus seiner Sicht „falschen“ Wähler:innen eine Mehrheit bekommen zu haben.

Entscheidend gebrochen wurde der Widerstand der *Eisernen Front* am 20. Juli 1932 mit der widerrechtlichen Absetzung der preußischen Regierung unter dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) durch die Reichsregierung unter Reichskanzler Franz von Papen („Preußenschlag“). Mit dem Fall dieses letzten demokratischen Bollwerks war die Glaubwürdigkeit des Reichsbanners irreparabel beschädigt, da es stets für den Fall eines solch offenkundigen Rechtsbruchs mit Widerstand gedroht hatte. Dieser blieb nun angesichts der eindeutigen Kräfteverhältnisse aus. Nach einer Sitzung des Vorstands der *Eisernen Front* war klar, dass das Reichsbanner keine gewaltsamen Protestaktionen starten würde, sondern die Antwort bei der kurz darauf stattfindenden Reichstagswahl mit dem Stimmzettel erfolgen sollte. Viele Mitglieder wandten sich enttäuscht ab, doch fest steht auch: Ein gewaltsamer Reichsbanner-Aufstand wäre wohl eine heroische Geste mit vielen Opfern gewesen, hätte aber am Ergebnis nichts geändert.<sup>11</sup> Auch die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 brachte für die *Eiserne Front* nicht den erhofften Befreiungsschlag: Während die Sozialdemokraten auf nur noch 21,6 Prozent abrutschten, verdoppelte die NSDAP ihren Stimmenanteil auf 37,3 Prozent – zusammen mit der KPD verfügte sie nun im Reichstag über eine „negative Mehrheit“ der Demokratiefeinde. Von der daraus resultierenden Schockstarre sollte sich die *Eiserne Front* nicht mehr erholen: Physisch und finanziell erschöpft durch die endlosen Wahlkämpfe, konnten das Reichsbanner und seine Verbündeten die Stimmung nicht mehr entscheidend herumreißen. Dabei sorgte die zweite Reichstagswahl des Jahres im November 1932 noch einmal für einen Hoffnungsschimmer, da die NSDAP hier zwei Millionen Stimmen verlor und damit ihr Zenit überschritten schien.<sup>12</sup>

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 wurden das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* und die Sammlungsbewegung *Eiserne Front* binnen weniger Wochen verboten und aufgelöst. Ihre letzten mutigen – da bereits von staatlichen Repressalien behinderten – Aufmärsche veranstalteten sie noch in den Tagen vor der letzten (halbfreien) Reichstagswahl vom 5. März 1933. Auf eine illegale Arbeit im Untergrund aber hatte sich das Reichsbanner in keiner Weise vorbereitet,

da es immer am Erhalt und an der Stärkung des Staates orientiert war und nicht an dessen Zerstörung. Auch waren trotz aller Warnzeichen viele sozialdemokratische und Reichsbanner-Funktionäre offenbar wie viele Deutsche von der Entschlossenheit und Schnelligkeit der neuen Machthaber überrascht. Deren *Gleichschaltung* und systematischem Terror gegen politisch Andersdenkende hatte die Struktur des Reichsbanners nichts Nennenswertes entgegenzusetzen. Zahlreiche einstige Reichsbanner-Mitglieder kamen nun in Konzentrationslager und mussten ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie mit dem Leben bezahlen.

- 
- 1 Aufruf des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 22. Februar 1924 zur Gründung der Organisation, in: Marcel Böhles: Golden flackert die Flamme! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden und Württemberg 1924 bis 1933. Berlin 2024, S. 40 f.
  - 2 Benjamin Ziemann: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933. Bonn 2014, S. 77 f.
  - 3 Liste der Reichsausschussmitglieder des Reichsbanners und des Reichskartells Republik, in: Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikenschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik. Stuttgart 2019, S. 592–597.
  - 4 Böhles, S. 107.
  - 5 Zu den Aktivitäten im Jungbanner siehe Elsbach 2019, S. 325 f.
  - 6 Böhles, S. 178–192.
  - 7 Siehe hierzu Elsbach 2019, S. 350–354.
  - 8 Elsbach 2019, S. 359.
  - 9 Liste „Unsere Toten“, Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes des Reichsbanners zur Bundesgeneralversammlung vom 16. bis zum 19. Februar 1933 in Berlin, in: Böhles, S. 311; siehe dazu auch die akribisch recherchierte Auflistung bei Elsbach 2019, S. 618 ff.
  - 10 Sebastian Elsbach: Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933. Wiesbaden 2022, S. 100.
  - 11 Böhles, S. 318 f.
  - 12 Elsbach 2022, S. 118.



**PROTEST IN DER  
HISTORISCH-POLITISCHEN  
BILDUNG**

## **Protestgeschichte als Teil der Demokratiegeschichte – ein lohnendes Feld für die historisch-politische Bildung**

Mit welchen Fragestellungen sich allgemein die Geschichtsvermittlung und im Speziellen die historisch-politische Bildung auseinandersetzen, leitet sich nicht zuletzt davon ab, welche Themenkomplexe oder Phänomene die Gegenwart in besonderer Art und Weise prägen. So ist es nahezu unmöglich, sich mit den aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu beschäftigen, ohne nicht früher oder später auch über das Thema Protest zu sprechen.

Dies zeigt der Blick auf die Nachrichtenlage der vergangenen Jahre: Demonstrationen von *Fridays for Future*, Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, die *Black Lives Matter*-Bewegung, Aktionen der *Letzten Generation*, Kundgebungen für oder gegen eine strengere Migrations- und Asylpolitik, Streiks im öffentlichen Dienst, „Bauernproteste“, Friedensbewegungen verschiedener politischer Lager, Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus – all diese Protestbewegungen spiegeln den gesellschaftlichen Diskurs und teilweise seine aktivistische Zuspitzung wider.

In jedem Fall beschäftigen Proteste wie diese einen großen Teil der Bevölkerung. Manche beteiligen sich ganz direkt, andere lehnen sie vehement ab. Die Auswirkungen, etwa von Streiks im öffentlichen Dienst, sind für viele Menschen im Alltag spürbar. Manchen Protestbewegungen gelingt es gut, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen und so den politischen Diskurs zu beeinflussen. Deshalb ist ein tieferes Verständnis dafür, wie Proteste funktionieren, was ihre Rolle ist und was sie leisten können, unerlässlich, um sich in der demokratischen Gegenwart zurechtzufinden, gerade angesichts gesellschaftlicher Spannungen und politischer Konflikte.

Entsprechend ist auch Protestgeschichte nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern hat eine unmittelbare Relevanz für die Gegenwart. Die historisch-politische Bildung kann Angebote schaffen, die eine Brücke zwischen diesen Zeitebenen schlagen und aufzeigen, welche Parallelen und Unterschiede es zwischen historischen und aktuellen Protestbewegungen gibt. Die Dynamik und Lebendigkeit, die vielen protesthaften Ereignissen innewohnt, ist eine große Chance für die Vermittlungsarbeit, um das Thema innovativ und kontrovers darzustellen.

Dabei spielen historische Protestbewegungen an sich bereits an vielen Stellen in der Geschichtsvermittlung eine wichtige Rolle, etwa in der Arbeit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte.<sup>1</sup> Die Revolution von 1848/49, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, der Gesamtkomplex „1968“ und auch die Friedliche Revolution von 1989/90 sind nur ein paar von vielen Beispielen, die in den verschiedensten Bildungsformaten und Vermittlungsangeboten präsent sind.

Nicht immer jedoch werden Protestgeschichten als Teil der Demokratiegeschichte erzählt und für die politische Bildung verwendet. Es liegt noch viel ungenutztes Potenzial darin, den Menschen der Gegenwart durch die Auseinandersetzung mit historischem Protest Orientierung für ihr eigenes demokratisches Handeln zu ermöglichen.

So kann die Beschäftigung mit demokratischer Protestgeschichte im Rahmen der historisch-politischen Bildung unter anderem kritisches Denken fördern sowie die Bedeutung von Zivilcourage und politischem Engagement verdeutlichen. Außerdem aufzeigt sie potenziell die Chance auf einen gesellschaftlichen Wandel und die Rolle des Individuums darin und kann Menschen ermutigen, sich selbst in demokratische Prozesse und die Gesellschaft einzubringen.

Eine solche Bildungsarbeit geht mit Herausforderungen einher, die zwar nicht zwingend allein dieses Thema betreffen und auch in anderen Bereichen der Demokratiegeschichte auftreten. Wenn es aber um historische Proteste geht, sind sie möglicherweise präsenter als bei der Auseinandersetzung mit anderen historischen Themen und verlangen deshalb besondere Berücksichtigung.

### **Protest in unterschiedlichen demokratiegeschichtlichen Kontexten**

Grundlage jeder Auseinandersetzung mit demokratischer Protestgeschichte ist die Einordnung in den jeweiligen historischen Kontext. Dazu gehören einerseits Informationen dazu, welche gesellschaftlichen Ursachen dem dargestellten Protest zugrunde lagen, welche Umstände konkret die Ereignisse auslösten und welche Auswirkungen das Ganze auf die weitere Geschichte hatte.

Gerade aus demokratiegeschichtlicher Perspektive ist es genauso wichtig zu betonen, was für Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten das zeitgenössische System den Menschen bot, welche es zuließ und wogegen es aktiv mit Unterdrückung vorging. „Die Form, in der Menschen ihren Protest ausdrücken, ist abhängig von der Gesellschaft, in der sie entsteht.“<sup>2</sup> Wie in der Kapitelstruktur der vorliegenden

Publikation geschehen, können hier die Phasen der Demokratiegeschichte ein sinnvolles Werkzeug dafür sein, historische Proteste in verschiedenen Zeiten zu verstehen und zu bewerten. „So kann den Rezipient:innen ein solches Entwicklungsmodell aufzeigen, dass sich historische Ereignisse nicht in luftleerem Raum ereignen, sondern aus bestimmten Kontexten hervorgingen.“<sup>3</sup>

Ein Verständnis für den demokratiegeschichtlichen Rahmen, in dem sich Protest(bewegungen) ereignen, ist in der Folge unerlässlich, damit die Rezipient:innen die besprochenen historischen Ereignisse einordnen und sich ihnen gegenüber positionieren können. Denn die Anregung einer Auseinandersetzung über die Legitimität historischer Proteste, explizit in Abgrenzung zu ihrer Legalität, sollte ein zentrales Ziel jedes Geschichtsformats in diesem Themenfeld sein. So sind Fragen danach, ob Protestierende in der Vergangenheit richtig oder falsch gehandelt haben, ob sie Vorbild oder eher abschreckendes Beispiel für die Gegenwart sind, aus Sicht der Rezipient:innen nicht zu beantworten, wenn sie die demokratiegeschichtlichen Umstände unberücksichtigt lassen, in deren Rahmen die historischen Akteur:innen gehandelt haben. Zudem wird die legitime Anwendung von Gewalt sehr viel leichter zu begründen sein, wenn sie sich gegen ein autokratisches oder diktatorisches System gerichtet hat.

Je detaillierter ein Geschichtsprojekt angelegt ist, desto eher kann die Vergangenheit auch Möglichkeits- und Handlungsräume für gegenwärtiges Verhalten in der Demokratie eröffnen. So kann sich beispielsweise die biografische Arbeit mit historischen Persönlichkeiten auf konkrete Handlungen Einzelner innerhalb eines größeren Protests oder einer Bewegung fokussieren. Dies erleichtert den Zugang für Rezipient:innen und bietet Anknüpfungspunkte für ihr eigenes Handeln.<sup>4</sup> Eindimensionale Heldennarrative und Heroisierungen sind dabei aber zu vermeiden, da sie der vielschichtigen, wenn auch grundsätzlich positiv zu bewertenden Demokratiegeschichte nicht gerecht werden.

Protestierende verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen eint über die Zeit hinweg, dass sie sich grundsätzlich für politische und gesellschaftliche Belange interessieren, dass sie bereit waren, ihr Missfallen auch öffentlich zu äußern und sich für ihre Position einzusetzen. Außerdem teilen sie, bewusst oder unbewusst, die Vorstellung, dass das moderne Individuum etwas verändern kann.<sup>5</sup> Danach beginnen aber die Unterschiede, deren sich die historisch-politische Bildung bedienen sollte.

Trotz einer notwendigen Reduzierung komplexer historischer Zusammenhänge, die für alle Formate jenseits des akademisch-geschichtswissenschaftlichen Bereichs gilt, dürfen Rezipient:innen durchaus einer gewissen Ambivalenz (historischer) Persönlichkeiten

und ihrer Handlungen ausgesetzt werden. Ihre Geschichten, Hintergründe, Strategien, Motivationen und Netzwerke sind in den wenigsten Fällen eindeutig, sondern voller Widersprüche, die Raum zur Debatte bieten.

Interaktive Formate wie Plan- oder Rollenspiele können hierbei ein nützliches Werkzeug sein, um diese vielschichtigen und vielseitigen Perspektiven historischer Akteur:innen zu erklären und ein Stück weit nachvollziehbar zu machen. Die lebhafteste Dynamik von Protest kann hier für die Vermittlungsarbeit in größerem Maße genutzt werden, als dies eventuell für die demokratische Verfassungs- oder Institutionengeschichte gilt. Vermieden werden sollten dabei aber ein Abdriften ins Plakative und die Reproduktion stereotyper Gut-Böse-Schemata. Dies würde letztlich zum gegenteiligen Resultat führen und historischen Erkenntnisgewinn, im Sinne einer ambivalenten Demokratiegeschichte, erschweren.

### **Bewertungen von (un)demokratischen Protesten**

Nicht zuletzt können zentrale Fragen der protestgeschichtlichen Bildungsarbeit sein, unter welchen Umständen protesthafte Handlungen demokratisch sind, wo Grenzen möglicherweise verschwimmen und wann bestimmte Handlungen zweifelsfrei ins undemokratische Spektrum einzuordnen sind. Diese Auseinandersetzung ist nur unter Berücksichtigung undemokratischen Protests und durch die Abgrenzung von diesem möglich.

Die Vermittlungsarbeit muss rote Linien zu eindeutig undemokratischem Verhalten – innerhalb des jeweiligen historischen Rahmens – ziehen und mögliche geschichtsrevisionistische Vereinnahmung historischer Proteste offenlegen, etwa aus dem rechts-extremen Spektrum. Aber ein Geschichtsformat der historisch-politischen Bildung gibt den Rezipient:innen die normative Bewertung einer historischen Protestbewegung im Idealfall nicht vor. Vielmehr liefert es ihnen Werkzeuge, sich diese Einschätzung selbst zu erarbeiten.

Der erste Schritt besteht auch hier im grundsätzlichen Verständnis des historischen Kontexts sowie der Frage, ob demokratische Rahmenbedingungen und damit Handlungsspielräume gegeben waren. Erst danach sollte sich der Blick auf die im jeweiligen Protest verwendete Methode, seine konkreten Inhalte und das übergeordnete Ziel richten. Besonders kontrovers, dadurch womöglich aber auch diskurs- und reflexionsintensiv, sind dabei diejenigen historischen Proteste und Bewegungen, die zwar inhaltlich nicht demokratisch waren, sich aber dennoch gegen eine Autokratie

oder Diktatur richteten. Sie können als Vorlage dafür dienen, Ambivalenzen und Graustufen des Phänomens Protest zu verdeutlichen. Angebote der historisch-politischen Bildung müssen hierbei den Mut haben, auch abweichenden Perspektiven aus dem Kreis der Rezipient:innen Raum zu geben – selbst wenn diese nicht der eigenen Einschätzung entsprechen.

## **Machtstrukturen in Vergangenheit und Gegenwart**

Protestgeschichte ist nicht nur Ausdruck vergangener Entwicklungen in Gesellschaft und Politik. Sie gibt auch Zeugnis davon, wer diese Veränderungen wie vorangebracht hat und inwiefern diese Menschen damit Teil demokratischer Prozesse waren. Die historisch-politische Bildung kann hier ansetzen und Reflexionsräume eröffnen, in denen eine Diskussion über Macht und gesellschaftliche Partizipation möglich wird.

Historische Proteste helfen dabei, verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe Thema dynamisch zu erklären. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen ist dabei unerlässlich, auch um die Funktionsweisen von Macht in verschiedenen historischen Situationen herausarbeiten zu können. Die Geschichte demokratischer Protestbewegungen zeigt, dass Protest ein wirksames Instrument sein kann, um auf gesellschaftliche Missstände und Unzufriedenheiten der Bürger:innen hinzuweisen und die Herrschenden aufzufordern, diese Probleme anzugehen.

In der Vermittlungsarbeit kann hierbei das Format des Zeitzeug:innengesprächs große Wirkung entfalten. Zum Beispiel können an historischen Protesten Beteiligte verschiedene Perspektiven schildern, etwa aus Sicht von Protestierenden auf der einen und von Polizist:innen auf der anderen Seite – oder als Teil verschiedener Strömungen innerhalb einer größeren Protestbewegung. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, dass die früheren Konfliktlinien weiterhin bestehen und altbekannte Verhaltensmuster und Gegensätze zutage treten. Besteht jedoch auf beiden Seiten die grundsätzliche Bereitschaft dazu, kann die Vermittlungsarbeit hier einen Beitrag zu noch fehlender Aufarbeitung leisten. Die Bildungsarbeit sollte sich auf jeden Fall zuvor mit der Frage auseinandersetzen, ob konkrete vergangene Proteste in dieser Art und Weise bereits historisiert werden können (und sollten). Dies kann helfen, Polarisierungen, Vereinfachungen und Zuspitzungen auf allen Seiten zumindest einzuordnen, selbst wenn sie nicht ganz vermeidbar sind.

## Selbstwirksamkeit durch Protest

Darüber hinaus können Formate der historisch-politischen Bildung verdeutlichen, dass im Protestieren ein großes Potenzial von Selbstermächtigung und -vergewisserung liegt. Auch wenn nicht alle vergangenen Proteste erfolgreich waren, kann die Auseinandersetzung mit ihnen zeigen, dass ihr Nutzen für die Protestierenden weit über eine Erfolg-oder-Scheitern-Rechnung hinausgeht.

Hier sind für Rezipierende viele Anknüpfungspunkte denkbar, sofern die historisch-politische Bildung die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Protest deutlich macht. Demokratischer Protest kann sich im klassischen Straßenprotest, auf Demonstrationen oder in Kundgebungen widerspiegeln. Dass sich Protest aber auch in kritischem Konsum oder dem Hören eines bestimmten Musikgenres zeigen kann und Beteiligung damit für nahezu jede:n Bürger:in eine Option ist, wird nicht allen Rezipient:innen bewusst sein. Demokratische Protestgeschichte kann hier konkrete Inspiration für das Handeln im Hier und Jetzt liefern.

Zielgruppen, die über klassische Bildungsangebote nicht erreicht werden, könnten Zugang zur Auseinandersetzung über kreative und künstlerische Vermittlungsformate erhalten, etwa über Street Art im städtischen Raum oder Theater. Das Gefühl der Eigenwirksamkeit wird dabei sowohl über die historischen Inhalte vermittelt als auch über das Format selbst, wenn die Rezipient:innen unmittelbar künstlerisch tätig werden können.

Auch die lokale Verankerung von Protesten kann einen sehr persönlichen Zugang bieten. Zum einen sind hier regionale Protestbewegungen zu nennen, die ein bestimmtes Thema erst auf die nationale Ebene gehoben haben und die für das Selbstverständnis vor Ort nicht zu unterschätzen sind. Zum anderen kann auch die Auseinandersetzung mit regional begrenzten Ereignissen ein vielversprechender Weg für die Bildungsarbeit sein. So oder so hat die Vermittlung an authentischen Orten des Protests bzw. an den Orten des Erinnerns eine besondere Qualität.

Zusammengenommen eröffnet demokratische Protestgeschichte für die historisch-politische Bildung viele Möglichkeiten, stellt sie gleichzeitig aber auch vor Herausforderungen in der Umsetzung. Nicht alles davon ist themenexklusiv, sondern gilt

ganz ähnlich für die meisten Bereiche der Demokratiegeschichte und -bildung. Doch gerade die niedrighschwellige Dynamik, die vielen Protestereignissen innewohnt, kombiniert mit dem Aufeinanderprallen verschiedenster Meinungen, findet sich so vermutlich nur in der Geschichte von Protesten. Diesen Umstand sollte sich die historisch-politische Bildung selbstbewusst zu eigen machen.

- 
- 1 Siehe bspw. die AG-Jahrestagung 2023 „Parlament und Protest in der Demokratiegeschichte“, online unter: <https://www.demokratie-geschichte.de/index.php/8445/parlament-und-protest-in-der-demokratie-geschichte/> [20.03.2025].
  - 2 Lisa Borgerts, Simon Teune: Wie wird protestiert?, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949 –2020. Bonn 2021, S. 64–79, hier: S. 64.
  - 3 Annalena Baasch, Ulli Engst: Umgang mit historischen Ambivalenzen in der historisch-politischen Bildung, in: Susanne Kitschun, Johann Gerlieb, Paul Schmitz (Hrsg.): Die Revolution 1848/49. Ambivalenzen der Demokratiegeschichte. Berlin 2023, S. 4–7, hier: S. 5.
  - 4 Michael Parak, Ulli Engst: Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können. Berlin 2022.
  - 5 Moritz Sommer, Elias Steinhilper, Sabrina Zajak: Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021, S. 44–63, hier: S. 44 f.





# ANHANG

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Seite 20: Sonntags-Zeitung fürs Deutsche Haus, 1912/13, Nr. 5, S. 116. AddF, Kassel,  
Sign.: A-F1-00136

Seite 37: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Christian Faludi,  
eigene Aufnahme

Seite 57: Boris Geilert

Seite 75: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Schaudepot Reichsbanner, RB 57

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Anda, Bela: Stimmen zum Anschlag von Mölln. Golo Mann: „Deutsche, stellt euch vor die Ausländerheime“, in: Bild vom 24. November 1992.

ARD alpha: Beate Klarsfeld. Die Nazijägerin, online unter: <https://www.ard-mediathek.de/video/zeuge-der-zeit/beate-klarsfeld-die-nazijaegerin/ard-alpha/Y3JpZDovL2JyLmRIL2Jyb2FkY2FzdC9GMjAyNFdPMDAwODYwQTA> [25.03.2025].

Aufruf zur Gewalt, in: Ostsee-Zeitung vom 28. August 1992.

Baasch, Annalena, Parak, Michael, Riffel, Dennis (Hrsg.): Demokratiegeschichte bloggen. Berlin 2020.

Bald, Detlev: Die Politik der Wiederbewaffnung, online unter: <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/199276/die-politik-der-wiederbewaffnung/> [15.03.2025].

Böhles, Marcel: Golden flackert die Flamme! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden und Württemberg 1924 bis 1933. Berlin 2024.

Brandt, Ernst-Michael: „Endlich is‘ hier was los, Schnucki“, in: Die Zeit vom 28. August 1992.

Bundesministerium der Justiz: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, online unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html> [25.03.2025].

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1991. Bonn 1992.

Bundeszentrale für politische Bildung: Notstandsgesetze: Testfall für die Demokratie, online unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/269874/notstandsgesetze-testfall-fuer-die-demokratie/> [25.03.2025].

Chenoweth, Erika, Stephan, Maria J.: Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. 2012.

„Dann bin ich weg über Nacht“, in: Der Spiegel vom 13. Dezember 1992.

Di Lorenzo, Giovanni: Die intellektuelle Feuerwehr, in: Der Spiegel vom 8. Februar 1993.

Economist Intelligence Unit: Democracy Index 2024, online unter: <https://eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024> [08.04.2025].

Ehls, Marie-Luise: Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Berlin 1997.

Eine Osterbotschaft Kaiser Wilhelms, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 8. April 1917, online unter: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/osterbotschaft-1917.html> [20.04.2018].

Elsbach, Sebastian: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik. Stuttgart 2019.

Elsbach, Sebastian: Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933. Wiesbaden 2022.

Engst, Ulli, Riffel, Dennis, Baasch, Annalena (Hrsg.): Migration in der Demokratiegeschichte. Versuch einer Perspektiverweiterung auf die Geschichte der deutschen Demokratie. Berlin 2023.

Farin, Klaus: Skinhead – a way of life: eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar. Bad Tölz 1999.

Frankfurter Aufruf, in: Frankfurter Rundschau vom 25. September 1992.

Frangenberg, Helmut: Arsch huh, Zäng ussenander! Gegen Rassismus + Neonazis. Eine Stadt. Eine Bewegung. Ein Aufruf. Köln 2012.

Frie, Ewald: 100 Jahre 1918/19. Offene Zukünfte, in: Zeithistorische Forschungen 15 (2018), Heft 1, online unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2018/id=5561> [06.03.2025].

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Ohne Demokratie ist alles nichts.“ Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024. Bonn 2024.

Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte nach 1945. Stuttgart 2019.

Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit. Zeitungsverlage starten bundesweite Kampagne gegen Rassismus. Anzeigen und Aufkleber für die Leser Bonn, in: General-Anzeiger Bonn vom 11. Februar 1993.

Haupt, Friederike: Wie die AfD mit den Folgen des Potsdam-Treffens kämpft, in: Frankfurter Allgemeine vom 21. Februar 2024.

Heinsohn, Kirsten: Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive. Düsseldorf 2010.

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2017.

„Hingehen und zuhören“, in: Der Spiegel vom 11. Januar 1993.

Kaiser, Tobias, Schulz, Andreas (Hrsg.): „Vorhang auf!“ Frauen in Parlament und Politik. Düsseldorf 2022.

Karig, Friedemann: Was ihr wollt. Wie Protest wirklich wirkt. Berlin 2024.

Kasperowitsch, Michael: Anschlag auf Räume einer Zeitungsredaktion in Würth an der Donau wurde geahndet, in: Nürnberger Nachrichten vom 9. September 1993.

Kitschun, Susanne, Gerlieb, Johann, Schmitz, Paul (Hrsg.): Die Revolution 1848/49. Ambivalenzen der Demokratiegeschichte. Berlin 2023.

Krüger, Peter: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 1993.

Kulick, Holger: Einer der Anfänge vom Ende der DDR. Die Biermann-Ausbürgerung 1976, online unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/343310/einer-der-anfaenge-vom-ende-der-ddr-die-biermann-ausbuergerung-1976/> [01.04.2025].

Lämmle, Kathrin, Balint, Iuditha, Dingeldein, Hannah (Hrsg.): Protest, Empörung, Widerstand. Zur Analyse von Auflehnungsbewegungen. Köln 2014.

Langebach, Martin (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020. Bonn 2021.

Ley, Ulrike: Einerseits und Andererseits – das Dilemma liberaler Frauenrechtlerinnen in der Politik. Zu den Bedingungen politischer Partizipation von Frauen im Kaiserreich. Pfaffenweiler 1999.

Löhnig, Martin, Preisner, Mareike, Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute. Tübingen 2015.

Löw, Andrea: Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im Nationalsozialismus, online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/186872/widerstand-und-selbstbehauptung-von-juden-im-nationalsozialismus/> [01.04.2025].

MDR: Beate Klarsfeld – Die Nazi-Jägerin, online unter: <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/beate-klarsfeld-ns-taeter-100.html> [25.03.2025].

Museum und Stadtarchiv Mössingen: Mössinger Generalstreik. Virtueller Geschichtsort, online unter: <https://moessinger-generalstreik.de/> [25.03.2025].

Nassehi, Armin: Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests. Hamburg 2020.

Otto, Louise: Programm, in: Frauen-Zeitung 1/1849, S. 1.

Parak, Michael, Böhnke, Norbert (Hrsg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte. Beispiele aus Halle, Berlin, Potsdam. Berlin 2020.

Parak, Michael, Engst, Ulli (Hrsg.): Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können. Berlin 2022.

Pfeiffer, Zara S. (Hrsg.): Proteste in München seit 1945. München 2011.

Pro Asyl, online unter: <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Unterschriftenliste.pdf> [25.03.2025].

Pro-Ausländer-Aufkleber kommt ans Auto, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. Februar 1993.

Reihe „100 Jahre politischer Mord“ von Elke K. auf dem Blog Demokratiegeschichten, online unter: <https://www.demokratiegeschichten.de/tag/100-jahre-politischer-mord/> [25.03.2025].

Richter, Hedwig, Wolff, Kerstin (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland. Hamburg 2018.

Rockmusik und Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit. 500.000 Menschen demonstrierten in Frankfurt und Hamburg, in: General-Anzeiger Bonn vom 14. Dezember 1992.

Rogalla, Annette: Bewährungsstrafen im Prozess zum Pogrom, in: taz vom 27. Februar 1992.

Rohmann, Gabriele: Spaßkultur im Widerspruch. Skinheads in Berlin. Bad Tölz 1999.

Rosenbusch, Ute: Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Baden-Baden 1998.

Rucht, Dieter: Protest! Eine Einführung, online unter: <https://www.bpb.de/media-thek/video/298788/protest-eine-einfuehrung/> [01.04.2025].

Sabrow, Martin (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923. Göttingen 2023.

Schaser, Angelika: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933), in: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 641–680.

Schönberger, Klaus, Sutter, Ove (Hrsg.): Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin, Hamburg 2009.

Schumann, Dirk: Kriegsfolgen und Kriegserinnerung – eine Nachkriegsgesellschaft, online unter: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275866/kriegsfolgen-und-kriegserinnerung-eine-nachkriegsgesellschaft/> [20.03.2025].

Steel, Emma, Ska, Matt: Ska im Transit, Berlin 2018.

Stoltzfus, Nathan: Widerstand des Herzens. Der Protest in der Rosenstraße und die deutsch-jüdische Mischehe, in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 21 (1995), S. 218–247.

Sturm, Reinhard: Kampf um die Republik 1919–1923, online unter: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275837/kampf-um-die-republik-1919-1923/> [20.03.2025].

Ullrich, Volker: Schicksalsstunden einer Demokratie. Das aufhaltsame Scheitern der Weimarer Republik. München 2024.

Umsiedlung in Hoyerswerda begann, in: Nürnberger Nachrichten vom 24. September 1991.

Verfassungsschutzbericht 1992. Bonn 1993.

Weißerose Stiftung e. V.: Flugblätter der Weißen Rose, online unter: <https://www.weisse-rose-stiftung.de/widerstandsgroupe-weisse-rose/flugblaetter/> [01.04.2025].

Wolff, Kerstin: Auch unsere Stimme zählt! Der Kampf der Frauenbewegung um das Wahlrecht in Deutschland, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2018, Frauen wählen.

Wolff, Kerstin: Der Kampf der Frauenbewegung um das Frauenwahlrecht, online unter: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/278701/der-kampf-der-frauenbewegung-um-das-frauenwahlrecht/> [01.04.2025].

Zentrum für Liberale Moderne (Hrsg.): Popkultur von rechts. Berlin 2024, online unter: <https://libmod.de/nc-popkultur-rechte-welten-90er-jahre/> [28.05.2025].

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden 1995.

Ziemann, Benjamin: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933. Bonn 2014.

zur Bosen, Elmar: München – eine Stadt sagt nein. München 1992.

## AUTORINNEN UND AUTOREN

### ANNALENA BAASCH

hat in Münster Erziehungswissenschaften und Geschichte und danach Public History an der Freien Universität Berlin studiert. Seit 2017 arbeitet sie in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung & Demokratiereflexion von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Dort ist sie als Projektkoordinatorin Demokratiegeschichte und im Bereich Social Media tätig.

### MARCEL BÖHLES

studierte Mittlere/Neuere Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft in Heidelberg und Paris. Im Jahr 2015 erfolgte seine Promotion mit einer Arbeit über den prorepublikanischen Wehrverband Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im deutschen Südwesten. Nach ersten beruflichen Stationen in Mannheim und Berlin arbeitete er von 2021 bis 2025 als Kurator am Haus der Weimarer Republik in Weimar. Seit April 2025 ist er Museumspädagoge bei der Stiftung Hambacher Schloss in Neustadt/Weinstraße.

### ULLI ENGST

studierte an der Freien Universität Berlin Geschichte, Politikwissenschaften und Public History. Seit 2021 arbeitet er bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung & Demokratiereflexion als Projektkoordinator und ist darüber hinaus im Projekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratiarbeit in der Polizei“ tätig. Bisher hat er unter anderem zu den Themen Demokratiegeschichte, historisch-politische Bildung und historische Narrative in digitalen Spielen publiziert.

### CHRISTIAN FALUDI

ist Historiker, Publizist und Ausstellungskurator aus Weimar. In seinen Arbeiten befasst er sich vor allem mit Themen der Erinnerungskultur und der deutschen Zeitgeschichte, insbesondere der Weimarer Republik und der Geschichte des Nationalsozialismus. Seit 2021 leitet er die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte. Darüber hinaus ist Faludi assoziierter Wissenschaftler an der Universität Jena und als wissenschaftlicher Berater tätig.

## ANJA HARTMANN

hat an der Universität Greifswald Geschichte und Anglistik/Amerikanistik studiert und macht aktuell den Master in Public History an der Freien Universität Berlin. Seit 2024 arbeitet sie in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung & Demokratiereflexion von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. als Studentische Hilfskraft.

## DENNIS RIFFEL

ist Fachgruppenleiter Geschichtsvermittlung & Demokratiereflexion in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin, studierte Neuere Geschichte, Neuere Deutsche Literatur und Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Berlin. Er promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin zum Thema „Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966“. Seit 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

## GABRIELE ROHMANN

ist Sozialwissenschaftlerin, Journalistin, Mitgründerin und Co-Leiterin des Archiv der Jugendkulturen. Sie hat über Jugend-, Pop- und Subkulturen insbesondere im Kontext von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, emanzipatorischer Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention zahlreich publiziert und referiert sowie eine Reihe von Projekten und Ausstellungen für das Archiv der Jugendkulturen (mit)konzipiert und geleitet, u. a. das Bildungsprogramm „Culture on the Road“ sowie das Bundesmodellprojekt „New Faces – Mit Kultur und Medien gegen Antisemitismus“.

## KERSTIN WOLFF

ist seit 1999 Forschungsleiterin im Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF) – Forschungsinstitut und Dokumentationszentrum in Kassel und Mitglied im Leitungsteam. Sie hat Geschichte, Politikwissenschaften und Kunstwissenschaften an der Universität Kassel studiert, wo sie 2003 mit einer Arbeit zum Einfluss bürgerlicher Frauen auf die Kommunalpolitik des Kaiserreiches promoviert wurde. Sie arbeitet zur Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland zwischen 1840 und 1970.

## WEITERE PUBLIKATIONEN VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.



### MIGRATION IN DER DEMOKRATIEGESCHICHTE.

VERSUCH EINER PERSPEKTIVERWEITERUNG AUF DIE  
GESCHICHTE DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE

Herausgegeben von Ulli Engst, Dennis Riffel  
und Annalena Baasch.

Berlin 2023

ISBN: 978-3-9825211-4-5



### AUF DEN SPUREN VON MIGRATION IN WOLFSBURG

Herausgegeben von Annalena Baasch,  
Aleksandar Nedelkovski, Dennis Riffel.

Berlin 2022

ISBN: 978-3-9825211-0-7



### VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE.

EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN, DIE BEEINDRUCKEN  
UND ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN

Herausgegeben von Michael Parak und Ulli Engst unter  
Mitarbeit von Dennis Riffel.

Berlin 2022

ISBN: 978-3-9824031-5-1



## KOMMUNALE ERINNERUNGSKULTUR UND DEMOKRATEGESCHICHTE

BEISPIELE AUS HALLE, BERLIN, POTSDAM

Herausgegeben von Michael Parak und Norbert Böhnke.

Berlin 2020

ISBN: 978-3-9820589-3-1



## DEMOKRATEGESCHICHTE BLOGGEN

Herausgegeben von Annalena Baasch, Michael Parak und

Dennis Riffel

Berlin 2020

ISBN: 978-3-9820589-7-9



## LOKALE SPURENSUCHE IM THEMENFELD DEMOKRATEGESCHICHTE.

Eine Handreichung von Annalena Baasch unter Mitarbeit

von Michael Parak, Dennis Riffel und Ruth Wunnicke.

Neuaufgabe 2020

ISBN: 978-3-00-060681-6

Diese und weitere Publikationen stehen auf der Website von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zum Download zur Verfügung:

<https://gegen-vergessen.de/entdecken/mediathek/>

## MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE(N)?

Dann besuchen Sie unseren Blog <https://www.demokratiegeschichten.de>



## DER BLOG demokratiegeschichten.de

Gefördert durch



STIFTUNG ORTE DER DEUTSCHEN  
DEMOKRATIEGESCHICHTE

## NOCH MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Dann auf zur **AG ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE**, die seit 2017 besteht und in der Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Gründungsmitglied ist.



Sie ist ein Netzwerk von inzwischen über 100 Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen.

Mehr Informationen auf: [www.ag-demokratie-geschichte.de](http://www.ag-demokratie-geschichte.de)





## **IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG!**

Wir möchten unsere Angebote noch besser auf die Bedürfnisse Ihrer Arbeit ausrichten. Darum freuen wir uns über Ihre Rückmeldung. Vielen Dank für Ihre Zeit und Mühe!

### **Nehmen Sie aus dieser Handreichung Impulse für Ihre Arbeit mit?**

Ja     Nein

Wenn ja, welche?

---

---

---

### **Haben Ihnen die beschriebenen Perspektiven auf Protestgeschichte als Teil der Demokratiegeschichte für Ihre Arbeit weitergeholfen?**

Ja     Nein

Wenn ja, welche?

---

---

---

### **Was hat Ihnen an der Publikation besonders gut gefallen?**

---

---

---

---

### **Was können wir aus Ihrer Sicht in unserer nächsten Publikation verbessern?**

---

---

---

---

### **Aus welchem Ort kommen Sie?**

Ort \_\_\_\_\_ Postleitzahl \_\_\_\_\_





### Wo sind Sie tätig?

- Kommune   
Schule   
Außerschulische Bildungseinrichtung   
Verein  Wenn Ja, Welcher?

---

---

Sonstiges \_\_\_\_\_

---

---

### Wie/wo sind Sie auf unsere Publikation aufmerksam geworden?

---

---

---

### Arbeiten Sie mit der digitalen Ausgabe der Publikation oder mit der gedruckten?

digital (PDF)  gedruckt

Bitte schneiden Sie Ihre Rückmeldung aus der Broschüre heraus und schicken Sie diese in einem frankierten Umschlag an:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.  
Stauffenbergstraße 13–14  
10785 Berlin

oder

schicken Sie uns Ihre Antworten per E-Mail: [info@gegen-vergessen.de](mailto:info@gegen-vergessen.de)

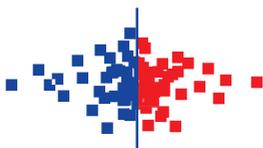
**VIELEN DANK!**





## GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.

verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Der Verein wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft entwickelt Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. konstruktive Lösungsansätze, die geeignet sind, Gemeinsamkeiten von Demokratinnen und Demokraten zu betonen.



Gegen Vergessen  
Für Demokratie e.V.

[www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)

ISBN 978-3-9825211-8-3